

Doggen 09.06.94

Freie Hansestadt Bremen



Statistische Monatsberichte

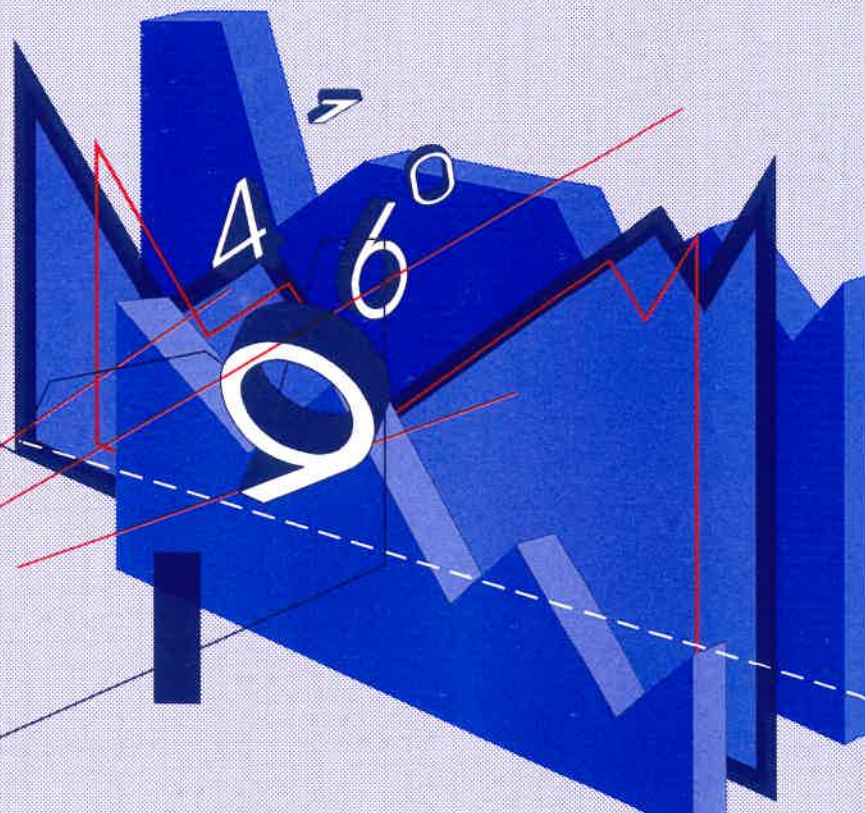
46. Jahrgang / 1994 / Heft 2/3

**Soziale Segregation –
Räume sozialer
Benachteiligung
in Bremen**

Wahl-ABC

JAN.
FEB.
MÄRZ ✓
APRIL
MAI
JUNI
JULI
AUG.
SEPT.
OKT.
NOV.
DEZ.

Statistisches Landesamt Bremen





Statistische Monatsberichte

46. Jahrgang

Heft 2/3

Ausgegeben im Juni 1994

I n h a l t

- 31 Kurz notiert
- 33 Bremen auf lange Sicht
- 34 Bremen und die Umland-region
- 36 Bremen kleinräumig
- 38 Bremen im Großstädte-vergleich
- 39 Soziale Segregation - Räume sozialer Benachteiligung in Bremen
- 53 Wahl-ABC
- 61 Wirtschaftskurven

Zahlenspiegel

- 37 + für das Land Bremen
- 46 + für Bremen und Bremerhaven
- 54 + Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

des Statistischen Landesamtes im Februar/März 1994

Statistische Berichte

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung
im Juli 1993, im August 1993
(A I 1 m 7/93, 8/93)

Die Bevölkerung nach Altersjahren, Altersgruppen
und Geschlecht 1992
(A I 3 j/92)

Die Kapitalgesellschaften im Lande Bremen in
den Jahren 1992 und 1993
(D I 1 j/92 und j/93)

Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel
und Gastgewerbe des Landes Bremen
im Jahr 1992 sowie Januar bis September 1993
(G I 1, IV 3 j/92, zugleich G I 1, IV 3 m 1-9/93)

Der Reiseverkehr im Lande Bremen im August
1993, September 1993, Oktober 1993, November
1993
(G IV 1 m 8/93, 9/93, 10/93, 11/93)

Straßenverkehrsunfälle im Lande Bremen im
Dezember 1993
(H I 1 m 12/93)

Binnenschifffahrt in den Bremischen Häfen im
Februar 1993
(H II 1 m 2/93)

Steueraufkommen und Steuereinnahmen im Lande
Bremen im Januar 1994
(L I 1 m 1/94)

Das veranlagte Einkommen und seine Besteuerung
im Lande Bremen 1986. Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1986
(L IV 3/1986)

Verbraucherpreise in der Stadt Bremen, Dezember
1993, Januar 1994
(M I 2 m 12/93, 1/94)

Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau null
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der betreffenden Übersicht dargestellt werden kann.
- * = Zahlenwert ist unbekannt oder kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden (z. B. aus Geheimhaltungsgründen).
- x = Fragestellung nicht zutreffend oder Nachweis nicht sinnvoll.
- ... = Angabe fällt später an.
- / = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.
- D = Durchschnitt
- p = vorläufige Zahlen
- r = berichtigte Zahlen
- s = geschätzt

Im allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.
Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben.

Erstmals 99 Abgeordnete aus Deutschland

Die Gesamtzahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments ist bereits mehrfach geändert worden. Als Folge der Erweiterung der EG/EU um Griechenland 1981 sowie Spanien und Portugal 1986 stieg die Anzahl der Sitze von 410 auf 518.

Infolge der Wiedervereinigung erhöhte sich die Einwohnerzahl in Deutschland um 16 Millionen auf insgesamt rd. 80 Millionen.

Mit erheblichen Mühen wurde in Edinburgh im Europäischen Rat (1992) eine begrenzte Aufstockung der Stimmenzahl der Bundesrepublik von 81 auf 99 durchgesetzt, wobei gleichzeitig in acht weiteren Staaten die Mandatszahl erhöht wurde, so daß sich die Zahl der Abgeordneten 1994 auf nunmehr 567 veränderte.

DI.

Kein einheitliches Wahlsystem

Auch für die 4. Direktwahl des Europäischen Parlaments gibt es kein einheitliches Wahlsystem. Haupthindernis ist hierbei die Frage der allgemeinen Einführung des Verhältniswahlsystems.

Großbritannien ist nach wie vor nicht bereit, von seinem althergebrachten Mehrheitswahlssystem abzugehen, während die elf anderen Unionsstaaten das Verhältniswahlssystem - wenn auch mit Variationen - praktizieren.

DI.

Kein einheitlicher Wahltermin in Europa

Das in früheren Jahren immer wieder gesetzte Ziel, die 4. Direktwahl zum Europäischen Parlament 1994 nach einheitlichen wahlrechtlichen Grundlagen und damit auch an einem Tag durchzuführen, bleibt unerreich.

Denn aus traditionellen oder religiösen Gründen wird in einigen Mitgliedsstaaten

der Europäischen Union nicht an einem Sonntag gewählt. In vier der zwölf Staaten (Dänemark, Irland, Niederlande und Großbritannien) sind die Wahlberechtigten schon am Donnerstag (9. Juni 1994) zur Wahl aufgerufen, in den übrigen erst am Sonntag, den 12. Juni 1994.

Dabei wurde schon von beiden Seiten Kompromißbereitschaft gezeigt. So wurde statt des traditionellen Dienstag der Donnerstag als Wahltag festgelegt. Italien ging darauf ein, die Wahlen nicht, wie sonst üblich, über den Sonntag hinaus auch auf den Montag auszudehnen.

Die Nachteile dieses Kompromisses bleiben: Da die Wahlergebnisse vom Donnerstag die Stimmabgabe am Sonntag nicht beeinflussen dürfen, wird erst am Sonntagabend mit der Stimmentzählung begonnen, was dem Wahlvorgang erheblich von seiner Spannung nimmt. Für die um aktuelle Berichterstattung bemühten Medien bedeutet das - neben der späten Schließung der Wahllokale - eine weitere Schwierigkeit, den Wahlen zum Europäischen Parlament gerecht zu werden.

DI.

Mehr als die Hälfte der Fläche der Städte Bremen und Bremerhaven „Grüne Lunge“

Ende 1992 wurde von der Gesamtfläche der Stadt Bremen (32,7 km²) mehr als ein Drittel (34,3 %) für landwirtschaftliche Zwecke genutzt. Fast ebensoviel an Fläche (31,8 %) wurde als Gebäude- und Freifläche ausgewiesen. Dabei ist bemerkenswert, daß von den zuletzt genannten Flächen 43,6 % Wohn- und „nur“ 18,1 % Gewerbe- und Industrienutzen dienen.

Auf Verkehrsfläche entfielen 11,8 % (darunter allein 60,4 % auf Straßen) und die Wasserflächen machten 7,5 % des gesamten Stadtgebietes aus.

Sieht man Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserflächen zusammen als die „Grüne Lunge“ an, dann umfaßte diese

1992 mehr als die Hälfte (51,2 %) der Stadt Bremen.

Vom Stadtgebiet Bremerhavens (7,7 km²) entfielen 1992 allein 28,3 % auf Wasserflächen. Der fast gleiche Umfang (28,0 %) ergab sich für Gebäude- und Freiflächen. Von dieser wiederum wurde fast die Hälfte (49,5 %) für Wohn- und weitere 15,8 % für Gewerbe- und Industriezwecke genutzt.

Die Landwirtschaft ist flächenmäßig in Bremerhaven erheblich weniger von Bedeutung als in der Stadt Bremen (18,8 % des Stadtgebietes; Stadt Bremen: 34,3 %), dagegen wurde als Verkehrsfläche ein ähnlich hoher Anteil (12,5 %) genutzt wie in der Stadt Bremen (11,8 %).

Zur „Grünen Lunge“ konnten sogar 55,6 % der Stadt Bremerhaven gerechnet werden.

E.

Fast jeder dritte Ausbildungsplatz im Dienstleistungsbereich

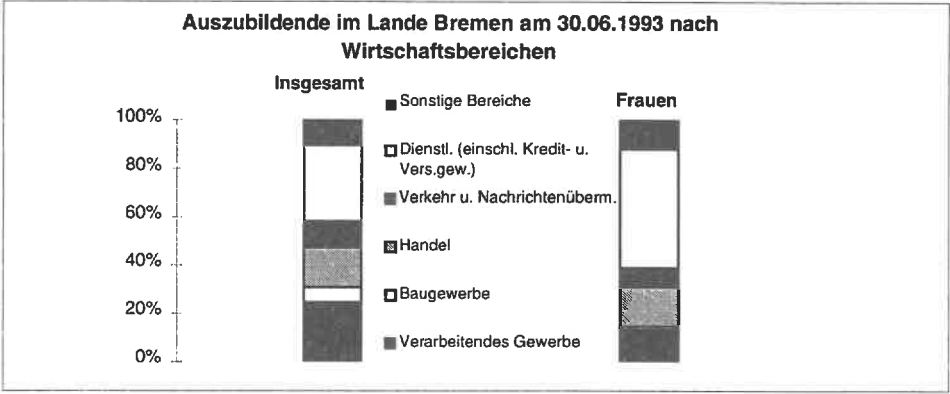
Zum Stichtag 30.06.1993 waren im Lande Bremen insgesamt 306 272 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer tätig; 5,2 % hiervon (15 900 Beschäftigte) befanden sich in beruflicher Ausbildung. Die Zahl der Auszubildenden hat sich damit gegenüber dem Vorjahresstichtag recht deutlich (- 10,6 %) verringert.

In der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen zeigt sich, daß mit 5 039 annähernd ein Drittel (31,7 %) aller bremischen Ausbildungsplätze im Dienstleistungsbereich (einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe) anzutreffen war, obwohl dieser Wirtschaftssektor insgesamt nur 27,7 % aller Arbeitsplätze stellte. Weitere 3 892 Auszubildende (24,5 %) erlernten ihren Beruf in einem Betrieb des Verarbeitenden Gewerbes, 2 603 (16,4 %) im Handel und 1 737 (10,9 %) im Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

47 % der Auszubildenden sind weiblichen Geschlechts. Für sie besitzt das

Dienstleistungsgewerbe eine noch stärkere Bedeutung für die Berufsausbildung als für ihre männlichen Kollegen: Jede zweite weibliche Auszubildende lernte in einem Dienstleistungsbetrieb, aber nur 16 % der Männer. Dagegen ist das Verarbeitende Gewerbe von Frauen vergleichsweise seltener als Ausbildungsort gewählt worden. So waren 13 % der weiblichen, aber 34,6 % der männlichen Auszubildenden in einem Betrieb des Verarbeitenden Gewerbes tätig.

La.



Tendenzen der Säkularisation - und Gegenströmungen?

Zum traditionellen Programm internationaler Bevölkerungszählungen gehören - auch wenn sie heutzutage auf den ersten Blick gelegentlich auf Unverständnis stoßen - seit je auch Fragen nach der (rechtlichen) Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft. Sie liefern insbesondere in Kombination mit Sozial- und Erwerbsstrukturdaten Hinweise auf den Stand und die Veränderung von Grundtatbeständen der Lebenslagen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Sie können damit auch Tendenzen der Zu- bzw. Abnahme von Ungleichheiten des demografischen oder sozialen Status der Angehörigen der verschiedenen Glaubensgemeinschaften im Vergleich zur Gesamtbevölkerung indizieren.

Stellt man die „kirchlichen Verhältnisse“ zu Anfang dieses Jahrhunderts denen von Ende der achtziger Jahre gegenüber, so wird zunächst deutlich, daß insbesondere der Anteil der Einwohner, die sich zu einer der evangelischen Kirchen bekannten, stark rückläufig ist.

So hatten nach den endgültigen Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 von den 222 071 Personen, die zur stadtbremischen Wohnbevölkerung gehörten, allein 207 509 Einwohner angegeben, „evangelisch“ zu sein; 12 509 Katholiken lebten zu dieser Zeit in der Stadt, 906 andere Christen, 1 033 Angehörige jüdischen Bekenntnisses und - wie die entsprechende „Statistische Mitteilung“ vermeldet, 2 Buddhisten.

Auch wenn Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre Bremen weiterhin die protestantischste aller deutschen Großstädte (über 500 000 Einwohner) ist, so ist der Rückgang des auf die evangelische Bevölkerung entfallenden Anteils um über 33 %-Punkte auf nunmehr 60 % bemerkenswert.

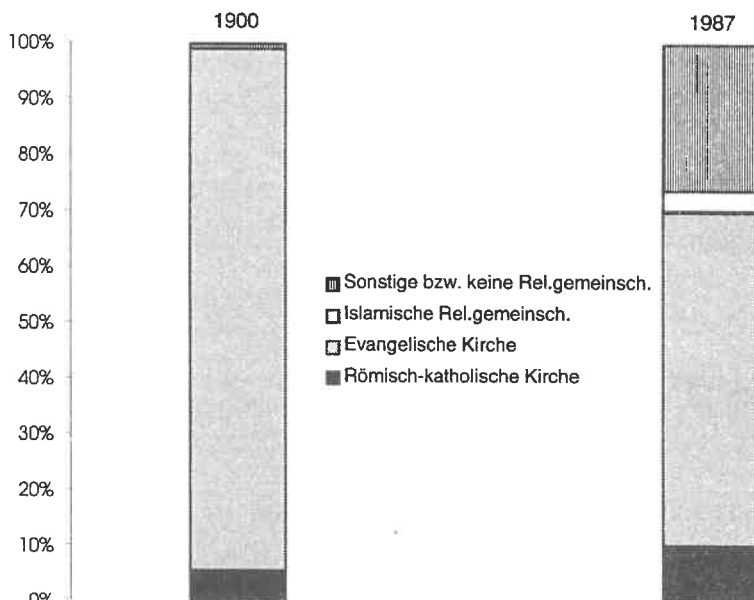
Auffällig ist auch, daß insbesondere im Zuge der „Umverteilungen“, „Verschiebungen“ und „Wanderungen“ der Nachkriegszeit der Anteil der Katholiken mit gut 10 % der Bevölkerung und jener der Anhänger des Islam (3,7 %) stark gewachsen ist.

Jürgen Dinse

Bevölkerung in der Stadt Bremen
nach Religionszugehörigkeit

Religions- gemeinschaft	01.12.1900		25.05.1987	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Römisch-katholische Kirche	12 509	5,6	54 948	10,3
Evangelische Kirche	207 504	93,4	319 919	60,0
Islamische Religionsgemeinschaft	-	-	19 628	3,7
Sonstige bzw. keine Religions- gemeinschaft und ohne Angabe	2 058	0,9	138 860	26,0
Zusammen	222 071	100	533 455	100

Bevölkerung in der Stadt Bremen nach Religionsgemeinschaft



Bremen und die Umlandregion

Die Bevölkerungsentwicklung im Gebiet der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen 1970 bis 1991

Die Bevölkerungsentwicklung im Gebiet der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen spiegelt die auch in anderen Raumeinheiten der Bundesrepublik Deutschland zu beobachtende Grundtendenz wider: Einwohnerverluste in den Kernstädten der Verdichtungsräume, Bevölkerungsgewinne in den Umlandgemeinden. So hat sich die Einwohnerzahl der Stadt Bremen im Beobachtungszeitraum um 39 800 Personen verringert, was einer Abnahme um 6,7 % entspricht. Gleichzeitig verzeichnen sämtliche im Umland gelegenen Gemeinden Bevölkerungsgewinne, wenn von Elsflëth und Lemwerder abgesehen wird. Die höchsten Zunahmen im gesamten Gebiet der Gemeinsamen Landesplanung entfallen mit Oyten (+ 56,6 %), Weyhe (+ 38,6 %), Stuhr (+ 38,4 %) und Ganderkesee (+ 38,1 %) auf im Bremer Umland gelegene Raumeinheiten.

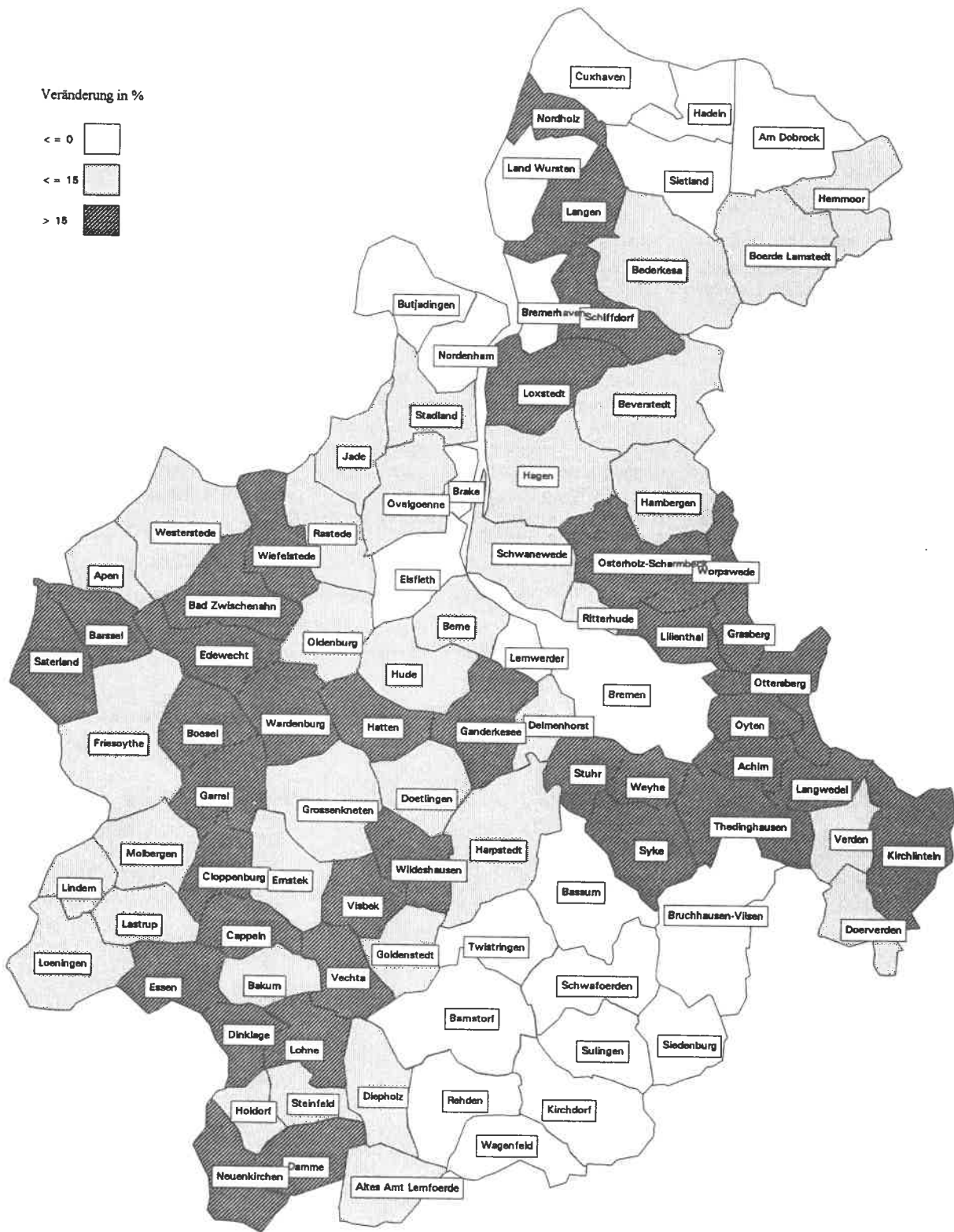
Insgesamt sind Bevölkerungsgewinne vorwiegend im Umland der drei Oberzentren Bremen, Oldenburg und Bremerhaven sowie in den Wirtschaftszentren Süldödenburgs (Cloppenburg, Vechta, Lohne, Damme) festzustellen. Dagegen verzeichnen die traditionell schiffahrtsorientierten Industriestandorte an der Unterweser Einwohnerverluste. Hinzu kommen nahezu ausschließlich in den ländlich peripheren Gebieten der Landkreise Cuxhaven und Diepholz gelegene Gemeinden, für die ebenfalls eine negative Bevölkerungsentwicklung kennzeichnend ist.

Dr. Hans-Ewald Schnurr

Bevölkerungsentwicklung im Gebiet der Gemeinsamen Landesplanung
Bremen / Niedersachsen 1970 bis 1991

Gebiet	Veränderung in %	Gebiet	Veränderung in %
Stadt Bremen	-6,7	Apen	8,7
Stadt Bremerhaven	-8,4	Bad Zwischenahn	17,9
Bassum	-0,4	Edewecht	27,0
Diepholz	3,8	Rastede	11,8
Stuhr	38,4	Westerstede	13,9
Sulingen	-0,2	Wiefelstede	35,7
Syke	-20,3	LK Ammerland	18,1
Twistringen	-2,6	Barßel	25,4
Wagenfeld	-3,3	Bösel	26,7
Weyhe	38,6	Cappeln (OL)	28,7
Altes Amt Lemförde	8,1	Cloppenburg	30,0
Barnstorf	-4,5	Emstek	7,2
Bruchhausen-Vilsen	-1,7	Essen (OL)	15,9
Kirchdorf	-5,9	Friesoythe	10,9
Rehden	-11,0	Garrel	25,5
Schwaförden	-2,5	Lastrup	6,1
Siedenburg	-9,1	Lindern (OL)	4,6
LK Diepholz	9,4	Löningen	8,2
Cuxhaven	-5,7	Molbergen	11,1
Langen	18,0	Saterland	19,0
Loxstedt	24,5	LK Cloppenburg	17,8
Nordholz	20,9	Döttingen	12,5
Schiffdorf	24,9	Ganderkesee	38,1
Am Dobrock	-9,7	Großenkneten	4,3
Bederkesa	10,5	Hatten	32,4
Beverstedt	5,7	Hude	13,8
Börde Lamstedt	0,4	Wardenburg	27,7
Hadeln	-4,1	Wildeshausen	36,0
Hagen i. B.	8,8	Harpstedt	10,5
Hemmoor	2,4	LK Oldenburg	24,2
Land Wursten	-0,3	Bakum	4,9
Sietland	-7,1	Damme	26,1
LK Cuxhaven	3,3	Dinklage	19,3
Grasberg	22,4	Goldenstedt	8,4
Lilienthal	26,2	Holdorf	14,4
Osterholz-Sch.	19,0	Lohne (OL)	28,2
Ritterhude	5,5	Neuenkirchen (OL)	19,6
Schwanewede	14,0	Steinfeld (OL)	12,6
Worpswede	23,8	Vechta	20,2
Hambergen	12,7	Visbek	18,4
LK Osterholz	17,2	LK Vechta	19,5
Achim	31,3	Berne	6,3
Dörverden	6,5	Brake	-9,3
Kirchlinteln	16,7	Butjadingen	-7,7
Langwedel	33,7	Elsflëth	-8,4
Ottersberg	20,6	Jade	0,4
Oyten	56,7	Lemwerder	-2,4
Verden	8,8	Nordenham	-10,8
Thedinghausen	17,7	Ovelgönne	2,7
LK Verden	22,7	Stadtland	5,2
Stadt Delmenhorst	14,6	LK Wesermarsch	-5,9
Stadt Oldenburg	10,4		

Die Bevölkerungsentwicklung im Gebiet der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen 1970 bis 1991



Kinder im Vorschulalter und Ausländeranteile in der Stadt Bremen im Januar 1993 nach Stadtteilen

Von den im Januar 1993 in Bremen lebenden 580 833 Einwohnern waren, nach der Auszählung des Einwohnermelderegisters, 26 325 Kinder im Vorschulalter bis zu sechs Jahren. Dies entspricht einem Anteil von 4,5 % im städtischen Durchschnitt. Der gesamtstädtische Ausländeranteil bei den Kindern in dieser Altersgruppe betrug 18,9 %.

In den zwei großen Stadtteilen des Bremer Ostens, Hemelingen und Osterholz, lebten zusammen 4 701 Kinder dieser Altersgruppe, wovon allein in Osterholz 2 643 Kinder zu Hause waren (Hemelingen: 2 058 Kinder bis unter sechs Jahren). Der Kinderanteil in Osterholz ist mit 6,2 % der höchste unter allen Bremer Stadtteilen. Gut ein Viertel (25,2 %) davon waren Kinder ausländischer Eltern. Hemelingen, der zweite Stadtteil mit mehr als 2 000 Kindern im Vorschulalter, lag mit einem Kinderanteil von 4,7 % gerade über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 4,5 %. Der Ausländeranteil war hier mit 21,2 % hoch, wurde aber von einigen anderen Stadtteilen noch übertroffen.

In sieben Stadtteilen der Stadt lebten zwischen 1 500 und 2 000 Kinder in dieser Altersgruppe. Dabei ist bemerkenswert, daß bis auf den Stadtteil Neustadt (4,1 %) alle über dem Mittelwert der Stadt lagen. Drei von ihnen befinden sich im Bremer Süden - Huchting, Neustadt und Obervieland -, der Stadtteil Gröpelingen im Westen und anschließend daran in Bremen-Nord Burglesum, Vegesack und Blumenthal. Der Anteil ausländischer Kinder bis zu sechs Jahren erreichte mit fast 26 % in Gröpelingen den stadtbremischen Spitzenwert (Häfen unberücksichtigt). In drei weiteren Stadtteilen dieser Gruppe - Neustadt (22,1 %), Huchting (21,8 %) sowie Blumenthal (20,8 %) - war der Anteil ausländischer Kinder höher als im Stadtdurchschnitt, bei drei weiteren lag er aber darunter (Vegesack: 18,5 %, Burglesum: 18,0 % und Obervieland: 16,8 %).

Zwischen 1 000 und 1 500 Kinder lebten in den um das Zentrum der Stadt grup-

pierten Stadtteilen Östliche Vorstadt (1 232), Schwachhausen (1 329), Vahr (1 252), Findorff (1 020) und Walle (1 361). Hier war auch der niedrigste Kinderanteil an der Gesamtbevölkerung mit 3,2 % in Schwachhausen festzustellen. Auch der Anteil der in diesem Stadtteil lebenden ausländischen Kinder lag um zwei Drittel niedriger (6,4 %) als im Durchschnitt der Stadt Bremen. In Findorff befand sich die Quote ausländischer Kinder bis zu sechs Jahren bei 14,8 %, im angrenzenden Stadtteil Walle bei 18,3 % und in der Vahr wurde ein Satz von 20 % erreicht.

Neun Stadtteile bzw. Ortsteile, die keinem Stadtteil zugeordnet sind, beheimaten jeweils bis zu 1 000 Kinder. Die Spannweite reicht hier von 19 Kindern im Blockland bis zu 805 Kindern in Horn-Lehe. Die dieser Gruppe zugehörigen Gebietsteile von Bremen befinden sich auffälligerweise im Nordosten und Südwesten der Stadt. In dieser Zusammensetzung findet man auch die bevorzugten Bremer Wohngebiete, in denen der Anteil ausländischer Kinder deutlich unter dem städtischen Mittelwert lag.

Horst Steinkamp

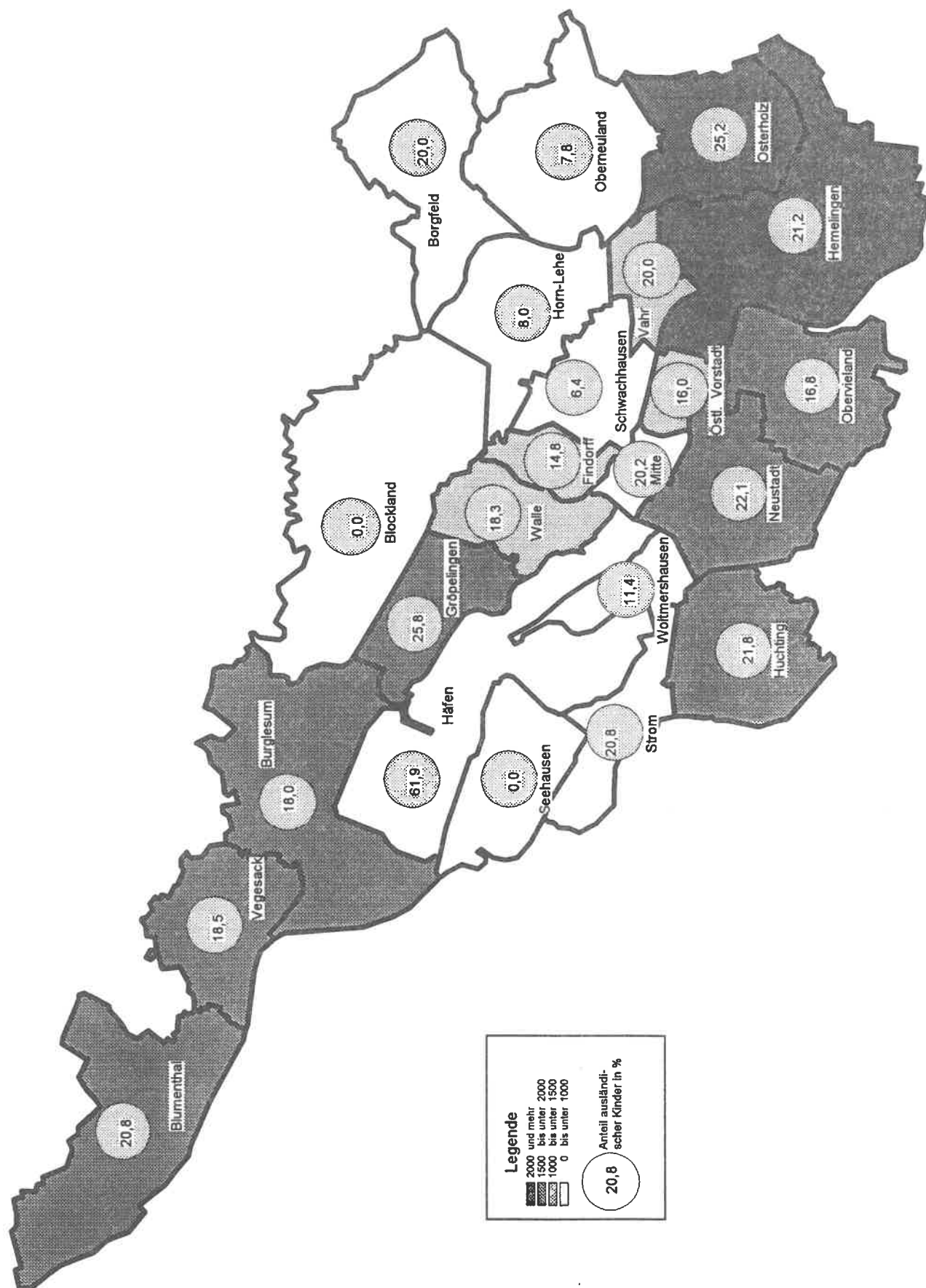
Kinder im Vorschulalter in der Stadt Bremen im Januar 1993
nach Stadtteilen

Stadtteil	Kinder unter 6 Jahren insgesamt	Ausländer- anteil
	Anzahl	%
Mitte	595	20,2
Häfen	21	61,9
Neustadt	1 903	22,1
Obervieland	1 764	16,8
Huchting	1 581	21,8
Woltmershausen	656	11,4
Seehausen *	38	0,0
Strom *	26	0,0
Östliche Vorstadt	1 232	16,0
Schwachhausen	1 329	6,4
Vahr	1 252	20,0
Horn-Lehe	805	8,0
Borgfeld *	227	10,1
Oberneuland *	400	7,8
Osterholz	2 643	25,2
Hemelingen	2 058	21,2
Blockland *	19	0,0
Findorff	1 020	14,8
Walle	1 361	18,3
Gröpelingen	1 947	25,8
Burglesum	1 783	18,0
Vegesack	1 712	18,5
Blumenthal	1 953	20,8
Stadt Bremen insgesamt	26 325	18,9

Quelle: Einwohnermelderegister.

* Ortsteile, die keinem Stadtteil zugeordnet sind.

Kinder im Alter unter 6 Jahren in der Stadt Bremen im Januar 1993 nach Stadtteilen



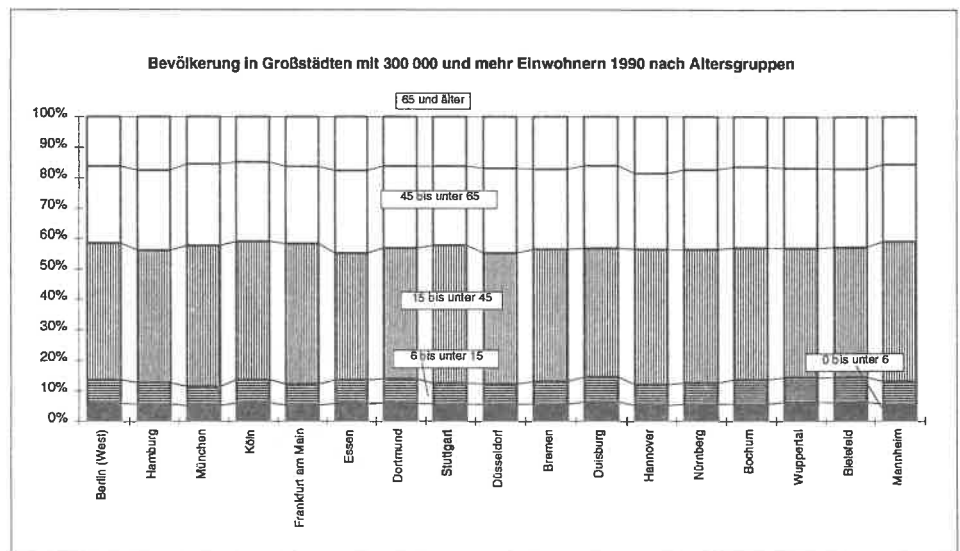
Bremen im Großstädtevergleich

Großstadtbevölkerung: Zwei Drittel der über 65jährigen sind Frauen

1990 gab es in den alten Bundesländern 17 Großstädte mit 300 000 und mehr Einwohnern. Insgesamt betrug deren Bevölkerungszahl 12,5 Mill. Personen, darunter waren 52,3 % weiblich. In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, daß in den Kommunen dieser Größe 587 734 weibliche Personen mehr als männliche registriert waren. Das entspricht in etwa der Bevölkerungszahl der Städte Stuttgart (579 988 Einwohner) bzw. Dortmund (599 055 Einwohner).

In der Untergliederung nach Altersgruppen zeigt sich, daß dieser beachtliche Frauenüberschuß, abgesehen von der geringen Zahl in der Altersgruppe 45 bis unter 65 Jahren (12 562 Frauen), ausschließlich in der Gruppe 65 Jahre und älter (741 075 Frauen) vorhanden ist. Das bedeutet, daß von diesen älteren Menschen in den 17 Großstädten mehr als zwei Drittel Frauen waren.

In allen Großstädten ist der Anteil der über 65jährigen unter Frauen deutlich hö-



her als im Bevölkerungsdurchschnitt. Dabei ist anzumerken, daß die Altersstruktur der Bevölkerung der Stadt Bremen der der Großstädte zusammen annähernd entspricht; das gilt sowohl für die Gesamtbe-

völkerung wie auch für den weiblichen Bevölkerungsteil. In München und Köln ist der Anteil der über 65jährigen besonders niedrig, in Hannover und Essen dagegen überdurchschnittlich hoch.

Josef Eckholt

Bevölkerung in Großstädten mit 300 000 und mehr Einwohnern 1990 nach Altersgruppen

Stadt	Einwohner		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt					darunter weiblich				
			0 - 6	6 - 15	15 - 45	45 - 65	65 und mehr	0 - 6	6 - 15	15 - 45	45 - 65	65 und mehr
	Anzahl	%	%									
Berlin (West)	2 157 969	52,6	5,8	7,7	44,9	25,4	16,2	5,4	7,1	41,3	24,0	22,3
Hamburg	1 652 363	52,5	5,4	7,2	43,3	26,4	17,6	5,0	6,7	40,4	25,6	22,4
München	1 229 026	52,1	5,1	6,3	46,2	27,0	15,5	4,7	5,9	43,6	25,9	19,9
Köln	953 551	52,1	6,0	7,6	45,4	26,2	14,8	5,6	7,1	43,4	25,0	18,9
Frankfurt am Main	644 865	51,9	5,2	6,9	46,0	25,5	16,3	4,9	6,5	43,3	24,3	21,0
Essen	626 973	52,8	5,8	7,7	41,5	27,3	17,7	5,3	7,1	38,7	26,2	22,7
Dortmund	599 055	52,0	5,9	8,0	42,8	27,2	16,2	5,5	7,5	40,0	26,2	20,8
Stuttgart	579 988	51,6	5,5	7,0	45,2	26,0	16,2	5,2	6,7	42,1	24,9	21,1
Düsseldorf	575 794	53,3	5,4	6,8	42,9	28,0	17,0	4,9	6,1	40,6	26,7	21,7
Bremen	551 219	52,3	5,5	7,5	43,4	26,2	17,4	5,1	7,0	40,4	25,4	22,1
Duisburg	535 447	51,9	6,2	8,3	42,1	27,3	16,1	5,9	7,1	39,5	26,2	20,6
Hannover	513 010	53,2	5,1	6,8	44,3	25,1	18,7	4,8	6,1	41,3	24,2	23,6
Nürnberg	493 692	52,8	5,4	7,1	43,7	26,3	17,4	5,0	6,5	40,9	25,5	22,2
Bochum	396 486	52,3	5,6	7,9	43,3	26,7	16,6	5,3	7,4	40,3	25,8	21,2
Wuppertal	383 660	52,6	6,2	8,1	42,2	26,4	17,0	5,8	7,4	39,3	25,4	22,0
Bielefeld	319 037	52,8	6,1	8,3	42,6	25,9	17,2	5,6	7,6	40,1	25,1	21,7
Mannheim	310 411	51,3	5,6	7,5	45,8	25,4	15,8	5,3	7,1	42,9	29,3	20,5
Zusammen	12 530 730	52,3	5,7	7,4	44,1	26,3	16,5	5,2	6,9	41,2	25,2	21,5

Quelle: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1992; eigene Berechnungen.

Andreas Farwick, Simone Kunde *)

Soziale Segregation - Räume sozialer Benachteiligung in Bremen

1. Einleitung

Eines der wesentlichen Merkmale der Struktur unserer Städte ist zweifellos die räumliche Separierung der Funktionen Arbeit und Wohnen, sowie innerhalb der Wohnbereiche auch der verschiedenen sozialen Bevölkerungsgruppen. „Wer sich die industrielle Großstadt unserer Tage genau ansieht, wird sehr bald feststellen, daß sie weder in ihrer baulichen Erscheinung strukturlos noch die soziale Zusammensetzung der Bewohner überall gleichförmig ist...“¹⁾ Die Unterscheidung in „gute Leute Viertel“, Arbeiterquartier, East-End und West-End ist mithin Bestandteil der Alltagserfahrung städtischen Lebens.

Prozesse der räumlichen Differenzierung, Sortierung und Separierung werden in dynamischer Betrachtung des Begriffes unter „Segregation“ zusammengefaßt.²⁾ Sie bilden damit das wichtigste sozial-räumliche Ordnungsprinzip der städtischen Gesellschaft.³⁾ Ist der Begriff der Segregation im allgemeinen für jede Form räumlicher Verteilungsmuster definiert, wird er jedoch häufig nur für die räumliche Verteilung der Wohnstandorte bestimmter Bevölkerungsgruppen als residentiale Segregation verwendet.⁴⁾ Denkbar sind jedoch auch verschiedene Formen temporärer Segregation z.B. des Arbeitsplatzes oder des Urlaubsortes.⁵⁾ Im folgenden soll jedoch ausschließlich von residentialer Segregation die Rede sein.

Residentiale Segregation ist nicht etwa ein Produkt der heutigen industriellen oder gar post-industriellen städtischen Gesellschaft, sondern kann weit bis in die Geschichte nachgewiesen werden. Schon in der vorindustriellen Bürgerstadt gab es eine räumliche Trennung der verschiedenen sozialen Gruppen nach Vierteln der Kaufleute und der Handwerker. Innerhalb der Handwerkerquartiere wiederum fand eine Konzentration und Separation der verschiedenen Zünfte in einzelnen Straßen und Gassen statt. Neben der berufsständischen Absonderung existierte noch eine auf eth-

nischer und religiöser Gemeinsamkeit beruhende, freiwillige Segregation der Juden in eigene Viertel, die sich später zu Ghettos entwickelten.⁶⁾

War die sozial-räumliche Separierung in der vorindustriellen Stadt eher kleinräumig vorhanden, änderte sich dies mit den Anfängen der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts schlagartig. Bedingt durch den Einsatz maschineller Produktionsverfahren wurde nun erstmals eine Trennung der Funktionen Arbeiten und Wohnen vollzogen und eine Separierung von Arbeiter- und bürgerlichen Wohnvierteln durchgesetzt. So entstanden die großräumigen Wohnviertel des Bürgertums in privilegierten Wohnlagen und die meist in Fabriknähe gelegenen Arbeiterviertel, die sich durch mindere Wohnungsqualität, periphere Lage, schlechte infrastrukturelle Versorgung und hohe Bevölkerungsdichte auszeichneten.⁷⁾

Zwar ist nach HERLYN (1974)⁸⁾ die berufsschichtliche Segregation zwischen Bürgervierteln und Arbeiterwohnquartieren heute nicht mehr in der Schärfe vorhanden wie dies in der frühindustriellen Phase Mitte des vorigen Jahrhunderts der Fall war, doch sind, wie anfangs erwähnt, auch in der Gegenwart klare Formen sozial-räumlicher Differenzierung und Separierung erkennbar.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, segregierte Räume sozialer Benachteiligung in Bremen anhand eines Datensatzes aus Ergebnissen der Volkszählung 1987 aufzuzeigen und deren Entwicklung zu erklären. Zu diesem Zweck soll zunächst ein Überblick über Ursachen sozialer Segregation gegeben, und nachfolgend Merkmale sozialer Benachteiligung beschrieben werden. In dem anschließenden Analyseteil werden dann verschiedene Merkmale sozialer Benachteiligung durch eine Auswahl von VZ-Daten repräsentiert und mit Hilfe der Faktorenanalyse auf wenige Dimensionen sozialer Benachteiligung reduziert. Unter Durchführung einer Clusteranalyse wird, auf der Basis der zuvor extrahierten Dimensionen, eine Klassifizierung der Ortsteile von Bremen vorgenommen, anhand dieser se-

gregierte Räume sozialer Benachteiligung identifiziert werden können. In einem letzten Abschnitt sollen, auf der Grundlage, der in Abschnitt 2 angestellten eher abstrakten Überlegungen zur Ursache der sozialen Segregation, Erklärungsversuche für die Entstehung sozial benachteiligter Räume unternommen werden.

2. Ursachen sozialer Segregation

Im folgenden Abschnitt beziehen wir uns hinsichtlich einer übersichtlichen Gliederung verschiedener Ansätze zur Erklärung der Ursachen von Segregation auf zwei im angelsächsischen Sprachraum erschienene Texte, zum einem von KIRBY (1983) und zum anderen von CATER und JONES (1989).⁹⁾ Erklärungsansätze deutscher Autoren wurden dieser Gliederung untergeordnet.

Humanökologie

Eines der ersten Ansätze zur Erklärung von Segregation stellt die Humanökologie (human ecology) dar, die in Analogie zu Erkenntnissen aus der Pflanzen- und Tierwelt in den zwanziger Jahren an der University of Chicago vor allem durch Park, Burgess und McKenzie entwickelt wurde. Angesichts der kaum durch staatliche Pla-

*) Die Verfasser sind Studenten im Fachbereich Geographie (Diplom-Studiengang) der Universität Bremen. Die vorliegende Arbeit ist im Rahmen eines Seminars "Modelle und Methoden der Raumanalyse" (WS 1991/1992) bei Prof. Dr. W. Taubmann entstanden.

1) HERLYN, ULFERT (1974a), Wohnquartier und soziale Schicht, in: Herlyn, U. (Hrsg.), Stadt- und Sozialstruktur, München, S. 16-41, hier S. 16.

2) VASKOVICS, LASZLO A. (1982), Residentiale Segregation und soziale Probleme, in: Vaskovics, L.A. (Hrsg.) (1982), Raumbezogenheit sozialer Probleme, Opladen, S. 200-227, hier S. 200.

3) LICHTENBERGER, ELISABETH (1986), Stadtgeographie 1, Stuttgart, S. 221.

4) VASKOVICS, LASZLO A. (1982), a.a.O., S. 201; FRIEDRICH (1983), Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, Opladen, S. 218.

5) VASKOVICS (1982), a.a.O., S. 201.

6) HERLYN (1974a), a.a.O., S. 19f.

7) ebenda, S. 21.

8) HERLYN (1974b), Soziale Segregation, in: Pehnt, W. (Hrsg.), Die Stadt in der Bundesrepublik, Stuttgart, S. 89-106, hier S. 94.

9) KIRBY (1983): Housing, in: Pacione, M. (Hrsg.), Progress in Urban Geography, London, S. 7-44; CATER und JONES (1989), Social Geography, London.

nung organisierten ungezügelter Stadtentwicklung - vor allem der nordostamerikanischen Städte (allen voran New York und Chicago) - mit starken Segregationserscheinungen in der Landnutzung, betrachteten die Chicagoer Soziologen die Stadt und deren Entwicklung als „natürliches Phänomen“ bei dem die territoriale Organisation menschlicher Gruppen zum einen auf der biotischen Ebene durch Wettbewerb und zum anderen auf der kulturellen Ebene durch soziale Anpassung bestimmt wird.¹⁰⁾ Durch Prozesse der Konzentration, Zentralisation, Invasion und Sukzession entstehen Gleichgewichtszustände in Form von segregierten „natural areas“. Gründe für die Entstehung dieser „natural areas“ werden hier nur vage formuliert.

Das wohl bekannteste Beispiel von „natural areas“ beinhaltet das Fünfbandenmodell von Burgess, welches von einer ringförmigen Expansion der Stadt ausgeht. Das Wachstum einer Stadt findet dabei nicht durch Anlagerung an den Stadtrand statt, sondern geschieht von innen heraus durch Erweiterung der ringförmigen „natural areas“ in die jeweils nächste äußere Zone. Die segregierten „natural areas“ bilden sich nach Burgess als Resultat eines über den Bodenpreis ausgetragenen Wettbewerbs.¹¹⁾

Es besteht wenig Zweifel, daß der Humanökologie auf der deskriptiven Ebene, also bezüglich der Beschreibung sozial-räumlicher Differenzierungen, eine wesentliche Bedeutung zukommt.¹²⁾ Die Aussagekraft der klassischen Humanökologie wird aber durch das Fehlen einer stringenter Theorie der Segregation geschmälert.¹³⁾ Dort, wo Ansätze einer Theorie vorhanden sind, entspringen sie einem sozial-darwinistischen Menschen- und Gesellschaftsbild, das die menschliche Gesellschaft einem biotischen Ökosystem gleichsetzt. Niemand wird aber heute bestreiten, daß die Gesellschaft weitgehend durch Sozialisation geprägt ist und nicht durch dumpfe, natürliche Triebe geleitet wird.¹⁴⁾

Sozialraumanalyse

Die wohl bedeutendste Weiterführung der Humanökologie ist die zuerst von Shevky und Williams (1949), dann von Shevky und Bell (1953) weiter entwickelte Sozialraumanalyse (Social Area Analyses). Hier wird die soziale Differenzierung der Stadt, ausgehend von einer Analyse der gesamtgesellschaftlichen Struktur und des sozialen Wandels, erklärt. Shevky und Bell sehen dabei „...die Großstadt als Produkt der komplexen Gesamtheit der modernen Gesellschaft und folglich die räumlich differenzierten sozialen Formen des städtischen Lebens als Teil der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse und deren Veränderungen.“¹⁵⁾ Als Dimensionen der gesellschaftlichen, sozialen Entwicklung werden a) die Verteilung von Kenntnissen (soziale Position), b) die Struktur der Pro-

duktivität (Verstädterung) und c) die Struktur der Bevölkerung (Segregation im engeren Sinne) angenommen. Die Stadtstruktur kann nun mit Hilfe dieser drei Dimensionen abgebildet werden. Aufgrund von Daten der amtlichen Statistik werden den drei Dimensionen Indizes zugeordnet, die dann in einem dreidimensionalen Koordinatensystem abgetragen werden können, um Raumtypen ähnlich segregierter Ausprägung zu bilden.¹⁶⁾

Kritiker stellen hinsichtlich der Sozialraumanalyse die Frage, ob die drei genannten Dimensionen für die Beschreibung städtischer Differenzierungen wirklich geeignet sind.¹⁷⁾ Zudem bleibt die Sozialraumanalyse, aufgrund einer unzureichenden Theorie, auf der deskriptiven Ebene stehen.¹⁸⁾

Faktorökologie

Die Faktorökologie ist eine Fortführung der Sozialraumanalyse. Während allerdings bei der Sozialraumanalyse eine Klassifikation städtischer Teilgebiete mit Hilfe festgelegter Dimensionen unternommen wird, ist das Ziel der Faktorökologie zunächst einmal, aus einem bestimmten Datensatz, Dimensionen der Stadtstruktur zu entwickeln. Zu diesem Zweck werden theorielos Variablen zu Faktoren zusammengefaßt.¹⁹⁾ Im weiteren Verlauf der Analyse wird dann mit Hilfe von Faktorenwerten eine Klassifikation durchgeführt. Bekannt in diesem Zusammenhang ist das sozial-räumliche Modell von Berry und Rees (1969).

Aufgrund der Theorielosigkeit der Faktorökologie, ist auch diese zunächst einmal nur von deskriptivem Wert.²⁰⁾ Außerdem birgt die theorielose Auswahl von Variablen die Gefahr einer Reproduktion von Vorurteilen.

Neo-klassischer ökonomischer Ansatz

Ausgangspunkt dieses Ansatzes, der Prozesse der Segregation über den Marktmechanismus erklärt, ist die Prämisse, daß Haushalte und Wirtschaft bei begrenzten finanziellen Mitteln um städtischen Raum konkurrieren, der die jeweiligen Bedürfnisse optimal befriedigt. Folgende Grundannahmen werden dabei aufgestellt: a) rationales Handeln und freier Wettbewerb, b) gleiche topographische Bedingungen über die gesamte Stadt hinaus, so daß die Transportkosten eine direkte Funktion der Distanz sind, c) der Stadtkern ist der Punkt der höchsten Erreichbarkeit und d) der Stadtkern ist am begehrtesten, so daß die Bodenpreise hier am höchsten sind.²¹⁾

Alonso (1960) kam zu dem Schluß, daß der Wohnstandort der Haushalte eine Balance bezüglich der Kosten für den Arbeitsweg und dem Verlangen nach preiswertem Boden und mehr Freifläche bildet.²²⁾ Unter diesen Umständen wird davon ausgegangen, daß es zu Prozessen der Se-

gregation zwischen einkommensstarken Bevölkerungsgruppen kommt, die sich auf großflächigen Grundstücken in der Peripherie ansiedeln und Bevölkerungsgruppen aus der Unterschicht, welche sich mit engen Wohnungen im dicht verbauten Stadtkern zufrieden geben müssen.

Diese Theorie spiegelt zwar grob die sozial-räumliche Differenzierung der Städte wieder, wird aber gerade zu Beginn der 70er Jahre durch den Prozeß der Gentrification, bei dem einkommensstarke Haushalte zurück in innerstädtische Gebiete wandern, unterlaufen.²³⁾

Behaviouristischer Ansatz

Im Gegensatz zu dem eher auf objektiven Rahmenbedingungen aufbauenden ökonomischen Ansatz, wird Segregation im Falle des verhaltensorientierten Ansatzes des Behaviourismus als Resultat freiwilliger, selbst gewählter sozialer und räumlicher Entflechtung erklärt.²⁴⁾ Empirische Untersuchungen von neuen Siedlungen und Städten, deren Bewohner bei Erstbezug eine bewußt gesteuerte heterogene Sozialstruktur aufwiesen, haben ergeben, daß wenige Jahre später eine selbst gewählte soziale Entflechtung stattgefunden hatte.²⁵⁾ In einem anderen Fall wird aus Israel berichtet, daß ein Versuch scheiterte, Neueinwanderer verschiedener sozialer Berufsgruppen in heterogen zusammengesetzte Wohnsiedlungen „Neuer Städte“ zu vermitteln.²⁶⁾

Derartige Prozesse der freiwilligen Segregation sind nur vor dem Hintergrund einer sozial stark differenzierten hierarchischen Gesellschaftsstruktur zu erklären. Allgemein gilt, daß man „... in dem alltäglichen Interaktionsfeld des vertrauten Wohnquartiers Menschen bevorzugt, deren Verhalten man von seinen eigenen Verhaltensweisen her kennt und deren Rollenverhalten dem eigenen nahe kommt.“²⁷⁾ Bedürfnisse der sozialen Absonderung treten vor allem bei Angehörigen der Oberschicht auf.

10) FRIELING, VON (1980), Räumliche und soziale Segregation in Göttingen - Zur Kritik der Sozialökologie, Urbs et Regio 20, Kassel, S. 237ff.

11) ebenda, S. 250.

12) CATER und JONES (1989), a.a.O., S. 46; FRIELING, VON (1980), a.a.O., S. 251.

13) FRIEDRICHS (1983), a.a.O., S. 37; KIRBY (1983), a.a.O., S. 17.

14) vgl. CATER und JONES (1989), a.a.O., S. 47; HERLYN (1974b), a.a.O., S. 100.

15) FRIELING, VON (1980), a.a.O., S. 281.

16) SHEVKY und BELL (1974), Sozialraumanalyse, in: Atteslander, P.; Hamm, B. (Hrsg.), Materialien zur Siedlungssoziologie, Köln, S. 125-139, hier S. 127ff.

17) FRIELING, VON (1980), a.a.O., S. 284.

18) FRIEDRICHS (1983), a.a.O., S. 183.

19) ebenda, S. 183.

20) FRIELING, VON (1980), a.a.O., S. 293.

21) KIRBY (1983), a.a.O., S. 11.

22) ebenda, S. 11.

23) vgl. HAMNETT (1984), Gentrification and Residential Location Theory: A Review and Assessment, in: Herbert, D.T.; Johnston, R.J. (Hrsg.), Geography and the Urban Environment. Progress in Research and Applications, Chichester, S. 283-319.

24) FRIELING, VON (1978), Kritik der Theorie urbaner Segregation, in: Schramke, W.; Strassel, J. (Hrsg.), Wohnen und Stadtentwicklung - Ein Reader für Lehrer und Planer, Oldenburg, S. 293-325, hier S. 312.

25) HERLYN (1974a), a.a.O., S. 27.

26) HERLYN (1974b), a.a.O., S. 98.

27) ebenda, S. 98f.

Hier wird die Wohnadresse zum Statussymbol. Ein möglicher beruflicher Aufstieg ist daher oft mit einem Wechsel des Wohnviertels verbunden, um durch die Verbesserung der räumlichen Position auch die soziale zu demonstrieren.²⁸⁾ Ein solches Verhalten setzt das Vorhandensein eines eindeutig bestimmten Status verschiedener Wohnviertel voraus. „Ist ein Wohnviertel erst einmal sozial eindeutig etikettiert, übt es gewissermaßen einen Sog auf Bewohner ähnlicher Soziallagen aus und wird - vermittelt durch das Image - praktisch zu einer abgeleiteten Ursache weiterer Segregationsvorgänge.“²⁹⁾

Da der verhaltensorientierte Ansatz weitgehend von der Freiheit der Wahl innerhalb des Wohnungsmarktes ausgeht, können Prozesse der Segregation hier auch nur insoweit erklärt werden, als eine Wahlfreiheit im Wohnstandort auch tatsächlich vorhanden ist. Diese ist aber aufgrund beschränkter Ressourcen nur bei einem geringen Teil der Bevölkerung uneingeschränkt möglich. Der größte Teil der Bevölkerung ist bezüglich der Wahl des Wohnstandortes entsprechend eigener Mittel und vor allem angebotsbestimmender Faktoren des Wohnungsmarktes eingeschränkt. Besonders zeigt sich dies bei einkommensschwachen Schichten. Hier sind Möglichkeiten, den Wohnungsmarkt ihrer Nachfrage entsprechend mit zu gestalten und Wohnung und Wohnstandort nach ihren Wünschen auszuwählen, kaum vorhanden. Diese Bevölkerungsgruppen müssen auf den Wohnungsbestand zurückgreifen, der auf dem Wohnungsmarkt für sie übrig bleibt.

Managerial Approach

Der sog. „Managerial Approach“ geht von der Annahme aus, daß Prozesse der Segregation und der sozial-räumlichen Differenzierung einer Stadt nicht so sehr durch die Nachfrage der Haushalte auf dem Wohnungsmarkt und deren freie Standortwahl bedingt ist, sondern eher durch diejenigen determiniert wird, die den Wohnungsmarkt kontrollieren. Wesentliche Anstöße wurden hier durch die Arbeiten von Pahl gegeben, der die Kontrolle über den Wohnungsmarkt den „urban managers“ zuschreibt. Zu den Urban Managers zählen Immobilienmakler, Vermieter, Wohnungsbaugesellschaften, Geldinstitute, der Staat und die Kommunen. Gegenstand der Untersuchungen innerhalb des Managerial Approach ist die Frage nach den Interessen und dem Handeln der Urban Managers.³⁰⁾

Immobilienmakler

Immobilienmakler sind nicht nur passive Vermittler von Wohnungen, in vielen Fällen gestalten sie auch aktiv den Wohnungsmarkt mit und tragen damit zu Erscheinungen residentialer Segregation bei. Dies geschieht beispielsweise, indem sie

potentielle Mieter oder Käufer einer Wohnung in Stadtgebiete hin und von Stadtgebieten weg leiten. Immobilienmakler können damit sozusagen als Dirigist von Mietern und Käufern den sozialen Status bestimmter Gebiete erhalten oder aber auch - wie im Falle der „Ghetto-makers“ in den USA³¹⁾ oder der Gentrification - bewußt verändern.

Vermieter

Eine wesentliche Rolle hinsichtlich der Verteilung von Wohnungen spielen natürlich die Hausbesitzer und Vermieter. Die Vermieter sind dabei vor allem an einer möglichst hohen Verzinsung ihres Kapitals und damit an dem zahlungskräftigsten Mieter interessiert. VON FRIELING verweist zusätzlich auf verschiedene Hausbesitzergruppen mit unterschiedlichen Interessenlagen: „... z.B. spekulative Althausbesitzer sind eher auf größtmöglichen Mietzins aus, jene, die ihr Haus (in dem sie vielleicht auch selbst wohnen) als sichere Kapitalanlage ihrer Ersparnisse und als Altersversorgung betrachten, sind eventuell eher an zuverlässigen Dauermietern, welche die Wohnung schonen und Instandhaltungskosten niedrig halten, interessiert“³²⁾.

Hinsichtlich der Vermietungsstrategie stellen Basset und Short (1980) fest, daß private Vermieter, im Gegensatz zu Wohnungsbaugesellschaften, weniger auf formale Kriterien potentieller Mieter achten, sondern daß eher subjektive, persönliche Eindrücke eine Rolle spielen.³³⁾ Da sich die Vermieter gerade in Zeiten der Wohnungsknappheit ihre Mieter aussuchen können, haben Personen, die im allgemeinen nicht den Vorstellungen eines soliden Mieters entsprechen (kinderreiche Familien, Ausländer, Sozialhilfeempfänger, Studenten) nur begrenzte Chancen auf dem privaten Wohnungsmarkt, eine ihren Wünschen entsprechende Wohnung zu finden.

Wie oben schon erwähnt, legen Wohnungsbaugesellschaften bei der Vergabe von Wohnungen eher formale Kriterien wie Einkommen, Familiengröße und Beruf an. Sofern Wohnungsbaugesellschaften gemeinnützig sind und durch öffentliche Mittel finanziert werden, haben diese eine Verpflichtung, Wohnungen für einkommensschwache Haushalte bereitzustellen. Hauptgesichtspunkt für das Auswahlkriterium eines potentiellen Mieters sind die Mietzahlungssicherheit und die „Bestandspflege“.³⁴⁾ Ein „Absinken der Quartiere“ soll verhindert werden, indem der Ausländeranteil auf höchstens 30 Prozent begrenzt und möglichst gleichmäßig über die Siedlungen verteilt wird. Problemgruppen wie „... Alkoholikerfamilien, alleinstehende Mütter, Straftatlassene, ehemals Drogenabhängige und längerfristig Arbeitslose werden meist nur akzeptiert, wenn eine Vertrauensbeziehung zum Wohnungsunternehmen hergestellt werden kann

(Empfehlung bzw. Bürgschaft von Sozialarbeitern, Pfarrern, auch Altmietern)“.³⁵⁾

Im Falle des gemeinnützigen Wohnungsbaus hat oft das örtliche Wohnungsamt Einweisungsbefugnis. Hier sind aufgrund des durch Wegfall von Belegungsbindungen immer knapper werdenden Bestandes an Sozialwohnungen und einem andererseits zunehmenden Nachfrage- druck auf diese Wohnungen, die Wohnungsämter in immer stärkerem Maße gezwungen, die Vermittlung von Sozialwohnungen auf Zielgruppen zu konzentrieren, die keine oder nur eingeschränkte Chancen haben, sich auf dem Wohnungsmarkt zu versorgen.³⁶⁾ Dabei werden wohnungspolitische Problemhaushalte häufig auf Sozialwohnungsbestände konzentriert, „... die aufgrund ihrer baulichen, räumlichen und infrastrukturellen Charakteristika bzw. Defizite und der damit verbundenen Fortzugsrate einkommensstärkerer und „anspruchsvollerer“ Haushalte dann zur Wohnungsversorgung der am privaten Wohnungsmarkt verdrängten Bevölkerungsgruppen quasi vorbereitet sind“³⁷⁾. Hier sind vor allem die Sozialwohnungsbestände der unattraktiven randstädtischen Großwohnanlagen angesprochen.

Wohnungsbaugesellschaften und private Bauherren

Da in vielen Ländern generell die Nachfrage nach Wohnraum größer ist als das Angebot, besteht für private Bauherren und Wohnungsbaugesellschaften, besonders wenn der angespannte Teilmarkt preiswerten Wohnraums bedient werden soll, nur ein geringes Maß an Notwendigkeit, sich den baulichen Vorstellungen der Nachfrager anzupassen. Vielmehr können Wohnungsbauprojekte relativ frei nach eigenen Vorstellungen verwirklicht werden. So sind beispielsweise die randstädtischen Großwohnanlagen nicht etwa unter Berücksichtigung von Wohnpräferenzen der Nachfrager gestaltet worden, sondern nach den Vorstellungen der Wohnungsbaugesellschaften.³⁸⁾ Es sind also weitgehend die Vorgaben der privaten Bauherren und der Wohnungsbaugesellschaften, die eine sozial-räumliche Differenzierung, das „wo wohnt wer“,

28) FRIELING, VON (1978), a.a.O., S. 313.

29) HERLYN (1974a), a.a.O., S. 28.

30) vgl. KIRBY (1983), a.a.O., S. 25.

31) vgl. hierzu HÄUBERMANN (1983), Amerikanisierung der deutschen Städte? Einige Bedingungen der Stadtentwicklung in den USA im Vergleich zur Bundesrepublik im Bezug auf das Wohnen, in: Roscher, V. (Hrsg.), Wohnen, Hamburg, S. 137-159, hier S. 152.

32) FRIELING, VON (1980), a.a.O., S. 326.

33) vgl. KIRBY (1983), a.a.O., S. 27.

34) vgl. KREIBICH (1985), Wohnungsversorgung und Wohnstandortverhalten, in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.), Die Städte in den achtziger Jahren, Opladen, S. 181-195, hier S. 189.

35) ebenda, S. 189.

36) vgl. Echter und Brühl in NAROSKA (1987), Sozialer Wohnungsbau als lokale Manövriermasse, in: Neue Praxis, Nr. 6, S. 489-505, hier S. 492.

37) NAROSKA (1987), a.a.O., S. 492.

38) siehe auch FRIELING, VON (1978), a.a.O., S. 321.

und damit Tendenzen der Segregation bestimmen.³⁹⁾

Finanzinstitute

Eine sozial-räumliche Differenzierung wird des weiteren natürlich auch von der Investitionspolitik der Finanzinstitute beeinflusst. Diese entscheiden, in welche Stadtteile und zu welchen Konditionen Kredite zum Bau von Wohnungen gegeben werden. Eine krasse Form der Einflußnahme auf die Entwicklung eines Stadtteils ist das „redlining“. Hier wurden hauptsächlich in den Städten der Vereinigten Staaten ganze Stadtteile überwiegend schwarzer Bevölkerung als kreditunwürdig ausgewiesen. Investitionen in solche Stadtteile blieben aus, so daß Reparaturarbeiten an den Häusern nicht mehr vorgenommen werden konnten, und die Stadtteile nach und nach verfielen. Redlining ist mittlerweile in den USA verboten.

Der Staat und die Kommunen

Eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Beeinflussung des Wohnungsmarktes und damit der sozial-räumlichen Differenzierung der Stadt nimmt der Staat und die Kommunen ein. VON FRIELING identifiziert hier drei Ebenen staatlicher Intervention hinsichtlich der Produktion und Lokalisierung von Wohnungen:

Zum einen kann die Kommune über die Ortsplanung und speziell die Flächennutzungsplanung Art und Maß der baulichen Nutzung bestimmen, also Wohngebiete lokalisieren und die Wohnform - z.B. über die Geschosßflächenzahl - entscheidend beeinflussen.⁴⁰⁾

Desweiteren hat die staatliche Infrastrukturpolitik einen wesentlichen Einfluß auf die Lagegunst des Bodens und damit auf die Art des Wohnangebots und die Zahlungsbereitschaft der Nachfrager. Die Attraktivität eines Wohnstandortes wird beispielsweise durch gute Verkehrsanbindung, Ausstattung mit Kindergärten, Schulen, Gesundheits- und Erholungseinrichtungen gesteigert.⁴¹⁾

Eine offensichtliche Beeinflussung des Wohnungsmarktes stellen letztendlich allgemeine staatliche Eingriffe wie Mietpreisstop, Mieterschutzgesetze, Zinspolitik, steuerliche Vergünstigungen, Konjunkturprogramme, Wohngeld etc. dar.⁴²⁾ So hatte beispielsweise die Ausweitung der Steuerabschreibemöglichkeit bei Kauf oder Bau von Wohneigentum nach § 7b EStG auch auf den Altbaubestand erhebliche Gentrificationstendenzen zur Folge, mit der Konsequenz einer Dezimierung des für einkommensschwache Schichten so wichtigen preiswerten innerstädtischen Bestandes an Altbauwohnungen.⁴³⁾ Zusätzlich führte der z.T. durch den Staat unterstützte Abbau der belegungsgebundenen innerstädtischen Sozialwohnungen zu einer weiteren Ver-

gung des innerstädtischen Marktes an preisgünstigen Mietwohnungen.⁴⁴⁾ Einkommensschwache Bevölkerungsgruppen werden so auf den Sozialwohnungsbestand der randstädtischen Großwohnanlagen zurückgewiesen. Hier konzentrieren sich dann die wohnungspolitischen Problemgruppen (siehe oben).

Ohne Zweifel hat der Managerial Approach die Diskussion um die Bildung sozial-räumlicher Differenzierung und Segregation um vieles bereichert. Zusammen mit dem in seiner allgemeinen Aussagekraft zwar eingeschränkten behaviouristischen Ansatz stehen hier Erklärungsansätze zur Verfügung, die über die bloße Beschreibung und Kartographierung von Segregationserscheinungen (dies ist besonders bei Arbeiten im Rahmen der Sozialraumanalyse und der Faktorenanalyse der Fall) hinaus gehen und außerdem nicht auf einer allzu abstrakten Ebene verharren, wie beispielsweise die neoklassisch ökonomisch orientierten Arbeiten von Alonso und Lowry.

An dieser Stelle soll allerdings nicht verschwiegen werden, daß auch der Managerial Approach starker Kritik, speziell von Seiten der Marxisten, allen voran Harvey und Castells, ausgesetzt ist. Sie argumentieren, daß das Handeln der Urban Managers nicht unabhängig von gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen gesehen werden kann. Da nach dem Verständnis der Marxisten die Gesellschaft vom Kapital beherrscht wird, ist die sozial-räumliche Separierung und Differenzierung der Städte letztendlich Ausdruck der Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Klasse der Besitzenden an den Produktionsmitteln.⁴⁵⁾

Unseres Erachtens wirft die marxistische Kritik am Managerial Approach zwar interessante ideologische Fragen auf, dient aber weniger der Operationalisierung des Problems. Wir werden uns daher im fünften Abschnitt, der Erklärung von segregierten Räumen sozialer Benachteiligung in Bremen, zum einen auf behaviouristische Erklärungsmuster beziehen (soweit es die Beschränktheit dieses Ansatzes zuläßt) und zum anderen auf Erkenntnisse, die im Zusammenhang mit dem Managerial Approach stehen.

3. Merkmale sozialer Benachteiligung

Für die alte Bundesrepublik Deutschland kann - bezogen auf die letzten Jahre - behauptet werden, daß ein hohes materielles Wohlstandsniveau allgemein kennzeichnend ist. Die Wohlstandssituation der Bevölkerung hat sich hier in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert, und so ist heute ein Standard erreicht, der noch vor zwanzig Jahren undenkbar gewesen wäre. Gleichzeitig wird der Wohlstandszuwachs aber von einer zunehmenden Ungleichverteilung der ökonomischen und sozialen Res-

ourcen innerhalb der Gesellschaft begleitet. So werden immer größere Teile der Bevölkerung vom steigenden Wohlstand abgekoppelt und in randständige Lebenslagen abgedrängt.⁴⁶⁾

Für die abgedrängten Bevölkerungsgruppen besteht zwar weitestgehend kein physisches Überlebensproblem, doch relativ betrachtet, das heißt im Vergleich mit dem durchschnittlichen Lebensstandard unserer Gesellschaft, sind erhebliche Unterversorgungserscheinungen zu beobachten.⁴⁷⁾ Diese Unterversorgungserscheinungen können zur sozialen Benachteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen führen, sofern deren Versorgung in mehreren Wohlfahrtsbereichen unterhalb der zu einem bestimmten Zeitpunkt allgemein erreichten Standards der Mehrheit der Bevölkerung liegt.

SCHOTT-WINTERER weist darauf hin, daß es sich bei den Unterversorgungserscheinungen um ein mehrdimensionales Phänomen handelt und unterscheidet zwischen objektiven und subjektiven Komponenten.⁴⁸⁾ Zu den objektiven zählt sie: Einkommen, Wohnen, Bildung, Gesundheit und Sozialbeziehung; zu den subjektiven: Einsamkeit, Niedergeschlagenheit, Ängste und Sorgen, sowie Lebenszufriedenheit. Weiterhin stellt sie fest, daß diese Benachteiligungen nicht gleich verteilt, sondern auf bestimmte Personengruppen konzentriert sind.⁴⁹⁾ So sind z.B. „Angehörige der Arbeiterschicht (...) überdurchschnittlich von Einkommensmangel und zusätzlichen Benachteiligungen in den ausgewählten Lebensbereichen betroffen, wobei sich der Zusammenhang von geringem Einkommen und weiterer Unterversorgung über mehrere Lebensbereiche erstreckt“⁵⁰⁾.

Im folgenden wollen wir die Auswirkungen der Benachteiligung in zentralen Lebensbereichen - wie: Arbeitssituation, Bildungssituation, Wohnsituation, Alter und Familiensituation - genauer beschreiben, um auf die Brisanz des Themas hinzuweisen.

Arbeitssituation

In der Gesellschaft der Bundesrepublik wird die Lebenslage und die Teilhabe des Einzelnen an den Wohlfahrtsgütern hauptsächlich durch seine Teilnahmekancen an

39) vgl. KIRBY (1983), a.a.O., S. 29.

40) FRIELING, VON (1980), a.a.O., S. 324.

41) ebenda, S. 324.

42) ebenda, S. 325.

43) HAUßERMANN (1990), Der Einfluß von ökonomischen und sozialen Prozessen auf die Gentrification, in: Blasius, Jörg; Dangschat, Jens (Hrsg.), Gentrification: Die Aufwertung innenstadtnäher Wohngebiete, Frankfurt am Main, New York, S. 35-50, hier S. 37.

44) vgl. KREIBICH (1985), a.a.O., S. 190.

45) vgl. CATER und JONES (1989), a.a.O., S. 51ff.

46) vgl. DÖRING, HANESCH und HUSTER (1990), Armut als Lebenslage, in: dies. (Hrsg.), Armut im Wohlstand, Frankfurt am Main, S. 7-30, hier S. 7.

47) ebenda, S. 9.

48) SCHOTT-WINTERER (1990), Wohlfahrtsdefizite und Unterversorgung, in: Döring, D.; Hanesch, W.; Huster, E.U. (Hrsg.), a.a.O., S. 56-78, hier S. 56.

49) ebenda, S. 71.

50) ebenda

der Erwerbsarbeit bestimmt. Seine Position im System der Erwerbsarbeit ist entscheidend für den Zugang zu Lebenschancen und Lebensperspektiven.⁵¹⁾ Soziale Ungleichheit, also Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen, geht in einer marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft in erster Linie auf systembedingte Ursachen, wie die Funktionsweise des Arbeitsmarktes und des Beschäftigungssystems zurück. ADAMY und HANESCH unterscheiden hierbei mehrere Ebenen:⁵²⁾

- Zunächst einmal ist der Verkauf der Arbeitskraft, auf den der Arbeiter angewiesen ist, von verschiedenen Kapitalinteressen abhängig und obliegt somit nicht ausschließlich seiner Kontrolle.
- Aufgrund unternehmensstrategischer Entscheidungen ist das System der Lohnarbeit durch eine Hierarchie der Arbeitsplätze gekennzeichnet, was als Folge ungleiche Beschäftigungs- und Einkommenschancen nach sich zieht. In diesem System konkurrieren die Arbeitnehmer untereinander um die lukrativsten Positionen im Beschäftigungssystem.
- Im System der sozialen Absicherung wird die soziale Ungleichheit reproduziert, da die Position, die ein Arbeitnehmer in der Erwerbsarbeit einnimmt, ausschlaggebend für die Lohnsatzzahlung ist. Die Dauer sowie Höhe der Beitragszahlung definieren das Niveau, auf dem die materielle Absicherung stattfindet. Auch in Phasen, in denen nicht gearbeitet wird (Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit), spielt die frühere Stellung im Arbeitsprozeß eine bedeutende Rolle für die finanzielle Absicherung.

Diese allgemeinen Voraussetzungen geben schon Hinweise auf die vielfältige Benachteiligung derjenigen, die auf den unteren Stufen der Einkommensleiter stehen. Die Erwerbshierarchie schlägt sich nicht nur in der Einkommenshöhe nieder, sondern beeinflusst die Gesamtheit der Arbeits- und Lebensbedingungen. So berichten ADAMY und HANESCH: „Wie empirische Untersuchungen zeigen, weisen Arbeitsplätze am unteren Ende der Einkommensskala in der Regel niedrigere Qualifikationsanforderungen, höherer Beschäftigungsrisiken, höhere Gesundheits- und Unfallrisiken sowie geringere Interaktions- und Partizipationschancen auf“⁵³⁾.

Indem der Arbeitsmarkt den Zugang zu den verschiedenen Positionen im Beschäftigungssystem regelt, nimmt er Einfluß auf die Arbeitssituation und über die Höhe des Einkommens auch auf die Lebenssituation der Beschäftigten und ihrer Angehörigen. Dem Bildungsabschluß kommt bei der Ver-

teilung der Einstiegschancen in die Beschäftigungshierarchie eine entscheidende Rolle zu.

Bildungssituation

Nach HANESCH stellt die Ausstattung mit Bildung eine entscheidende Dimension für die Analyse von sozialökonomischen Ausgrenzungs- und Verarmungsprozessen dar.⁵⁴⁾ Bei der Verteilung von Lebenslagen und Lebensperspektiven kommt dem Bildungssystem in der Bundesrepublik eine zentrale Rolle zu. Ganz allgemein kann die Unterausstattung mit Bildung als eine Ursache für Armut und soziale Benachteiligung angesehen werden. HANESCH ergänzt diese Annahme und interpretiert sie als Ausdruck einer bereits benachteiligten Lebenslage.⁵⁵⁾ So ist Bildung zum einen eine zentrale ökonomische Ressource, durch deren Erwerb und Verfügbarkeit das individuelle Arbeitsvermögen erhöht oder erhalten werden kann und durch deren Erwerb eine Vorentscheidung über die spätere Stellung in der Erwerbshierarchie stattfindet. Ökonomisch gesehen kann Bildung auch als Investition in das Arbeitsvermögen bezeichnet werden. Die Gefahr in weniger attraktive Arbeitsbereiche mit verminderten Einkommensmöglichkeiten und, wie oben erwähnt, höheren Beschäftigungs- und Unfallrisiken abgedrängt zu werden, steigt bei einer schlechteren Ausbildung. Der Zusammenhang zwischen Bildung und späterer Stellung im Beschäftigungssystem tritt hier besonders klar hervor.

Zum anderen ist Bildung aber auch ein zentraler Lebensbereich, der neben der Arbeitswelt auch die Entfaltung der Persönlichkeit beeinflusst. Die Aneignung von Bildung ermöglicht die Teilhabe am kulturellen, politischen und sozialen Leben.⁵⁶⁾ Die wichtigste Rolle für den erfolgreichen Abschluß einer Berufsausbildung kommt hierbei der schulischen Vorbildung zu. Die Art des Abschlusses, die Noten und die Einschätzung der Eltern sind von Bedeutung für den beruflichen Werdegang der Auszubildenden. Dabei darf der Einfluß der Eltern auf ihre Kinder nicht unterschätzt werden. HANESCH berichtet, daß der Anteil der Jugendlichen ohne Ausbildung, deren Vater ohne Schulabschluß geblieben war, mit 25 Prozent fünfmal so hoch ist wie der Anteil der Gruppe, in der der Vater die Studienberechtigung besitzt.⁵⁷⁾

Wohnsituation

Wohnen kann als eines der existentiellen Bedürfnisse des Menschen bezeichnet werden. Der Wohnraum bietet Schutz und Geborgenheit vor äußeren Einflüssen. Der Wohnraum ist also ein Raum, der dem Menschen die Voraussetzung bietet, sich körperlich und geistig wohl zu fühlen. Gesellschaftlich gesehen, kann der Wohnraum auch als Regenerationsort bezeichnet wer-

den, der dem Menschen die Möglichkeit bietet, sich von der Arbeit zu erholen und Kraft zu schöpfen für den nächsten Arbeitstag. Eine ausreichende Versorgung mit dem Gut Wohnung ist deshalb auch ein gesellschaftliches Anliegen.

In einer marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft spielt das Einkommen auch für die Wohnungsversorgung eine bedeutende Rolle. Die finanziellen Mittel der Haushalte sind entscheidend für deren Chancen auf dem Wohnungsmarkt. Dies hat für die einkommensschwachen Haushalte besondere Auswirkungen. Ihre Wohnungen liegen nicht nur in schlechteren Lagen, z.B. in der Nähe von Industrieanlagen, sondern sind auch qualitativ schlechter ausgestattet, kleiner und von älterer Bausubstanz.

ULBRICH berichtet von erheblichen Unterschieden in der Wohnungsversorgung.⁵⁸⁾ So stammen die Haushalte, die über gar keine Komfortmerkmale, wie Bad, WC und/oder Sammelheizung, verfügen, ausschließlich aus den unteren Einkommenschichten. Immerhin noch 4 Prozent dieser Gruppe lebten in schlecht ausgestatteten Wohnungen, aber nur 0,4 Prozent der Haushalte des oberen Einkommensfünftels. Fast die Hälfte des schlechtesten Wohnungsbestandes entfiel 1985 auf die 20 Prozent der Haushalte mit niedrigsten Einkommen.⁵⁹⁾ Auch die Wohnungsgröße, also die Ausstattung mit Wohnraum pro Person, ist in den unteren Einkommenschichten schlechter. Die Zahl der Räume pro Person zeigt in dieser Gruppe eine deutliche Unterversorgung mit weniger als einem Raum pro Person. Je größer die Zahl der Haushaltsmitglieder, desto prekärer wird die Lage, da die Zahl der Wohnräume z.B. nicht mit der Zahl der Kinder ansteigt.⁶⁰⁾ Die Benachteiligung der unteren Einkommenschichten zeigt sich auch bei der Wohneigentumsbildung, an der diese Gruppe nur einen geringen Anteil hat.

Insgesamt gesehen ist zwar auch für die unteren Einkommenschichten eine Verbesserung in der Wohnungsversorgung eingetreten, doch relativ hat sich der Abstand zu den oberen Einkommenschichten vergrößert. Zudem sind mit der besseren Ausstattung der Wohnungen auch die Mieten angestiegen. Der Mietanstieg wirkt sich auf die Bezieher geringerer Einkommen stärker aus, sie haben weit höhere Mietbelastungen zu tragen. Dazu ULBRICH: „Für die Haushalte des unteren Einkommens-

51) vgl. ADAMY und HANESCH (1990), Erwerbsarbeit und soziale Ungleichheit - Benachteiligung und Ausgrenzung am Arbeitsmarkt, in: Döring, D.; Hanesch, W.; Huster, E.U. (Hrsg.), a.a.O., S. 161-184, hier S. 161

52) ebenda, S. 161f.

53) ebenda, S. 162.

54) HANESCH (1990), Unterversorgung im Bildungssystem: Das Beispiel berufliche Bildung, in: Döring, D.; Hanesch, W.; Huster, E.U. (Hrsg.), a.a.O., S. 185-205, hier S. 185.

55) ebenda

56) ebenda

57) ebenda, S. 193.

58) ULBRICH (1990), Wohnverhältnisse einkommensschwacher Schichten, in: Döring, D.; Hanesch, W.; Huster, E.U. (Hrsg.), a.a.O., S. 206-226.

59) ebenda, S. 209.

60) vgl. ULBRICH (1990), a.a.O.; HERLYN, I.; HERLYN, U. (1983): Wohnverhältnisse in der Bundesrepublik, Stuttgart.

fünftels beliefen sich die Mietaufwendungen 1985 bereits auf weit mehr als ein Drittel ihres Einkommens. Zum Vergleich belief sich die Mietbelastung des oberen Einkommensfünftels 1985 auf weniger als 14 Prozent⁽⁶¹⁾

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß einkommensschwache Haushalte auf dem Wohnungsmarkt mehrfach benachteiligt werden. Dies betrifft sowohl die Ausstattung der Wohnungen, die Mietbelastung, als auch die Möglichkeit der Wohneigenumbildung.

Alter

Obwohl es nicht möglich ist, das Alter an sich als ein Merkmal sozialer Benachteiligung zu bezeichnen, so ist jedoch aus empirischem Material leicht ersichtlich, daß alte Menschen in besonderem Maße und auf vielen Ebenen von sozialer Benachteiligung betroffen sind. Mit dem Erreichen der Ruhestandsgrenze geht zunächst ein Einkommensverlust einher, der vor allem für Bezieher mittlerer und niedriger Einkommen eine Einschränkung der Konsumfähigkeit bedeutet. Die folgenden Zahlen belegen, daß der Ruhestand für viele einen starken finanziellen Abstieg und damit in unserer Gesellschaft zwangsläufig Abstriche bei der Lebensqualität beinhaltet. „Die Durchschnitts-Versichertenrenten beliefen sich 1988 in der Arbeiterrentenversicherung auf 1352 DM (Männer) bzw. 508 DM (Frauen) und in der Angestelltenversicherung auf 1853 bzw. 885 DM⁽⁶²⁾. Zudem ist die Zahl derer beträchtlich, die vorzeitig in den Ruhestand treten oder Unterbrechungen in der Arbeitstätigkeit aufweisen - die also keine 45 Berufsjahre vorweisen können, um 73 Prozent ihres Nettogehalts zu erhalten.⁽⁶³⁾

Die Unterversorgung im Alter ist allerdings nicht auf das unzureichende Einkommen reduziert, sondern drückt sich auch in sozialpolitischen Kernbereichen wie Gesundheit, Familie, soziale Integration und Wohnen aus. Streß und schädigende Arbeitsbedingungen fordern spätestens im Alter ihren Tribut und führen dazu, daß viele alte Menschen krank und häufig auch pflegebedürftig werden. Setzt die Krankheit schon vor der Rente ein, so ist - durch die fehlenden Beitragsjahre - die ausreichende Rentenzahlung gefährdet. Doch auch im Fall der altersbedingten Pflegebedürftigkeit ist keinesfalls eine ausreichende finanzielle Absicherung gewährleistet. Die Gefahr, von Sozialhilfe abhängig zu werden, ist groß, da nicht alle Leistungen von der Versicherung übernommen werden und von privater Hand oft nicht aufgebracht werden können.

Dort, wo der Familienverband noch intakt ist und jüngere Generationen die Altenpflege übernehmen, sind die teuren Heimaufenthalte oder Pflegepersonal nicht notwendig. Diese Form der sozialen Integration in die Familie ist jedoch ein immer sel-

tenerer Fall. Dort, wo sie noch besteht, sind die Betroffenen fast immer überfordert, weil kaum noch mehrere Generationen, die sich gegenseitig unterstützen, in einem Haus wohnen. Die Pflege bleibt dann häufig an einer Person hängen. Isolation und Vereinsamung der alten Menschen sind die Folgen dieser Entwicklung.⁽⁶⁴⁾

Auch in der Wohnsituation zeigt sich die Benachteiligung alter Menschen. Sie wohnen besonders häufig in schlecht ausgestatteten Wohnungen (ohne Bad, WC und Sammelheizung). Dies ist nicht unbedingt auf die Abdrängung der Alten in schlechtere Wohnquartiere zurückzuführen, sondern hängt vielmehr mit der langen Wohndauer zusammen.

Aus den vorangegangenen Schilderungen wird deutlich, daß bei Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit im Alter, besonders dann, wenn mehrere Merkmale sozialer Benachteiligung zusammentreffen, eine prekäre Unterversorgung der Betroffenen die Folge ist.

Problemgruppen

Wie oben schon erwähnt, sind Haushalte mit geringem finanziellen Einkommen stärker von Unterversorgungserscheinungen betroffen. Zu dieser Gruppe gehören nicht nur die Arbeiter und Ungelernten mit niedrigen Einkommen, sondern auch die Sozialhilfeempfänger, Erwerbslosen und ein Großteil der Ausländer.

Die Lebenssituation von Sozialhilfeempfängern stellt sich im allgemeinen eher negativ dar. Die gezahlten Mittel erlauben allenfalls einen Lebensstandard am unteren Rand der Skala. Dies wirkt sich nicht nur auf die Wohnsituation, die Lage der Wohnung, deren Größe und Einrichtung aus, sondern betrifft diese Haushalte in allen Lebensbereichen wie z.B.: Freizeit, Kleidung, Reisen etc.. Zudem ist die psychische Situation von Mitgliedern der Haushalte, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, häufig prekär. Unzufriedenheit und Frustration, aber auch die beengte Wohnsituation führen zu Spannungen und Auseinandersetzungen innerhalb der Haushalte. Die Haushaltsmitglieder haben nicht die Möglichkeit, sich zurückzuziehen, da oft weniger als ein Raum pro Person zur Verfügung steht. Diese beengte Situation kann auch Auswirkungen auf die Schulleistungen der Kinder zeigen.⁽⁶⁵⁾

Die beschriebenen psychischen Auswirkungen von Geldmangel und beengter Wohnsituation sind nicht auf Sozialhilfebezieher begrenzt, sondern lassen sich allgemein auf einkommensschwache Haushalte übertragen. Zusätzlich kommt es aufgrund von gesellschaftlichen Stigmatisierungen zur Ausgrenzung der Sozialhilfebezieher und deren Familien, denen Faulheit, Versagen und Arbeitsunlust nachgesagt wird.

Auch für die Gruppe der Ausländer und deren Familien ergeben sich eine Reihe von Benachteiligungen. Sie wohnen häufig in innenstadtnahen Bereichen mit sanierungsreifem Baubestand oder in der Nähe von Industrieanlagen, deren Belastung durch Emissionen und/oder Lärm sich negativ auf die Wohnqualität auswirken. Zudem sind Gebiete in der Nähe von Industrieanlagen und Gewerbeflächen zusätzlich in der Ausstattung mit sozialer Infrastruktur unterversorgt. Die Unterversorgung mit Wohnraum pro Person nimmt bei dieser Gruppe noch stärkere Ausmaße an als bei den unteren Einkommensschichten der deutschen Haushalte. „Mehr als die Hälfte von ihnen (nur Mehr-Personen-Haushalte) wohnte 1985 in Wohnungen, deren Raumzahl für eine befriedigende Unterbringung der Haushaltsmitglieder nicht ausreichte. Bei den Haushalten mit fünf oder mehr Personen betrug der Anteil 90 Prozent⁽⁶⁶⁾.

Ausländer erfahren auch auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligungen. Da den zugewanderten Gastarbeitern häufig eine den hier geltenden Standards angemessene Berufsausbildung fehlt, üben sie in der Regel niedere, schlecht bezahlte Berufe aus, die zudem krisengefährdet sind. Die begrenzte finanzielle Situation beeinflusst nicht nur die Wohnungssituation, sondern, wie bei anderen Beziehern von Niedrigeinkommen auch, nahezu alle Lebensbereiche. Dazu kommt noch die Schwierigkeit der Überwindung kultureller und sprachlicher Barrieren. Verständigungsprobleme, sowie der teilweise beträchtliche kulturelle und zivilisatorische Unterschied, führen zu Vorurteilen und Ausgrenzung von Teilen der ausländischen Bevölkerung.⁽⁶⁷⁾

Familiensituation

Das letzte Merkmal sozialer Benachteiligung, auf das wir hier näher eingehen wollen, ist der Status der Gruppe der Geschiedenen oder dauernd getrennt Lebenden. SCHOTT-WINTERER konstatiert, daß diese Gruppe in acht von neun Problemdimensionen (s.o.) überdurchschnittlich betroffen ist. Sie wohnen doppelt so oft wie der Durchschnittsbürger in schlecht ausgestatteten Altbauwohnungen.⁽⁶⁸⁾

Die Gruppe der Alleinerziehenden, die noch immer hauptsächlich aus Frauen besteht (1982 betrug der Frauenanteil bei den

61) ULBRICH (1990), a.a.O., S. 118.

62) vgl. Renten Anpassungsbericht (1988), S. 13, 63 ff, nach GITSCHMANN (1990), Armut und Unterversorgung bei Pflegebedürftigkeit im Alter, in: Döring, D.; Hanesch, W.; Huster, E.U. (Hrsg.), a.a.O., S. 270-288, hier S. 271.

63) GITSCHMANN (1990), a.a.O., S. 271.

64) ebenda, S. 271ff.

65) vgl. MISCHKE (1976), Faktorökologische Untersuchung zur räumlichen Ausprägung der Sozialstruktur in Plorzhelm, Karlsruher Manuskripte zur mathematischen und theoretischen Wirtschafts- und Sozialgeographie, Universität Karlsruhe, S. 40.

66) vgl. ULBRICH (1990), a.a.O., S. 213.

67) vgl. GIELOW, SCHILLER (1988), Randgruppenproblematik - Soziale Segregation in Bremen, in: Die Stadtregion Bremen - Situation und Entwicklungsperspektiven, Projektbericht des Studiengangs Geographie, Bremen, S. 278f.

68) SCHOTT-WINTERER (1990), a.a.O., S. 70f.

Alleinerziehenden 87 Prozent⁶⁹⁾), wird außerdem mit gesellschaftlicher Diskriminierung konfrontiert. Dies kann sich unter anderem in einer ablehnenden Haltung der Vermieter gegenüber Wohnungssuchenden aus dieser Gruppe äußern. Gesellschaftliche Stigmatisierung und mangelnde finanzielle Mittel führen häufig zu einer räumlichen und auch sozialen Abdrängung an den Rand der Städte.⁷⁰⁾ Neben den genannten Benachteiligungen ist noch die angeschlagene psychische Situation der Betroffenen zu nennen. Nach der Trennung vom Partner kommt es häufig zur sozialen Isolation. Die Betroffenen fühlen sich einsam, unzufrieden, unglücklich und werden oft von Ängsten und Sorgen gequält.⁷¹⁾

Zusammenfassend wird aus der Schilderung dieser Merkmale sozialer Benachteiligung ersichtlich, daß die Versorgung mit zentralen Gütern - wie Wohnung, Arbeit, Bildung etc. - höchst disparitär ist. Zudem fällt auf, daß die Zahl derer, die von sozialer Benachteiligung betroffen sind, ansteigt, und es sich inzwischen um beträchtliche Gruppen der Bevölkerung handelt, die in einem oder mehreren Lebensbereichen von Unterversorgung betroffen sind. Desgleichen wird deutlich, daß es sich bei sozialer Benachteiligung um ein mehrdimensionales Problem handelt. Besonders, wenn Einkommenseinbußen auftreten und die finanzielle Absicherung nur noch bedingt gesichert ist, treten mehrere Unterversorgungserscheinungen parallel auf.

4. Empirische Analyse zur Identifikation von Räumen sozialer Benachteiligung in Bremen

Ausgehend von einer eher theoretischen Abhandlung von Erklärungsansätzen der sozial-räumlichen Ordnung und Aspekten sozialer Benachteiligung sollen nun:

- mit Hilfe der Faktorenanalyse Merkmale sozialer Benachteiligung zu Dimensionen sozialer Benachteiligung zusammengefaßt, und
- mit Hilfe der Clusteranalyse auf der Basis der zuvor extrahierten Dimensionen eine Klassifikation der Ortsteile von Bremen durchgeführt werden, um dann in einem nächsten Schritt Gebiete sozialer Benachteiligung zu definieren.

4.1 Extraktion von Dimensionen sozialer Benachteiligung

Als räumliche Basiseinheit der Analyse dienen die Ortsteile von Bremen. Diese variieren in der Einwohnerzahl von 692 Ein-

wohnern (Seehausen) bis 13 043 Einwohnern (Lüssum-Bockhorn). Um Verzerrungen der Ergebnisse zu vermeiden, wurden Ortsteile mit weniger als 500 Einwohnern aus der Analyse ausgeschlossen. Dies sind die Ortsteile Häfen, Strom, Blockland, In den Wischen und Werderland.

Aus einem Datensatz mit Ergebnissen der Volkszählung von 1987 wurden die Variablen ausgesucht, welche die in Abschnitt 3 genannten Merkmale sozialer Benachteiligung möglichst gut repräsentieren. Die Variablen Varneu 51, Varneu 53, Varneu 54, Varneu 55, Varneu 59 und Varneu 60 wurden mit Hilfe von Informationen aus dem Datensatz zusätzlich gebildet.

Merkmale sozialer Benachteiligung und zugeordnete Variablen:

Bildung:

Varneu 26: Anteil der Wohnbevölkerung mit Volks- bzw. Hauptschulabschluß als höchsten Abschluß

Varneu 28: Anteil der Wohnbevölkerung mit Hochschul-, Fachhochschulabschluß

Varneu 54: Anteil der Sonderschüler an der Wohnbevölkerung (sechs bis unter achtzehnjährig)

Varneu 55: Anteil der Hauptschüler an der Wohnbevölkerung (sechs bis unter achtzehnjährig)

Beruf und finanzielle Verhältnisse:

Varneu 30: Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen

Varneu 35: Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen

Varneu 37: Anteil der Empfänger von Arbeitslosengeld, -hilfe an der Wohnbevölkerung

Wohnsituation:

Varneu 16: Anzahl der Wohnung pro Gebäude

Varneu 17: Anteil der Eigentümerwohnungen an allen Wohnungen

Varneu 22: Zahl der Personen pro Wohnung

Varneu 23: Räume je Person

Varneu 25: Wohnfläche pro Person

Familienverhältnisse:

Varneu 4: Anteil der ledigen Personen an der Wohnbevölkerung

Varneu 6: Anteil der geschiedenen Personen an der Wohnbevölkerung

Integration in die Gesellschaft:

Varneu 14: Fortzüge je 1000 Einwohner (gemittelter Wert 1986-1987)

Überalterung:

Varneu 11: Anteil der Wohnbevölkerung über 65 Jahre

Varneu 36: Anteil der Rentner an der Wohnbevölkerung

Varneu 59: Anteil der Jugendlichen (zehn bis unter achtzehnjährig) an der Gesamtbevölkerung

Varneu 60: Relation der Alten (über 65 Jahre) zu den Kindern (bis 15 Jahre).

Problemgruppen:

Varneu 51: Sozialhilfeempfänger pro 1000 Einwohner

Varneu 3: Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung

Sonstige Merkmale:

Varneu 53: Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen

Var 95: Wahlbeteiligung in Prozent

Mit Hilfe der Faktorenanalyse (Hauptachsenmethode mit schiefwinkliger Rotation) soll nun die gegebene Menge Variablen auf grundlegende Dimensionen sozialer Benachteiligung zurückgeführt werden. Jede Dimension wird dabei von einem sogenannten Faktor repräsentiert.

Ergebnis

Durch die Faktorenanalyse mit Hauptachsenmethode werden drei Faktoren extrahiert, die insgesamt 87,7 Prozent der Spur erklären. Im einzelnen erklärt der Faktor 1 mit dem Eigenwert von 8,30 37,6 Prozent der Spur. Von Faktor 2 mit einem Eigenwert von 7,43 werden 33,7 Prozent der Spur erklärt und Faktor 3 mit dem Eigenwert 3,62 erklärt 16,4 Prozent der Spur. Die geschätzten Kommunalitäten der Variablen C* werden von den Faktoren mit Werten von 0,67592 bis 0,96050 recht gut repräsentiert. Die Korrelation der Faktoren ist mit Werten von -0,05331 bis -1,8182 vernachlässigbar gering.

Inhaltliche Interpretation der Faktoren

Die inhaltliche Interpretation der Faktoren bezieht sich im wesentlichen auf die Ladungen der Variablen auf die Faktoren.

Faktor 1 „Soziale Probleme“

Folgende Variablen laden hoch auf diesen Faktor:

Varneu 6: Geschiedene	0.90553
Varneu 14: Fortzüge pro 1000 E.	0.87419
Varneu 37: Arbeitslose	0.86402
Varneu 17: Anteil an Eigentumswohn.	-0.85955
Varneu 53: Erwerbslose/ Erwerbspersonen	0.82287
Varneu 13: Einpersonenhaushalte	0.79808
Var 95: Wahlbeteiligung	-0.75225
Varneu 22: Personen pro Wohnung	-0.73490
Varneu 16: Wohnungen pro Gebäude	0.68761
Varneu 3: Ausländerquote	0.68150
Varneu 51: Sozialhilfeempfänger pro 1000E.	0.67673
Varneu 4: Anteil der ledigen Personen	0.62555

69) vgl. NAROSKA (1988), Urban Underclass und „neue“ soziale Randgruppen im städtischen Raum, in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung, Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, S. 251-271, hier S. 256.

70) ebenda, S. 257.

71) vgl. SCHOTT-WINTERER (1990), a.a.O., S. 70f.

Dieser Faktor zeichnet sich durch hohe Ladungen bezüglich von Merkmalen sozialer Destabilität aus. Die hohe Ladungen der Variable Varneu 14 (Fortzüge pro 1000 E.), die für ein instabiles Wohnumfeld steht, erklärt sich durch die ebenfalls hoch ladende Variable des Anteils lediger, sozial mobiler Personengruppen. Da Ledige oft in Einpersonenhaushalten leben, lädt auch Variable Varneu 13 hoch. Das mobile Wohnumfeld ist zudem durch einen geringen Anteil an Eigentumswohnungen und einer ebenfalls geringen Anzahl der Personen pro Wohnung gekennzeichnet (hohe negative Ladungen). Zudem ist hier der Anteil an Wohnungen pro Gebäude, also von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern und Großwohnanlagen, hoch.

Der hoch negativ ladende Anteil an Wohneigentum läßt sich durch hohe positive Ladungen der Anteile finanziell schlecht gestellter Haushalte, wie Arbeits- und Erwerbslose, Sozialhilfeempfänger und Ausländer, erklären.

Die Wahlbeteiligung lädt negativ auf den Faktor und fällt nicht zufällig mit hohen Ladungen des Anteils der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger zusammen. Durch den Verlust des Arbeitsplatzes kommen finanzielle Probleme auf die Betroffenen zu. In einer Gesellschaft, in der Arbeitsleistung belohnt wird und die Höhe der Leistung nach außen hin in Form von Besitz an Konsumgütern dokumentiert wird, kommt es zur Ausgrenzung derjenigen, die keine Arbeit haben und so auf Transferzahlungen des Staates angewiesen sind. In der geringen Wahlbeteiligung drückt sich die Resignation dieser Bevölkerungsgruppen aus, die ihre Situation als negativ und zugleich unabänderlich erleben. Die Hoffnung auf eine Veränderung der Situation durch Wahlen besteht nicht.

Die Variable Ausländerquote lädt positiv auf den Faktor. Ausländer verrichten oft schlecht bezahlte Arbeiten und wohnen daher in qualitativ minderen Wohnungen, die von sozial besser gestellten Gruppen nicht mehr akzeptiert werden. Sie sind selten Besitzer von Wohneigentum, da viele sich mit dem Gedanken tragen, wieder in ihre Heimat zurückzukehren.

Bemerkenswert bei der Extraktion dieses Faktors ist, daß Merkmale sozialer Probleme, von denen man annehmen sollte, daß diese in Zusammenhang mit sozialstrukturellen Merkmalen wie Bildung oder Stellung im Beruf stehen, in einem eigenen Faktor reproduziert werden, der zudem gegenüber dem folgenden Faktor „Sozialer Status“ mit einem Korrelationskoeffizienten von -0,00328 nahezu unabhängig ist.

Faktor 2 „Sozialer Status“

Folgende Variablen laden hoch auf diesen Faktor:

Varneu 28	Hochschulabschluß	- 0.96425
Varneu 35	Arbeiteranteil	0.96381
Varneu 25	Wohnfläche/Person	- 0.95138
Varneu 26	Hauptschulabschluß	0.94490
Varneu 30	Selbständige	- 0.86426
Varneu 23:	Räume je Person	- 0.79399
Varneu 54:	Sonderschüler	0.67360
Varneu 55:	Hauptschüler	0.62722

Hier werden Merkmale zur Bildung, zur Stellung im Beruf und zur Wohnsituation zusammengefaßt, die in den Sozialwissenschaften allgemein als Indikatoren des sozialen Status einer Person oder eines Haushaltes dienen. Bezeichnend ist hier das Zusammenfallen von hoch positiven Ladungen des Anteils an Arbeitern und den Anteilen an Haupt- und Sonderschülern. Dies liegt unter anderem in der Tatsache begründet, daß Arbeiterkinder bezüglich der schulischen Entwicklung von ihren Eltern nicht in dem Maße gefördert werden, wie dies bei Kindern der Mittel- oder gar Oberschicht der Fall ist. Durch die schlechtere finanzielle Lage ist die längere Schulausbildung für den Arbeiterhaushalt eine erhebliche Belastung. Eine frühzeitige Beendigung der Schulausbildung und der frühe Einstieg in das Erwerbsleben hat den Vorteil, daß Arbeiterkinder dann zum Unterhalt der Familie beitragen können oder zumindest keine zusätzliche Belastung mehr darstellen.⁷²⁾

Bei hoher Ladung des Arbeiteranteils lädt der Anteil der Personen mit Hochschulabschluß und der Anteil der Selbständigen entsprechend hoch negativ. Die niedrige Stellung im Beruf und das damit zu erwartende niedrigere Einkommen drücken sich in Form einer geringen Qualität der Wohnsituation bzw. einer geringen Wohnfläche pro Person und einem geringen Anteil der Räume je Person aus. Die jeweiligen Variablen laden hoch negativ.

Faktor 3 „Überalterung“

Folgende Variablen laden hoch auf diesen Faktor:

Varneu 36	Anteil der Rentner	0.93987
Varneu 11	Anteil der Bevölk. >65 Jahre	0.93681
Varneu 60	Relation der Alten z. d. Kindern	0.88995
Varneu 59	Anteil der Jugendlichen	- 0.74885
Varneu 22	Personen pro Wohnung	- 0.58963
Varneu 23:	Raum je Person	0.54790

Dieser Faktor faßt Merkmale einer überalterten Bevölkerungsstruktur und deren Wohnsituation zusammen. Der Altenanteil

72) vgl. SCHARDT (1976), Konstitutionsbedingungen von Bildungsentscheidungen im alltäglichen Lebensbereich, in: Herlyn, U. (Hrsg.), Großstadtstrukturen und ungleiche Lebensbedingungen in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main, S. 202-228, hier S. 205ff.

sowie der Rentneranteil und die Relation der Alten zu den Kindern laden hoch positiv auf diesen Faktor. Das Verhältnis zwischen alt und jung ist ungleich, zugunsten der Alten, während der Anteil der Jugendlichen negativ lädt.

Durch den Zerfall der alten Familienstrukturen leben alte Menschen an ihrem Lebensabend allein, obwohl sie häufig auf Hilfe angewiesen sind. Die Familie erfüllt den Fürsorgezweck nicht mehr. Der Kontakt zwischen den Generationen bricht ab. Mißverständnisse und Vorurteile werden häufiger. Wo früher alte Menschen aufgrund ihrer Erfahrungen und ihres Wissens geschätzt wurden, sind diese Werte heute nicht mehr so wichtig. Der Mensch wird heute an seiner Produktivität und an seinem Besitz gemessen. Alte Menschen sind aus dem Arbeitsprozeß ausgegliedert und verfügen oft über ein vermindertes Einkommen (Rente). Nach der Bewertungsgrundlage unserer Gesellschaft bedeutet dies einen Statusverlust. In unserer schnelllebigen Gesellschaft veralten auch Erfahrungen entsprechend schnell. Die Alten werden überflüssig und werden ausgegrenzt.

Der Anteil der Räume pro Person lädt hier hoch positiv, während die Zahl der Personen pro Wohnung von hoher negativer Ladung gekennzeichnet ist. Dies liegt darin begründet, daß Kinder inzwischen ausgezogen sind und der Lebenspartner oft verstorben ist, so daß viele alte Menschen allein leben.

Faktorenwerte

Die Faktorenwerte sind regressionsanalytisch (nach dem Prinzip der kleinsten Quadrate) berechnete Werte der Faktoren für die einzelnen Beobachtungseinheiten. Sie sind auf der Grundlage standardisierter Variablen berechnet und liegen daher auch standardisiert mit einem Mittelwert von 0 und einer Standardabweichung von 1 vor.

Die räumliche Verteilung der Faktorenwerte

Um eine bessere Übersicht über die Verteilung der Faktorenwerte über die Stadt zu erlangen, haben wir Karten erstellt, die es uns ermöglichen, eventuelle Verteilungsmuster auszumachen.

Die Faktorenwerte wurden in fünf Klassen unterteilt, deren Klassenbreite gleich 1 ist.

< -1,5
-1,5 - -0,5
-0,5 - 0,5
0,5 - 1,5
> 1,5

Die ungerade Klassenzahl hat den Vorteil, daß die in der Mitte liegende Klasse den Durchschnitt repräsentiert. Die darüber liegenden Klassen sind dann als überdurch-

schnittlich zu bezeichnen und die darunter liegenden als unterdurchschnittlich.

Der Faktor 1 (Soziale Probleme) gibt, wie bereits beschrieben, Merkmale sozialer Destabilität wieder. Gebiete mit überdurchschnittlich hohen Faktorwerten finden sich in der Altstadt, östl. Vorstadt (außer Peterswerder), vordere Neustadt, Woltmershausen, Vahr (außer Gartenstadt) und Blockdiek (siehe Karte 1).

Diese Gebiete ziehen sich in einem Band beiderseits der Weser von Süden nach Norden (mit Ausnahme von Habenhausen, das hohe Werte aufweist). Die höchsten Werte finden sich in der Altstadt, östl. Vorstadt, alten Neustadt, Hohentor und Tenever. Die überdurchschnittlich niedrigen Werte lassen sich eher in den äußeren Bereichen der Stadt nachweisen, so daß man von einer annähernd ringförmigen Verteilung sprechen kann, die nur im Osten - durch die Neubaugebiete der Vahr und Tenever - mit hohen Werten durchbrochen wird. Der Innenstadtbereich von Bremen ist also stärker durch die von uns ausgewählten Merkmale sozialer Destabilität - wie: Geschiedene, Ausländer, Sozialhilfempfänger, Arbeitslose etc. - geprägt als die Außenbezirke der Stadt.

Die Verteilung des Faktors 2 (Sozialer Status) über die Stadt weist eine klare räumliche Trennung zwischen den statushohen und statusniedrigen Ortsteilen auf (vgl. Karte 2). Die statushohen Ortsteile befinden sich in einem von der Altstadt aus in Richtung Nordosten ziehenden Sektor und schließen die Stadtteile: Mitte, östl. Vorstadt, Schwachhausen, Horn-Lehe (außer Lehesterdeich mit durchschnittlichem Wert), Oberneuland und Borgfeld mit ein, sowie in Bremen Nord den Ortsteil St. Magnus. Diese Gebiete weisen einen hohen Anteil an Selbständigen und Hochschulabsolventen sowie gute Wohnverhältnisse auf.

Zu den statusniedrigen Ortsteilen gehören: alle Teile der Vahr (bis auf Gartenstadt), Blockdiek, Ellenerbrok-Schevemoor, Tenever, Mahndorf, Hemelingen, Kattenturm, Gartenstadt Süd, alle Teile von Huchting (außer Grolland), Woltmershausen, Utbremen, Steffensweg, In den Hufen, Hohweg, Lindenhof, alle Teile von Gröpelingen, Burg-Gramke, Burgdamm, Grohn, Aumund-Hammersbeck, Fähr-Lobendorf und alle Teile von Blumenthal (außer Reikum). Der einzige Ortsteil in der untersten Klasse ist Tenever. Diese Ortsteile sind durch einen hohen Anteil der Haupt- und Sonderschulabsolventen, sowie einen hohen Arbeiteranteil und beengte Wohnverhältnisse gekennzeichnet.

Die räumliche Trennung der sozialen Schichten wird auch im Wahlverhalten deutlich. BAHRENBURG, TAUBMANN und WEYMANN analysierten das innerstädtische Wahlverhalten der Wahlberechtigten von Bremen zur Bundestagswahl 1987.⁷³⁾ Dabei gingen sie davon aus, daß ein Zusammenhang zwischen dem sozio-öko-

nomischen Status der Wähler und ihrem Wahlverhalten besteht. Dies macht sich z.B. in der Präferenz der Arbeiter für die SPD und der Präferenz der Selbständigen für die CDU bemerkbar. Karten über die Wahlbeteiligung und die Verteilung der Wählerstimmen für die jeweiligen Parteien über die Stadt machen die starke Segregation der sozialen Schichten deutlich. So wurde festgestellt, daß die Wahlbeteiligung bei den Bevölkerungsgruppen mit hohem sozio-ökonomischen Status am höchsten ist, während sie z.B. bei den Arbeitern besonders niedrig ist.

Der Faktor 3 (Überalterung) weist eine ringförmige Verteilung über die Stadt auf (vgl. Karte 3). Die Innenstadtbereiche weisen einen hohen Anteil an alten Menschen auf, während nach außen hin die Faktorscores abfallen. Diese Verteilung wird in Bremen nur insofern unterbrochen, als vor allem im Ostertor, Steintor und Fesenfeld überdurchschnittlich hohe Werte auftreten, also eine junge Bevölkerung anzutreffen ist. Dies ist zum Teil auf die Altbausanierung und anschließend steigende Mieten zurückzuführen, die einen Prozeß der Statusaufwertung dieser Gebiete eingeleitet haben, der zur Folge hatte, daß einkommensstarke Haushalte, aber auch Studenten und „Szenotypen“, auf den Wohnungsmarkt drängten. Alte Menschen werden zum einen durch die nach der Sanierung steigenden Mieten verdrängt und zum anderen durch den erhöhten Zuzugsdruck auf die noch verbleibenden billigen Altbauwohnungen. Das Ostertor/Steintor-Viertel weist durch den vermehrten Zugang der oben genannten Gruppen eine besonders junge Bevölkerungsstruktur auf.

Die Ortsteile mit den höchsten Werten sind: Gartenstadt Süd, Riensberg, Neu-Schwachhausen, In den Hufen und Hohweg. Diese Gebiete sind durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an alten Menschen gekennzeichnet.

4.2 Klassifizierung der Ortsteile Bremens auf der Basis der zuvor extrahierten drei Dimensionen sozialer Benachteiligung

Mit Hilfe der Clusteranalyse sollen die Ortsteile Bremens nun in mehrere Gruppen zusammengefaßt werden, so daß sie innerhalb dieser Gruppen hinsichtlich der Ausprägungen in den Dimensionen sozialer Benachteiligung möglichst homogen, die Gruppen untereinander aber deutlich verschieden sind. Als Methode zur Bildung von Clustern soll das Average-Linkage-Verfahren dienen. Als Unähnlichkeitsmaß werden zum einen die Manhattan-Distanz und

zum anderen die Euklidischen Distanz verwendet.

Im Verlauf der Untersuchung erbringen beide Unähnlichkeitsmaße nahezu identische Verteilungen der Beobachtungseinheiten. Dies spricht für die Güte der Klassifizierung.

Unter Verwendung der Quick-Cluster-Prozedur, die in SPSS implementiert ist, werden die Nachteile der schrittweisen Clusteranalyse zusätzlich korrigiert.

Ergebnis

Endgültige Cluster-Zentroide und Anzahl der Beobachtungseinheiten:

CL	Faktor 1 "Soz. Status" negativ	Faktor 2 "Soz. Probleme"	Faktor 3 "Überalterung"	n
1	-0.8529	1.9238	-0.1733	7
2	0.4224	0.3021	0.3395	29
3	-0.2911	-1.3631	-0.5993	15
4	-2.2229	0.0709	0.0536	6
5	-0.9318	-0.5366	1.2390	5
6	0.8347	0.1947	-1.1074	14
7	1.0993	-0.5624	2.3357	4

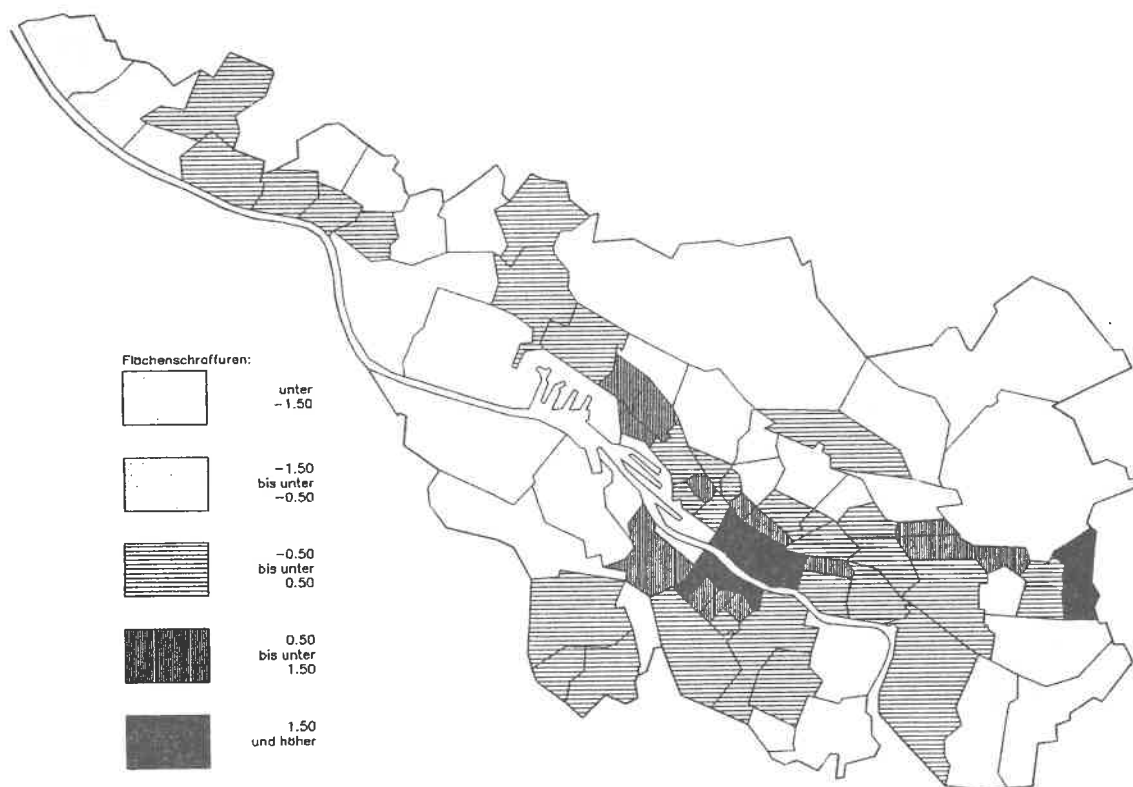
Interpretation der Cluster

Wie aus der Tabelle ersichtlich, weisen die sieben Cluster unterschiedlichste Ausprägungen hinsichtlich der drei Dimensionen sozialer Benachteiligung aus. Bei den Werten ist dabei zu beachten, daß es sich hier um positive bzw. negative Abweichungen vom Mittelwert handelt. Cluster mit hohen Werten weisen also in der entsprechenden Dimension große Abweichungen von der durchschnittlichen Situation in Bremen auf und deuten so auf Segregationserscheinungen hin.

- Cluster 1 ist gekennzeichnet durch einen positiven sozialen Status und eine geringe Ausprägung der Dimension „Soziale Probleme“. Die Altersstruktur ist hier als durchschnittlich zu betrachten.
- Cluster 2 zeichnet sich durch einen leicht negativen sozialen Status aus, verbunden mit einer leicht über dem Durchschnitt liegenden Ausprägung „Soziale Probleme“ und einer geringen Tendenz zur Überalterung.
- Cluster 3 beinhaltet Ortsteile mit einer Bevölkerungsstruktur, die durch einen leicht überdurchschnittlichen sozialen Status, eine geringe Ausprägung „Soziale Probleme“ und eine relativ junge Altersstruktur beschrieben werden kann.
- Der vierte Cluster weist die höchsten Werte bezüglich des sozialen Status aus. Die Dimension „Soziale Probleme“ und die Altersstruktur sind durchschnittlich ausgeprägt.

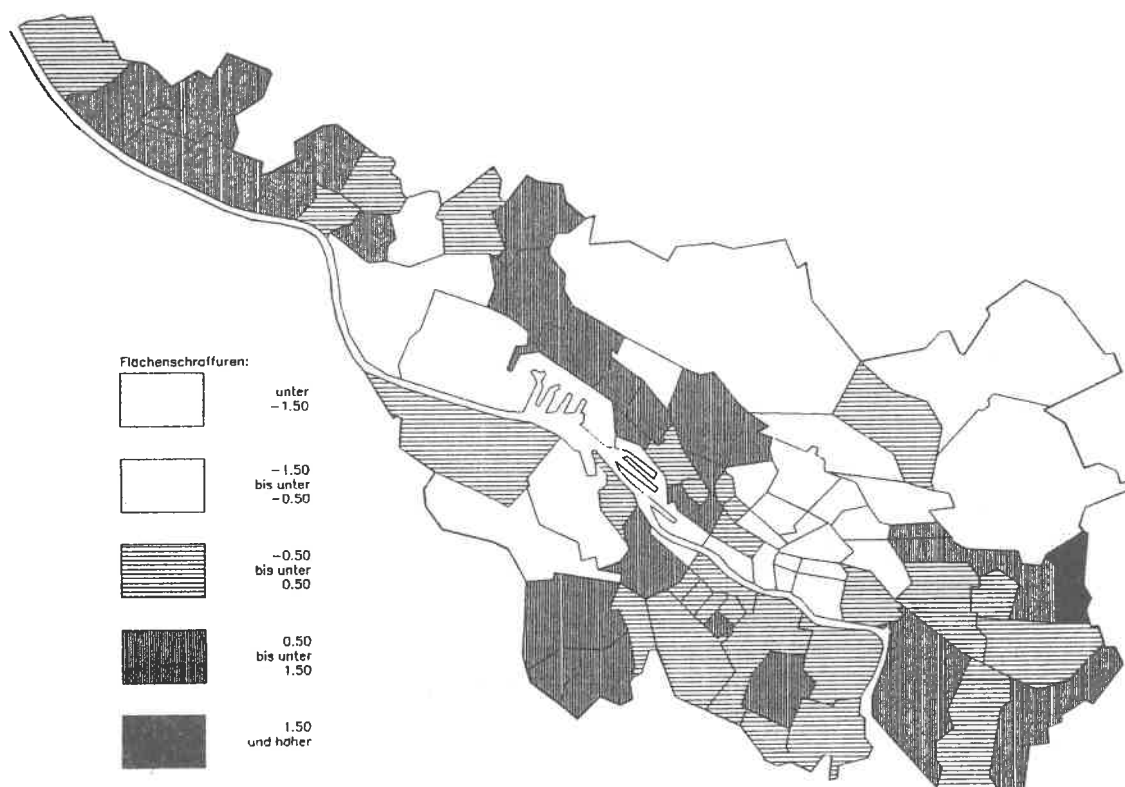
⁷³⁾ BAHRENBURG, G.; TAUBMANN, W.; WEYMANN, V. (1987), Ergebnisse der Bundestagswahl 1987 in der Stadt Bremen - Aspekte innerstädtischen Wahlverhaltens, in: Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Statistische Monatsberichte Bremen, Heft 1, S. 5-21.

Ausprägung der Faktorenwerte des Faktors I "Soziale Probleme" in der Stadt Bremen 1987



Stark positive Werte bedeuten ein hohes Ausmaß sozialer Probleme

Ausprägung der Faktorenwerte des Faktors II "Sozialer Status" in der Stadt Bremen 1987



Stark positive Werte deuten auf einen sehr geringen sozialen Status hin

Ausprägung der Faktorenwerte des Faktors III "Überalterung" in der Stadt Bremen 1987



Stark positive Werte bedeuten einen hohen Grad an Überalterung

- Cluster 5 zeichnet sich durch einen negativen sozialen Status, ein geringes Potential an sozialen Problemen und Überalterung aus.
- Beim sechsten Cluster ist der soziale Status äußerst niedrig. Hier ist zudem eine überdurchschnittliche Ausprägung sozialer Probleme zu verzeichnen. Die Altersstruktur ist als überdurchschnittlich jung zu beurteilen.
- Der letzte Cluster 7 weist eine Bevölkerungsstruktur mit dem geringsten sozialen Status und einer äußerst stark ausgeprägten Überalterung auf. Die Dimension „Soziale Probleme“ ist unterdurchschnittlich vertreten.

Räume sozialer Benachteiligung

Wie oben schon erwähnt, weisen die sieben Cluster unterschiedlichste Ausprägungen hinsichtlich der drei Dimensionen sozialer Benachteiligung aus. Im Bezug auf eine Ausweisung sozial benachteiligter, problematischer Räume muß berücksichtigt werden, daß nicht jede einzelne negative Ausprägung der Dimensionen sozialer Benachteiligung als problematisch für einen Raum gelten kann. Vielmehr kann die negative Ausprägung einer Dimension durch eine positive Ausprägung einer anderen Dimension kompensiert werden. So ist die Ausprägung des Clusters 1 bezüglich „Soziale Probleme“ äußerst negativ, muß aber

durch die positive Ausprägung „Sozialer Status“ relativiert werden, da eine soziale Destabilität bei einem hohen Bildungsniveau und einer positiven Berufs- und Wohnsituation nicht unbedingt als problematisch gelten kann.

Mit diesem Beispiel klingt schon das Problem der Gewichtung der drei herausgearbeiteten Dimensionen sozialer Benachteiligung an. Allgemein ist davon auszugehen, daß Aspekte der Bildung, der Stellung im Beruf und der Wohnsituation, also des „Sozialen Status“, die entscheidenden Merkmale für eine sozial abgesicherte, unproblematische Position in unserer Gesellschaft sind. Ist die Ausprägung innerhalb der Cluster hier positiv, lassen sich eventuelle negative Ausprägungen bezüglich „Soziale Probleme“ und „Überalterung“ einigermmaßen kompensieren. Ist der soziale Status extrem niedrig und kommen noch andere negative Ausprägungen der Dimensionen sozialer Benachteiligung hinzu, können wir von Räumen segregierter sozialer Benachteiligung sprechen. Zwei Cluster fallen diesbezüglich auf.

Zum einen ist dies der Cluster 6, dessen Bevölkerungsstruktur von einem überdurchschnittlich negativen sozialen Status und überdurchschnittlichen Werten im Bereich sozialer Probleme gekennzeichnet ist. Zudem ist die Bevölkerung als überdurchschnittlich jung zu betrachten.

Als zweites ist Cluster 7 zu nennen, der die negativsten Werte bezüglich des Sozialstatus aufweist und zudem äußerst stark überaltert ist.

Im folgenden Abschnitt sollen nun die Ortsteile von Bremen, die in Cluster 6 und 7 zusammengefaßt sind, beschrieben werden und nachfolgend auf Grundlage der in Abschnitt 2 dargelegten theoretischen Überlegungen, Ursachen für die Entstehung von segregierten Räumen sozialer Benachteiligung in Bremen genannt werden.

5. Beschreibung der Ortsteile sozialer Benachteiligung und Ursachen ihrer Entstehung

Nach unserer Ansicht charakterisieren Cluster 6 und 7 Ausprägungen sozialer Benachteiligung in Bremen. Die folgenden Ortsteile werden durch den jeweiligen Cluster repräsentiert (Karte 4):

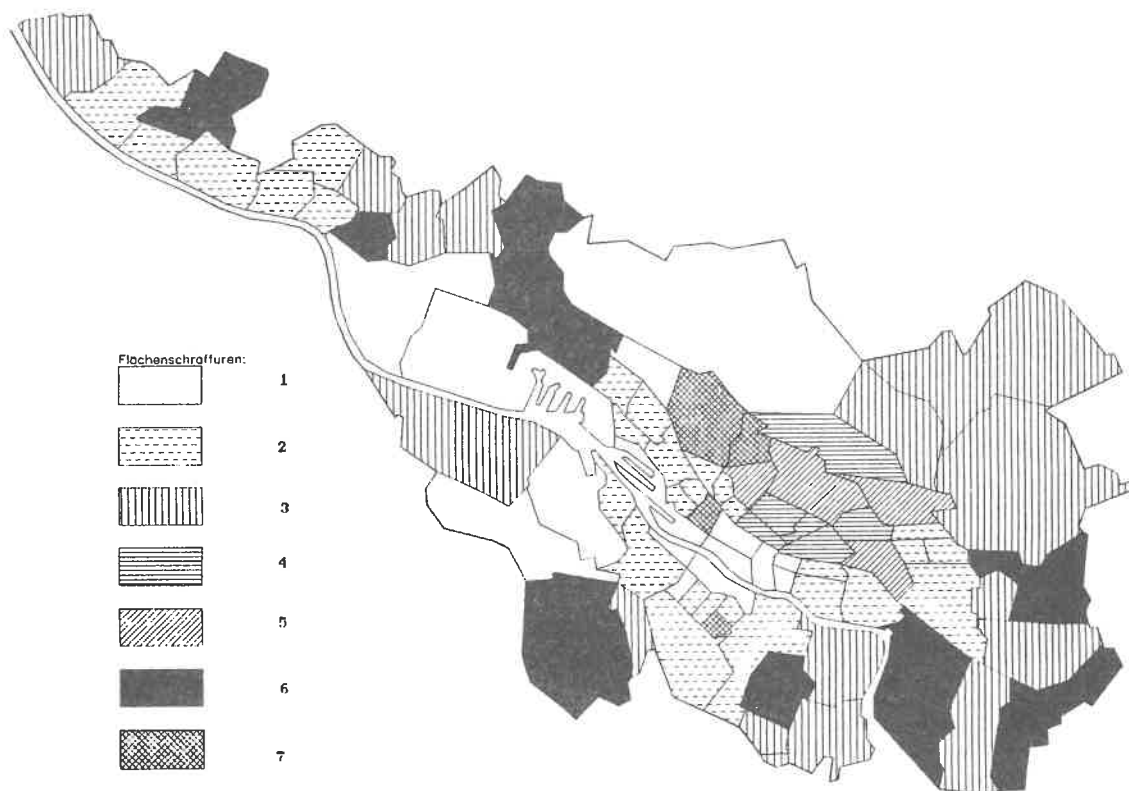
Cluster 6

Lüssum-Bockhorn
Grohn
Burgdamm
Burg-Gramke
Oslebshausen
Mittelshuchting
Kirchhuchting
Sodenmatt

Cluster 7

Hohweg
In den Hufen
Utbremen
Gartenstadt Süd

Räumliche Verteilung der berechneten Cluster in der Stadt Bremen 1987



Kattenturm
Hemelingen
Mahndorf
Blockdiek
Ellenerbrok-Schevemoor
Tenever

Die im Cluster 6 zusammengefaßten Ortsteile sind durch einen niedrigen sozialen Status, eine überdurchschnittliche Ausprägung sozialer Probleme und eine junge Bevölkerung gekennzeichnet. Cluster 7 repräsentiert Ortsteile, die sich durch einen niedrigen sozialen Status und einen überdurchschnittlich hohen Anteil an alten Menschen auszeichnen.

Bei Betrachtung der Clusterkarte fällt auf, daß sich die Ortsteile des Clusters 6 in den Randbereichen der Stadt befinden, während die durch Cluster 7 repräsentierten Gebiete näher am Zentrum liegen. Hier stellt sich die Frage, ob diese Verteilung zufällig erfolgt ist, oder ob sich aus der Wohnraumstruktur der Ortsteile und ihrer Entstehungsgeschichte Zusammenhänge ableiten lassen.

Cluster 6 (negativer sozialer Status, Häufung sozialer Probleme, junge Bevölkerung)

Bei Betrachtung der durch den Cluster 6 ausgewiesenen 14 Ortsteile fällt auf, daß vier der Ortsteile Arbeiterwohngebiete, und

die übrigen zehn Ortsteile Wohngebiete mit vornehmlich sozialem Wohnungsbau sind. Zum einen handelt es sich um Gebiete mit oder in der Nähe von Industrie- oder Hafenanlagen, die schon seit ihrer Entstehung Arbeiterquartiere, also traditionelle Wohnstandorte der Industrie- und Hafenarbeiter sind: Mahndorf, Hemelingen, Oslebshausen und Burg-Gramke. Den weitaus größten Teil machen die Gebiete aus, in denen Großwohnanlagen zu finden sind: Tenever, Ellenerbrok-Shevemoor, Blockdiek, Kattenturm, Sodenmatt, Mittelshuchting, Kirchhuchting, Burgdamm, Lüssum-Bockhorn und Grohn.

Die Arbeiterviertel

HERLYN weist darauf hin, daß die Wohngebiete der unteren sozialen Schichten an ungünstigeren Standorten liegen als die der oberen sozialen Schichten.⁷⁴⁾ Arbeiterviertel befinden sich im allgemeinen in der Nähe von Großindustrieanlagen. Die Nähe zum Arbeitsplatz hat Vor- und Nachteile für die Beschäftigten. Ihre Wohngebiete sind der Belastung durch Emissionen und Lärm der Industrie stärker ausgesetzt als entferntere Gebiete. Durch die geringe Lageattraktivität dieser Wohngebiete ergeben sich aber auch niedrige Bodenpreise und daraus folgend niedrige Mieten. Darüber hinaus wird ein geringer Zeitaufwand für den Arbeitsweg benötigt.

Die Lage und Ausstattung der alten Arbeiterquartiere ist in besonderem Maße durch unternehmerische Entscheidungen gekennzeichnet. Aufgrund der wenig attraktiven Lage war der Baugrund günstig. Den Bauunternehmern bot sich die Möglichkeit, mit billig erstellten Wohnungen einen hohen unternehmerischen Gewinn zu erzielen.

Der Umstand, daß die betrachteten Wohnviertel bis heute als Arbeiterwohngebiete bestehen, hat seine Ursachen unter anderem in den planerischen und gestalterischen Maßnahmen der Kommune. Für das Verständnis dieses Prozesses stellt unseres Erachtens der Managerial Approach (s.o.) die angemessene theoretische Grundlage dar. Die kommunalen Mittel der Planung und Gestaltung erstrecken sich über die Erstellung des Flächenutzungsplanes, der Art und Ausmaß der baulichen Nutzung festlegt, bis zur infrastrukturellen Ausstattung, die die Wohnqualität eines Quartiers stark beeinflusst. Tatsache ist, daß in vielen Untersuchungen nachgewiesen wurde, daß die infrastrukturelle Ausstattung von Arbeiterwohngebieten unter dem städtischen Durchschnitt liegt.⁷⁵⁾ Auf diese disparitäre Verteilung weist auch der von GOESCHEL et al. erarbeitete Stadtbericht

74) HERLYN (1974b), a.a.O., S. 94f.

75) vgl. HERLYN und HERLYN (1983), a.a.O., S. 98ff.

Bremen zur Segregation sozialer Infrastruktureinrichtungen hin.⁷⁶⁾

Neben den Kommunen nehmen die Wohnungsbaugesellschaften und privaten Bauherren auch heute Einfluß auf die Gestaltung und Ausstattung der Wohnungen. Die Qualität einer Wohnung hängt unter anderem von dem Zuschnitt der Wohnung sowie ihrer Ausstattung mit Komfortmerkmalen ab. Dies schlägt sich auch im Mietpreis nieder. So bestimmen die Baugesellschaften mit darüber, welche Bevölkerungsschichten in welchen Ortsteilen wohnen können. Arbeiterwohngebiete sind häufig durch eine schlechtere Wohnqualität bezüglich Ausstattung und Größe der Wohnungen gekennzeichnet.

Aufgrund der Konzentration sogenannten Altindustrien in Bremen wurde die Stadt in starkem Maße von den wirtschaftlichen Krisen getroffen, die Mitte der 70er Jahre den Umbruch der Wirtschaftsstruktur weg vom produzierenden Gewerbe hin zum Dienstleistungsgewerbe andeuteten. Zu den von der Krise betroffenen Branchen gehörten unter anderem der Schiffsbau, die Stahlindustrie und die Unterhaltungselektronik.⁷⁷⁾ Arbeiter, die in diesen Branchen beschäftigt waren, mußten in besonderem Maße mit Entlassungen rechnen.

Durch die hohe Konzentration von Arbeitslosigkeit in bestimmten Ortsteilen kommt es zu einer Signalwirkung nach außen: Der Status der Ortsteile sinkt. Die ohnehin geringe Attraktivität der Arbeitergebiete wird auf diese Weise noch verstärkt. Bevölkerungsgruppen, die aufgrund ihrer finanziellen Mittel in der Lage sind, freier über ihren Wohnstandort zu entscheiden, vermeiden es, in diesen Gebieten zu wohnen.

Ortsteile mit sozialem Wohnungsbau

Weitere als benachteiligt ausgewiesene Gebiete sind die Ortsteile, die durch den sozialen Wohnungsbau geprägt sind. Für die Sozialmietwohnungen in der Bundesrepublik Deutschland läßt sich konstatieren, daß diese zu ca. 50 Prozent in Großwohnanlagen liegen, von denen sich der größte Teil in randstädtischen Lagen befindet. Zunächst sollten die Großwohnanlagen nach dem zweiten Weltkrieg schnell Wohnraum für viele Menschen bieten. Der weitaus größte Teil der Großwohnanlagen wurde jedoch in den 60er und 70er Jahren gebaut. In diesen Jahren hatten Stadtplaner auch für Bremen steigende Einwohnerzahlen prognostiziert. Die Unterbringung der zusätzlichen Einwohner wäre im vorhandenen Bestand nicht zu realisieren gewesen. Im Verlauf der 80er Jahre mußte man jedoch einsehen, daß der erwartete Bevölkerungsanstieg ausblieb. Wohnungsleerstände waren die Folge. Zu Beginn der 90er Jahre hat sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt, aufgrund hoher Aussiedlerzahlen, erneut gewandelt.

Mit dem Bau von staatlich unterstützten Wohnungen kommt der Staat seiner Fürsorgepflicht nach, denn diese Wohnungen sollen auch finanziell schlechter gestellten Menschen einen angemessenen Standard bieten. In den letzten Jahren hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt stark verändert. Einhergehend mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit, erleiden immer mehr Menschen starke Einkommensverluste, so daß sie häufig nicht mehr in der Lage sind, die ebenfalls steigenden Mietpreise zu zahlen. Die Zahl derer, die in eine Notsituation geraten und damit einen Anspruch auf eine staatlich unterstützte Wohnung haben, nimmt ständig zu. Damit steigt der Nachfragedruck auf diese Wohnungen.

In den letzten Jahren ist in den Großwohnanlagen eine erhebliche Zunahme von „Problemfällen“ (Arbeitslose, Ausländer, Alleinerziehende mit Kindern, Sozialhilfeempfänger) zu beobachten. Nach NAROSKA deutet die Zusammensetzung der Bewohner der Gebiete mit überwiegend sozialem Wohnungsbau darauf hin, daß die derzeit in unserer Gesellschaft stattfindenden Ausgrenzungsprozesse einzelner Bevölkerungsgruppen gerade in den Großwohnanlagen des sozialen Wohnungsbaus besonders zum tragen kommen.⁷⁸⁾ So entspricht die Bevölkerungszusammensetzung der Großwohnanlagen mit sozialem Wohnungsbau bezüglich der Alters-, Familien-, Nationalitäten- und Erwerbsstruktur nicht dem gesamtstädtischen Durchschnitt, sondern erweist sich als erheblich disparitär. Es kommt zu einer Konzentration einkommensschwacher Bevölkerungsschichten. Der Altersdurchschnitt ist unterdurchschnittlich, es gibt viele Kleinkinder und junge Familien. Die Familienstruktur ist durch eine Abnahme der verheirateten Bevölkerung und eine Zunahme der Geschiedenen und dauernd getrennt Lebenden, mit einem besonders hohen Anteil an alleinerziehenden Frauen, gekennzeichnet. Weiterhin liegt der Ausländeranteil weit über dem Durchschnitt, ebenso wie der Anteil der Sozialhilfeempfänger.⁷⁹⁾

Mit der Anhäufung von „Problemfällen“ geht ein Absinken des sozialen Status der betroffenen Ortsteile einher. Dies führt zu einem Exodus der sog. „stabilen“ Haushalte, die diese Wohngegend verlassen, soweit deren finanzielle Lage dies erlaubt. Im Quartier verbleiben diejenigen, welche nicht wegziehen können.

Die Konzentration von sozialen „Problemfällen“ in den Großwohnanlagen des sozialen Wohnungsbaus hat vor allem zwei Gründe. Zum einen können Aspekte des behaviouristischen Ansatzes eine Erklärung zur Wohnungswahl der Menschen bieten. Haushalte mit hohem sozialen Status vermeiden es nach Möglichkeit, in diesen Gebieten zu wohnen. Sie grenzen sich von den unteren sozialen Schichten ab und bevorzugen Wohngebiete, die ein hohes Ansehen genießen.

Außerdem spielt auch die Wohnungsvergabepraxis der Wohnungsunternehmen und der Wohnungsämter eine entscheidende Rolle bei der Verteilung der Bedürftigen über die Stadt (Managerial Approach). Dabei kann man bei den beiden Institutionen unterschiedliche Bewertungskriterien für die Vergabe von Wohnungen beobachten. Während die Wohnungsämter vor allem die Bedürftigkeit der Wohnungssuchenden berücksichtigen, spielen für die Wohnungsunternehmen die Mietzahlungssicherheit und die Bestandspflege eine bedeutende Rolle bei der Auswahl der Mieter.⁸⁰⁾

Wie die Analyse der Daten ergibt, weist die Bevölkerungszusammensetzung in den Ortsteilen Bremens, in denen sozialer Wohnungsbau vorherrscht, im Vergleich zum Durchschnitt der Stadt starke Disparitäten auf. Die Bevölkerung ist sehr jung. Darüber hinaus sind ein niedriger sozialer Status und eine durchschnittliche bis überdurchschnittliche Ausprägung von Merkmalen sozialer Probleme charakteristisch für diese Ortsteile. So betrug der Anteil der Sozialhilfeempfänger im Ortsteil Tenever 1988 ca. 27 Prozent, während er im gesamtstädtischen Vergleich 1989 bei 8,4 Prozent lag. Ähnlich prägnant ist der Unterschied bei dem Ausländeranteil, 1986 lag er in Tenever bei 14,1 Prozent (der gesamtstädtische Durchschnitt betrug 6,7 Prozent).⁸¹⁾

Cluster 7 (Überalterung, niedriger sozialer Status)

Zu den vier durch diesen Cluster ausgewiesenen Ortsteile gehören zwei Parzellengebiete (In den Hufen und Hohweg), ein Ortsteil mit überwiegend alter Bausubstanz (Utbremen), sowie ein Ortsteil mit sozialem Wohnungsbau (Gartenstadt Süd). Neben der Überalterung sind alle vier Ortsteile durch einen niedrigen sozialen Status gekennzeichnet.

Die Konzentration alter Menschen in bestimmten Gebieten an sich kann nicht als Merkmal sozialer Benachteiligung bezeichnet werden. Erst die Kombination dieser beiden Faktoren macht diese Ortsteile zu sozial benachteiligten Gebieten. Wenn zum Merkmal Alter noch ein niedriger sozialer Status hinzukommt, so bedeutet dies häufig soziale Benachteiligung auf mehreren Ebenen. Wie bereits beschrieben ist die finanzielle Situation der Rentenbezieher, und hier vor allem der unteren und mittleren Einkommensschichten, als schlecht zu bezeichnen. Vor allem, wenn nicht volle 45 Berufsjahre vorliegen.

76) GOESCHEL et al. (1975), Soziale Infrastruktur und Bevölkerungsverteilung in Großstädten der Bundesrepublik Deutschland, Band 1, Stadtbericht Bremen, Göttingen.

77) TAUBMANN (1988), Bremen - Krise und Umbruch einer traditionellen Hafenstadt, in: Jahresberichte der geographischen Gesellschaft zu Hannover, Sh. 14, S. 93-110, hier S. 94.

78) NAROSKA (1987), a.a.O.

79) ebenda, S. 489ff.

80) vgl. KREIBICH (1985) a.a.O., S. 189.

81) TAUBMANN (1988), a.a.O., S. 107.

Parzellengebiete

Die starke Überalterung der Parzellengebiete ist ausschließlich auf den Zuzugstop in diesen Gebieten zurückzuführen. Nach dem zweiten Weltkrieg, als Wohnraum knapp war, konnten Menschen in den Parzellengebieten wohnen. Jetzt gelten neue Bestimmungen für die Kleingartengebiete: Sie dürfen nicht mehr als fester Wohnsitz dienen. Diejenigen, die nach dem Krieg in die Parzellengebiete gezogen sind, hatten eine Wohnerlaubnis bis zu ihrem Tode erhalten. Durch den ausbleibenden Zuzug jüngerer Bewohner tritt eine allmähliche Überalterung ein.

Utbremen und Gartenstadt-Süd

Der Ortsteil Utbremen fällt durch eine äußerst ungünstige Lage auf. Er liegt in der Nähe der Handelshäfen und wird von großen Straßen eingegrenzt, von denen eine erhebliche Lärm- und Schmutzbelästigung ausgeht. Gartenstadt-Süd zeichnet sich durch Wohnanlagen des sozialen Wohnungsbaus aus. Überdies ist auch dieser Ortsteil durch eine ungünstige Lage gekennzeichnet. Er liegt in der Nähe des Flughafens (Lärmelastigkeit) mit anschließendem Gewerbegebiet.

Der Prozeß der Überalterung beider Ortsteile scheint nicht durch die Verdrängung der alten Menschen aus anderen Ortsteilen in diese Gebiete zustande gekommen zu sein, sondern ist eher auf ein natürliches „Altwerden“ der Bevölkerungsgruppen zurückzuführen.⁸²⁾ So ist es denkbar, daß in diesen Gebieten der Zuzugsdruck jüngerer Bevölkerungsgruppen nur sehr gering ist, da diese Gebiete nicht „in“ sind, und es deshalb nicht, wie beispielsweise im Ostertor/

Steintor-Viertel, zu einem verstärkten Zuzug von jungen Menschen kommt. Freiwerdende Wohnungen in den Ortsteilen Utbremen und Gartenstadt-Süd werden weniger durch Bevölkerungsgruppen jüngerer Alters, sondern eher durch Personen mittleren Alters neu bewohnt. Gleichzeitig ziehen junge Menschen wegen der fehlenden Attraktivität der Ortsteile fort, wodurch das Durchschnittsalter weiter ansteigt.

6. Schlußbemerkungen

Die beiden auf der Basis von drei Dimensionen sozialer Benachteiligung gebildeten Cluster charakterisieren zum einen Stadträume, deren Bevölkerung sich schon in jungen Jahren in einer depravierten Lebenslage befindet. Zum anderen handelt es sich um Gebiete, in denen überdurchschnittlich viele alte Menschen in relativ bescheidenen sozialen Verhältnissen wohnen. Da die Bevölkerung beider Cluster durch einen niedrigen sozialen Status gekennzeichnet ist, läßt sich vermuten, daß dieser einen starken Einfluß auf das Ausmaß der Bedürfnisbefriedigung der jeweiligen Bevölkerungsschichten hat. Die negative Ausprägung der Variablen zum Ausbildungsabschluß und der Stellung im Arbeitsprozeß geben einen Hinweis auf die finanzielle Lage der jeweiligen Personen. Wie im dritten Abschnitt beschrieben, gehen mit einem geringen Einkommen mehrere Formen sozialer Benachteiligung einher. Vor allem die Vernetzung mehrerer Unterversorgungserscheinungen ist hier besonders prekär.

Besonders bemerkenswert erschien uns die außerordentlich junge Bevölkerungsstruktur des Cluster 6. Gerade die junge

Bevölkerung, die sich häufig im „besten“ Arbeitsalter - zwischen 20 und 40 Jahren - befindet, ist in den letzten Jahren verstärkt von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug betroffen. Es gehört zu den neueren Phänomenen unserer Gesellschaft, daß auch für jüngere Altersgruppen die Chancen auf einen Arbeitsplatz gering sind, und viele gleich nach dem Abschluß der Ausbildung arbeitslos sind und bleiben. Aufgrund der daraus folgenden psychischen Situation der Betroffenen, aber auch aus der Sicht des Staates und der Kommunen, die für die wachsende Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger aufkommen müssen, ist diese Problematik eine Art „sozialer Sprengstoff“ für die Zukunft.

Abschließend läßt sich sagen, daß es in Bremen Räume sozialer Benachteiligung gibt, deren Verteilung über die Stadt keineswegs zufällig ist. Es wird deutlich, daß es zur Erklärung der Prozesse nicht ausreicht, lediglich auf einen der oben beschriebenen Erklärungsansätze zur residentialen Segregation zurückzugreifen. Vielmehr erscheint es sinnvoller, mehrere Ansätze heranzuziehen, um möglichst viele Aspekte der Ursachen für Segregationsercheinungen erklären zu können. Unserer Meinung nach spielen vor allem die stadtplanerischen Maßnahmen der Kommunen und die Entscheidungen der Wohnungsbau-gesellschaften und Vermieter, aber auch gesellschaftlich vermittelte und persönliche Präferenzen der Bevölkerung eine Rolle.

⁸²⁾ siehe auch VASKOVICS (1982), a.a.O., S. 221.

WISSENSWERTES

ZUR 4. DIREKTWAHL DER ABGEORDNETEN DES

EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND AM 12. JUNI 1994

Das Statistische Landesamt gibt in Zusammenarbeit mit dem Landeswahlleiter zur Europawahl 1994 - wie auch bei vorangegangenen Wahlen - wieder ein Wahl-ABC heraus, in dem wissenswerte Informationen zur Wahl zusammengetragen sind. Nachfolgend wird der Text dieses Wahl-ABC abgedruckt.

Im „Superwahljahr 1994“ finden in der Bundesrepublik Deutschland auf den verschiedenen politischen Ebenen insgesamt 18 Parlamentswahlen statt. Auf Bundesebene werden die wahlberechtigten Bürger und Bürgerinnen am 12. Juni zur Europawahl und am 16. Oktober zur Bundestagswahl an die Wahlurnen gerufen. Außerdem müssen in diesem Jahr die Landtage in sieben Bundesländern neu gewählt werden und die Kommunalvertretungen in neun Ländern. In Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen werden am Tag der Europawahl gleichzeitig auch die Kommunalwahlen durchgeführt.

Im Juni 1994 werden die 567 Abgeordneten des Europäischen Parlaments zum vierten Mal in allgemeiner unmittelbarer Wahl gewählt. In den 12 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind rund 255 Millionen Europäer wahlberechtigt. Wegen des Beitritts der DDR zur BRD am 3. Oktober 1990 wurde die Zahl der Sitze im Europäischen Parlament neu festgesetzt. Ab Juni 1994 entsendet die Bundesrepublik Deutschland 99 (statt bisher 81) Abgeordnete in das Europäische Parlament. Die Bürger und Bürgerinnen aus den fünf neuen Bundesländern und aus Gesamt-Berlin nehmen am 12. Juni 1994 erstmalig an einer Europawahl teil.

ABGEORDNETE

s. EUROPÄISCHES PARLAMENT

AKTIVES WAHLRECHT

bedeutet das Recht, wählen zu dürfen. Wahlberechtigt für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sowie - erstmalig bei der Europawahl 1994 - alle Staatsangehörigen der übrigen 11 Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, die am Wahltag, dem 12. Juni 1994,

1. das 18. Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens 3 Monaten - also spätestens seit dem 12. März 1994 - in der Bundesrepublik Deutschland oder in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten,
3. nicht ausdrücklich vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Wahlberechtigt sind auch diejenigen Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag

- in den Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten des Europarates leben, sofern sie nach dem 23. Mai 1949 und vor ihrem Fortzug mindestens 3 Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben,
- in anderen Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sofern sie vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben und seit dem Fortzug nicht mehr als zehn Jahre verstrichen sind. Entsprechendes gilt für Seeleute auf Schiffen, die nicht die Bundesflagge führen, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes.

Die 12 Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Land	EG-Beitritt		Gebiet und Bevölkerung 1991		Sitze im EP	
			Fläche in 1 000 km ²	Einwohner in Mio.	Juni 1989	Juni 1994
Belgien*)	B	1957	31	10,01	24	25
Dänemark	DK	1973	43	5,12	16	16
Deutschland*)	D	1957	357	79,98	81	99
Frankreich*)	F	1957	552	57,05	81	87
Griechenland	GR	1981	132	10,23	24	25
Großbritannien	GB	1973	244	57,56	81	87
Irland	IRL	1973	70	3,52	15	15
Italien*)	I	1957	301	57,77	81	87
Luxemburg*)	L	1957	3	0,39	6	6
Niederlande*)	NL	1957	41	15,07	25	31
Portugal	P	1986	92	9,85	24	25
Spanien	E	1986	505	39,03	60	64
Europäische Union insgesamt	EU	X	2 371	345,57	518	567
*) Gründungsmitglieder.						

Nachfolgend werden die wichtigsten Begriffe des Wahlrechts und der praktischen Durchführung der Europawahl 1994 in der Bundesrepublik Deutschland übersichtlich und benutzerfreundlich erläutert. Es werden kurze und knappe Antworten auf die bei jeder Wahl wiederkehrenden Fragen in alphabetischer Reihenfolge gegeben. Weiteres

Informationsmaterial über die Europäische Union und das Europäische Parlament gibt es z.B. in der Landeszentrale für politische Bildung in 28203 Bremen, Osterdeich 6 - Telefon: (0421) 361-2923 und in deren Außenstelle in 27568 Bremerhaven, Schifferstr. 48 - Telefon: (0471) 45038.

Voraussetzung für die Teilnahme an der Wahl ist die Eintragung im Wählerverzeichnis oder der Besitz eines Wahlscheines. Nichtdeutsche Unionsbürger und Auslandsdeutsche werden nur auf besonderen Antrag in das Wählerverzeichnis eingetragen. Jeder wahlberechtigte Unionsbürger darf sein Wahlrecht innerhalb der EU nur einmal und nur persönlich ausüben.

s. AUSSCHLUSS VOM WAHLRECHT,
s. PASSIVES WAHLRECHT

ALLGEMEINE WAHL

Die Allgemeinheit der Wahl besagt, daß alle Staatsbürger unabhängig von Geschlecht, Rasse, Einkommen, Besitz, Stand, Bildung oder Religionszugehörigkeit das Stimmrecht besitzen.

ANFECHTUNG DER WAHL

s. WAHLPRÜFUNG

AUFSTELLUNG DER BEWERBER

Bewerber oder Ersatzbewerber für einen Wahlvorschlag müssen in geheimer Abstimmung der räumlich zuständigen Mitglieder oder Vertreterversammlungen der Parteien oder sonstigen politischen Vereinigungen gewählt werden. Sie können entweder auf Listen für einzelne Länder (Landesliste) oder auf einer gemeinsamen Liste für alle Länder (Bundesliste) kandidieren. Ein Bewerber in einer Liste für ein Land kann auch noch als Bewerber in einer Liste desselben Wahlvorschlagsberechtigten für ein weiteres Land benannt werden; sofern er nur in einem Wahlvorschlag benannt ist, kann er in diesem zugleich als Ersatzbewerber benannt werden. Die Reihenfolge der Bewerber auf den Listen kann nach Zulassung der Wahlvorschläge nicht mehr geändert werden (Starre Listen).

s. BUNDESLISTEN, ERSATZBEWERBER,
s. LANDESLISTEN, WAHLVORSCHLÄGE

AUSSCHLUSS VOM WAHLRECHT

Deutsche Staatsbürger sind vom Wahlrecht ausgeschlossen, wenn

1. sie infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzen,
2. zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenkreis des Betreuers die in §1896 Abs. 4 und §1905 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Angelegenheiten nicht erfaßt,
3. sie sich aufgrund einer Anordnung nach §63 in Verbindung mit §20 des Strafgesetzbuches in einem psychiatrischen Krankenhaus befinden.

Nichtdeutsche Unionsbürger sind vom Wahlrecht ausgeschlossen, wenn

1. bei ihnen eine der obigen Voraussetzungen unter Nr. 1 bis 3 erfüllt ist oder
2. sie in dem Mitgliedstaat der Europäischen Union, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen (Herkunfts-Mitgliedstaat), infolge einer zivil- oder strafrechtlichen Einzelfallentscheidung das Wahlrecht zum Europäischen Parlament nicht besitzen.

AUSZÄHLUNGSKONTROLLE

In jedem Wahlkreis prüft der Stadtwahlleiter die Wahlniederschriften auf Vollständigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Plausibilität. Stadtwahlausschuß und Landeswahlausschuß, die auch das endgültige Wahlergebnis feststellen, sind berechtigt, die Ergebnisse der Wahlvorstände nachzuprüfen und ggf. zu korrigieren.

BEHINDERTE WÄHLER

Um die Stimmabgabe eines Wahlberechtigten zu ermöglichen, der des Lesens und Schreibens unkundig oder durch körperliches Gebrechen, z.B. Lähmung, Blindheit, behindert ist, kann dieser sich der Hilfe einer anderen Person bedienen. Die Hilfsperson kann auch ein vom Wähler bestimmtes Mitglied des Wahlvorstandes sein. Sie ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung zur Wahl erlangt hat.

BRIEFWAHL

Wahlberechtigte, die aus beruflichen Gründen oder infolge Krankheit, hohen Alters, eines körperlichen Gebrechens oder aus anderen wichtigen Gründen (z.B. Urlaub) verhindert sind, an der Wahl in ihrem Wahllokal teilzunehmen, können mit einem Wahlschein ihre Stimme per Briefwahl schon vor dem Wahltag abgeben. Der Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines kann **persönlich** (Wahlbenachrichtigungskarte und Personalausweis mitbringen) oder **schriftlich** (Telegramm, Fernschreiben oder Fernkopie sind zulässig), aber nicht telefonisch, beim zuständigen Wahlamt gestellt werden.

Wer den Antrag für einen anderen Wahlberechtigten stellt, muß durch **Vorlage einer schriftlichen Vollmacht** nachweisen, daß er dazu berechtigt ist. Der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen dürfen an einen anderen als den Wahlberechtigten auch aufgrund schriftlicher Vollmacht nur im Falle einer plötzlichen Erkrankung und nur dann ausgehändigt werden, wenn die Unterlagen dem Wahlberechtigten nicht mehr rechtzeitig durch die Post übersandt oder amtlich überbracht werden können. Der Antrag soll auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigungskarte erfolgen, kann aber auch formlos gestellt werden.

Die Erteilung von Briefwahlunterlagen setzt die Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge durch den Bundeswahlleiter und den Druck des Stimmzettels voraus. Briefwahlunterlagen können deshalb

generell frühestens ab 16. Mai 1994 ausgegeben werden. Die Antragsfrist endet am 10. Juni 1994, 18.00 Uhr. In besonderen Fällen sowie bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung können Wahlscheine und Briefwahlunterlagen noch bis zum Wahltag, 15.00 Uhr, beantragt werden.

Der Wahlbrief muß spätestens am Wahltag um 21.00 Uhr beim zuständigen Stadtwahlleiter wieder eingegangen sein; daher ist die Abgabe zur Post spätestens am 10. Juni 1994 geboten.

BUNDESLISTEN

s. AUFSTELLUNG DER BEWERBER,
s. WAHLVORSCHLÄGE

BUNDESWAHLAUSSCHUSS

Der Bundeswahlausschuß besteht aus dem Bundeswahlleiter als Vorsitzendem und acht von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern. Er verhandelt, berät und entscheidet in öffentlicher Sitzung. Der Bundeswahlausschuß hat folgende Aufgaben:

- Beschwerdeinstanz gegen Entscheidungen der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlleiters im Mängelbeseitigungsverfahren;
- am 15.4.1994: Beschlußfassung über die Zulassung der gemeinsamen Listen für alle Länder (Bundeslisten); Beschlußfassung über die Erklärung, daß eine Liste oder mehrere Listen für einzelne Länder von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen;
- Feststellung der auf die einzelnen Wahlvorschläge insgesamt abgegebenen Stimmen, wieviel Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen und welche Bewerber gewählt sind.

DOPPELMANDAT

Das Doppelmandat, also die gleichzeitige Mitgliedschaft im nationalen (z.B. im Deutschen Bundestag) und im Europäischen Parlament, ist erlaubt.

ERSATZBEWERBER

Neben dem Bewerber kann ein aus dem gleichen Regionalverband stammender Ersatzbewerber aufgestellt werden. Damit soll insbesondere bei Bundeslisten gewährleistet werden, daß, wenn der gewählte Bewerber aus irgendeinem Grunde ausscheidet, der gleiche Regionalverband weiterhin, und zwar durch den Ersatzbewerber, vertreten bleibt.

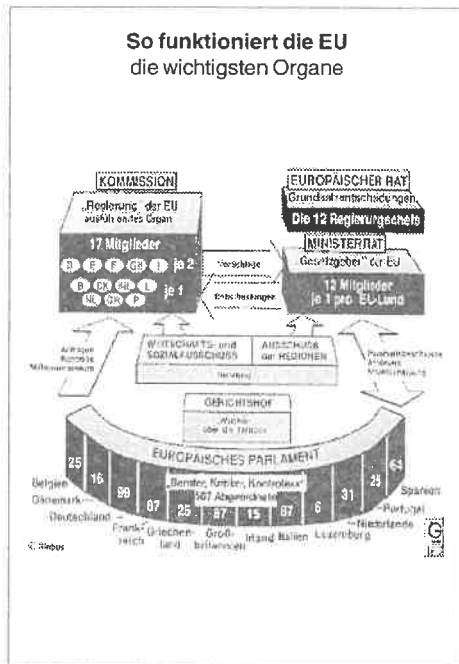
Es besteht die Möglichkeit, auf einer Bundes- oder Landesliste desselben Wahlvorschlagsberechtigten als Bewerber und an anderer Stelle als Ersatzbewerber zu kandidieren.

s. AUFSTELLUNG DER BEWERBER,
s. WAHLVORSCHLÄGE,
s. NACHFOLGE AUSGESCHIEDENER
ABGEORDNETER

ERSTWÄHLER

Die Zahl der Deutschen, die bei einer Europawahl erstmals wahlberechtigt sind, wird sich im Lande Bremen diesmal auf schätzungsweise 26000 belaufen; das entspricht etwa 5 % aller deutschen Wahlberechtigten im Lande Bremen.

**EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT (EG),
ab 01.11.1993
EUROPÄISCHE UNION (EU)**



Die Verträge von Paris (1951) und Rom (1957) begründeten drei Europäische Gemeinschaften: die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM), für die sich der Sprachbegriff „Europäische Gemeinschaft (EG)“ bzw. nach Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages die Bezeichnung „Europäische Union (EU)“ herausgebildet hat.

Mit dem „Vertrag über die Europäische Union“ (unterzeichnet zu Maastricht am 7. Februar 1992, in Kraft getreten am 1. November 1993) haben die z.Z. 12 Mitgliedstaaten einen weiteren Schritt in Richtung eines vereinten Europas mit dem Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie einer politischen Union mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik unternommen. Mit dem EU-Beitritt von Österreich, Norwegen, Schweden und Finnland (voraussichtlich zum 1. Januar 1995) wird die westeuropäische Integration weitgehend abgeschlossen sein. Weitere Staaten aus Südost- und Osteuropa streben eine EU-Mitgliedschaft an.

Die EU ist der politisch engste Zusammenschluß europäischer Staaten und hat ihre eigenen Organe, deren Beschlüsse zum Teil in den Mitgliedstaaten unmittelbar geltendes Recht sind.

EUROPÄISCHES PARLAMENT (EP)



Im Juni 1994 werden aus den 12 Mitgliedstaaten der EU insgesamt 567 Abgeordnete (darunter 99 aus der Bundesrepublik Deutschland) in das Europäische Parlament gewählt. Seit der ersten Direktwahl des EP im Jahre 1979 (410 Abgeordnete aus 9 Staaten) mußte die Zahl der Sitze im EP wegen der Erweiterung der Gemeinschaft dreimal erhöht werden.

Die Abgeordneten werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl für fünf Jahre gewählt. Sie sind weder an Aufträge noch an Weisungen gebunden. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft im nationalen Parlament eines Mitgliedstaates ist möglich.

Aus dem Land Bremen wurde 1989 zum dritten Mal Prof. Dr. Thomas von der Vring in das Europäische Parlament gewählt, und zwar über die Bundesliste der SPD (Listenplatz 15).

In dem Vielvölkerparlament - die EU hat z.Z. neun Amtssprachen - sitzen Abgeordnete aus über 80 nationalen Parteien, die sich zu 8 länderübergreifenden Fraktionen zusammengeschlossen haben. Das Generalsekretariat (Verwaltung des EP) hat seinen Sitz in Luxemburg. Die regulären monatlichen Plenarsitzungen finden in Straßburg bzw. weitere Sitzungen in Brüssel statt und die 19 ständigen Ausschüsse des EP tagen in Brüssel.

Durch den Maastrichter Vertrag wurden die Rechte, Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse sowie Zuständigkeitsbereiche des EP erheblich gestärkt und erweitert.

FÜNF-PROZENT-KLAUSEL s. SPERRKLAUSEL

GESETZLICHE GRUNDLAGEN UND RECHTSVORSCHRIFTEN DER WAHL

Das in den Verträgen der EU vorgeschriebene einheitliche Wahlverfahren in allen Mitgliedstaaten konnte bislang noch nicht verwirklicht werden. Daher gelten auch für die Europawahl 1994 die nationalen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten der EU. Für die Bundesrepublik Deutschland sind dies

1. Gesetz zu dem Beschluß und Akt des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. September 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung vom 4. August 1977 (BGBl. II S. 733). Gesetz zu dem Vertrag vom 28. Mai 1979 und dem Beschluß vom 24. Mai 1979 über den Beitritt der Republik Griechenland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 14. März 1980 (BGBl. II S. 229). Gesetz zu dem Vertrag vom 13. März 1984 zur Änderung der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften bezüglich Grönlands vom 14. Januar 1985 (BGBl. II S. 73). Gesetz zu dem Vertrag vom 12. Juni 1985 und dem Beschluß vom 11. Juni 1985 über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 6. Dezember 1985 (BGBl. II S. 1249). Gesetz zu dem Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 (BGBl. II S. 1253). Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2086). Gesetz zum Beschluß des Rates vom 1. Februar 1993 über die nach der Vereinigung Deutschlands erwachsene Anhebung der Gesamtzahl der Sitze im Europäischen Parlament vom 13. August 1993 (BGBl. II S. 1242). Richtlinie 93/109/EG des Rates vom 6. Dezember 1993 (ABl. EG Nr. L 329/34).
2. Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (**Europawahlgesetz - EuWG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1994 (BGBl. I S. 423, 555).
3. **Bundeswahlgesetz (BWG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), geändert durch Gesetz vom 28. Januar 1994 (BGBl. I S. 142), soweit im EuWG nichts anderes bestimmt ist.
4. **Europawahlordnung (EuWO)** vom 27. Juli 1988 (BGBl. I S. 1453; 1989 I S. 228), zuletzt geändert durch die Zweite Verordnung zur Änderung der EuWO vom 15. März 1994 (BGBl. I S. 544).
5. Bekanntmachung des Wahltages für die Europawahl 1994 vom 29. Dezember 1993 (BGBl. 1994 I S. 72).

HARE-NIEMEYER-VERFAHREN

Bis einschließlich der Europawahl 1984 wurde die Sitzverteilung nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt errechnet. Durch die Änderung des EuWG am 30. März 1988 wurde dieses durch das modifizierte Rechenverfahren nach Niemeyer ersetzt, das zu einer besseren proportionalen Umset-

zung der Stimmenverhältnisse in Sitze führt. Es arbeitet mit folgender Formel:

$$\text{X Zahl der (gesuchte Sitze)} = \frac{\text{Gesamtzahl der zu vergebenden Sitze x Stimmen der betreffenden Partei}}{\text{Gesamtzahl der zu berücksichtigenden Stimmen}}$$

Einer Liste werden zunächst nur so viele Sitze zugeteilt, wie sich bei X ganze Zahlen ergeben. Die danach nicht verteilten Sitze werden in der Reihenfolge der Zahlenwerte (hinter dem Komma) bei X zugeteilt. Erhält hiernach eine Liste, auf die mehr als die Hälfte aller zu berücksichtigenden Stimmen entfallen ist, nicht auch mehr als die Hälfte aller Sitze, wird ihr vorab ein weiterer Sitz zugeteilt.

HOCHRECHNUNGEN

Neben der amtlichen Ermittlung des Wahlergebnisses durch die dazu berufenen Wahlorgane vermitteln wissenschaftliche Institute insbesondere den Fernseh- und Rundfunkanstalten am Wahlabend frühzeitige Aussagen über den Wahlausgang aufgrund von Wahlergebnissen aus stichprobenweise ausgesuchten Wahlbezirken im gesamten Wahlgebiet.

LANDESLISTEN

s. AUFSTELLUNG DER BEWERBER,
s. WAHLVORSCHLÄGE

LANDESWAHLAUSSCHUSS

Der Landeswahlausschuß besteht aus dem Landeswahlleiter als Vorsitzendem und sechs von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern. Er verhandelt, berät und entscheidet in öffentlicher Sitzung am 15. April 1994 über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge für das Land (Landeslisten) und stellt nach der Wahl das endgültige Ergebnis im Lande fest.

s. ORGANISATION DER WAHL

NACHFOLGE AUSGESCHIEDENER ABGEORDNETER

Lehnt ein gewählter Bewerber die Wahl ab oder scheidet ein Abgeordneter aus, so wird der Sitz durch seinen Ersatzbewerber besetzt. Ist ein Ersatzbewerber nicht benannt oder ist dieser vorher ausgeschieden, so rückt der nächste Bewerber aus dem gleichen Wahlvorschlag nach. Unberücksichtigt bleibt, wer inzwischen aus der Partei oder sonstigen politischen Vereinigung ausgeschieden ist. Ein Verzicht auf eine Nachfolge ist nicht widerrufbar. Ist die Liste erschöpft, so bleibt der zu vergebende Sitz unbesetzt.

s. ERSATZBEWERBER

ORGANISATION DER WAHL

Das Land Bremen ist für die Europawahlen seit 1979 in die beiden Stadtwahlkreise Bremen und Bremerhaven eingeteilt.

Landeswahlleiter: Senatsrat Dieter Matthey beim Senator für Inneres, Contrescarpe 22 - 24, 28203 Bremen, Postfach 101505, 28015 Bremen

Stadtwahlleiter für die Stadt Bremen: Reg.Dir. Jürgen Dinse beim Statistischen Landesamt Bremen, An der Weide 14 - 16, 28195 Bremen, Postfach 101309, 28013 Bremen

Stadtwahlleiter für die Stadt Bremerhaven: Magistratsdirektor Dietrich Kleine beim Magistrat der Stadt Bremerhaven, Hinrich-Schmalfeldt-Straße, Stadthaus 1, 27576 Bremerhaven, Postfach 210360, 27524 Bremerhaven

Die Stadt Bremen ist in 433 und die Stadt Bremerhaven in 85 allgemeine Wahlbezirke eingeteilt. Für die Briefwahl werden zusätzlich 82 Bezirke in Bremen und 20 in Bremerhaven gebildet.

Für jeden Wahlbezirk wird ein **Wahlvorstand** berufen. Jeder Wahlvorstand setzt sich aus mindestens fünf Personen (Wahlvorsteher, sein Stellvertreter, Schriftführer sowie weitere Beisitzer) zusammen. Er entscheidet über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen und über alle bei der Wahlhandlung und bei der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses sich ergebenden Angelegenheiten. Seine Entscheidungen können vom Stadtwahlausschuß geprüft und geändert werden.

Der größte Teil der rd. 3200 freiwilligen Wahlhelfer in den Wahlvorständen übt dieses Ehrenamt schon seit vielen Jahren aus und bildet damit einen wichtigen Garanten für die erfolgreiche Durchführung der Wahlen. Jeder Wahlhelfer erhält 60,- DM als Erfrischungsgeld; Wahlvorsteher erhalten wegen des höheren Arbeitsaufwandes zusätzlich 20,- DM.

Zur Übernahme dieses Ehrenamtes ist jeder Wahlberechtigte verpflichtet; es kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden.

PARTEIEN

Parteien sind Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluß nehmen und an der parlamentarischen Vertretung des Volkes mitwirken wollen. Sie und sonstige politische Vereinigungen können allein Träger von Wahlvorschlägen sein.

s. SONSTIGE POLITISCHE
VEREINIGUNGEN,
s. WAHLVORSCHLÄGE

PASSIVES WAHLRECHT

bedeutet das Recht, gewählt zu werden. Wählbar in das Europäische Parlament ist, wer am Wahltag, dem 12. Juni 1994,

1. seit mindestens einem Jahr Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und
2. das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Wählbar ist auch ein nichtdeutscher Unionsbürger, der in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehat oder sich sonst gewöhnlich aufhält und der am Wahltag

1. seit mindestens einem Jahr die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der EU besitzt und
2. das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Nicht wählbar ist ein Deutscher, der

1. nach § 6 a Abs. 1 EuWG vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
2. infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder
3. ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und diese Rechtsstellung durch Ausschlagung der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65) erlangt hat.

Nicht wählbar ist ein nichtdeutscher Unionsbürger, der

1. nach § 6 a Abs. 2 Nr. 1 EuWG in der Bundesrepublik Deutschland vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
2. nach § 6 a Abs. 2 Nr. 2 EuWG im Herkunfts-Mitgliedstaat vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
3. infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder
4. infolge einer zivil- oder strafrechtlichen Einzelfallentscheidung im Herkunfts-Mitgliedstaat die Wählbarkeit nicht besitzt.

Niemand kann sich gleichzeitig in der Bundesrepublik Deutschland und in einem anderen Mitgliedstaat der EU zur Wahl bewerben.

s. WAHLVORSCHLÄGE

REIHENFOLGE DER WAHLVORSCHLÄGE AUF DEM STIMMZETTEL

s. STIMMZETTEL

REPRÄSENTATIVE WAHLSTATISTIK

Um für Forschungs- und Analysezwecke die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge nach Altersgruppen und Geschlecht der Wahlberechtigten und Wähler auswerten zu können, hat der Gesetzgeber angeordnet, daß in ausgewählten Wahlbezirken Stimmzettel mit aufgedruckten Unterscheidungsbezeichnungen ausgegeben werden. Für die Stimmabgabe werden jeweils 5 Altersgrup-

pen gebildet. Die Feststellung der Wahlbeteiligung erfolgt aufgrund des Wählerverzeichnis in jeweils 10 Altersgruppen. Die Wahlbezirke müssen so ausgewählt und die Auszählung der Stimmen so durchgeführt werden, daß das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Die Sonderauszählungen werden im Lande Bremen vom Statistischen Landesamt in 30 Wahlbezirken durchgeführt, die im Einvernehmen mit dem Bundes- und Landeswahlleiter ausgewählt wurden. Sie sind am Wahltage durch Aushänge besonders gekennzeichnet. Die Ergebnisse dürfen nur für die Städte Bremen und Bremerhaven sowie für das Land Bremen, jedoch nicht für einzelne Wahlbezirke, veröffentlicht werden.

s. WAHLERGEBNIS

SITZVERTEILUNG

Aufgrund der Ergebnismeldungen der Kreis-, Stadt- und Landeswahlleiter stellt der Bundeswahlleiter zunächst fest, welche Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen an der Sitzverteilung teilnehmen können (Sperrklausel).

Sodann ermittelt er unter Anwendung des Hare-Niemeyer-Verfahrens, wie sich die Sitze auf die einzelnen zu berücksichtigenden Wahlvorschläge verteilen. Verbundene Landeslisten gelten bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Wahlvorschlägen als ein Wahlvorschlag.

s. HARE-NIEMEYER-VERFAHREN,
s. SPERRKLAUSEL,
s. WAHLSYSTEM

der Europäischen Gemeinschaften (sonstige politische Vereinigungen) eingereicht werden.

SPERRKLAUSEL

Das Ziel der Sperrklausel ist, ein funktionsfähiges Parlament zu schaffen. Um parlamentarische Mehrheiten zu erreichen, werden bei der Verteilung der Sitze in der Bundesrepublik Deutschland nur Parteien und sonstige politische Vereinigungen berücksichtigt, die mindestens 5 % der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben.

STADTWAHLAUSSCHUSS

Die Stadtwahlausschüsse Bremen und Bremerhaven bestehen aus jeweils einem Stadtwahlleiter als Vorsitzendem und sechs von ihnen berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern. Die Stadtwahlausschüsse stellen nach der Wahl in öffentlicher Sitzung fest, wie viele Stimmen in den Städten für die einzelnen Wahlvorschläge abgegeben worden sind. Sie haben das Recht auf Nachprüfung der Feststellungen der Wahlvorstände.

s. ORGANISATION DER WAHL

STIMMABGABE

Jeder Wähler hat für die Wahl zum Europäischen Parlament eine Stimme. Mit dieser Stimme entscheidet sich der Wähler für den Listenwahlvorschlag einer Partei bzw. einer sonstigen politischen Vereinigung. Neben deren Namen und Kurzbezeichnung bzw. Kennwort sind auf dem Stimmzettel die

Stimmabgabe ausweisen können. Für die Stimmabgabe müssen ein amtlicher Stimmzettel und ein amtlicher Wahlumschlag verwendet werden.

s. BEHINDERTE WÄHLER,
s. BRIEFWAHL, STIMMZETTEL

STIMMENAUSZÄHLUNG

In jedem Wahlbezirk ermittelt der Wahlvorstand unmittelbar nach Beendigung der Wahlhandlung in öffentlicher Sitzung das Wahlergebnis. Es wird im Wahllokal mündlich bekanntgegeben und dem Stadtwahlleiter gemeldet. Entsprechend verfahren die Briefwahlvorstände bei der Auszählung der eingegangenen Wahlbriefe. Der Stadtwahlleiter ermittelt daraufhin das vorläufige Wahlergebnis im Stadtgebiet und teilt es dem Landeswahlleiter mit. Dieser meldet das vorläufige Landesergebnis an den Bundeswahlleiter.

Bei der Zusammenstellung des Wahlergebnisses bedienen sich der Landeswahlleiter und die Stadtwahlleiter der umfangreichen technischen Hilfe des Informations- und Datentechnikbetriebes der Stadtgemeinde Bremen und der Datenverarbeitungszentrale der Stadt Bremerhaven. Nach ihrer Überprüfung werden die Ergebnisse in den beiden Städten, im Land und im Bund durch die Wahlausschüsse endgültig festgestellt und amtlich bekanntgemacht.

s. AUSZÄHLUNGSKONTROLLE,
s. WAHLERGEBNIS

STIMMZETTEL

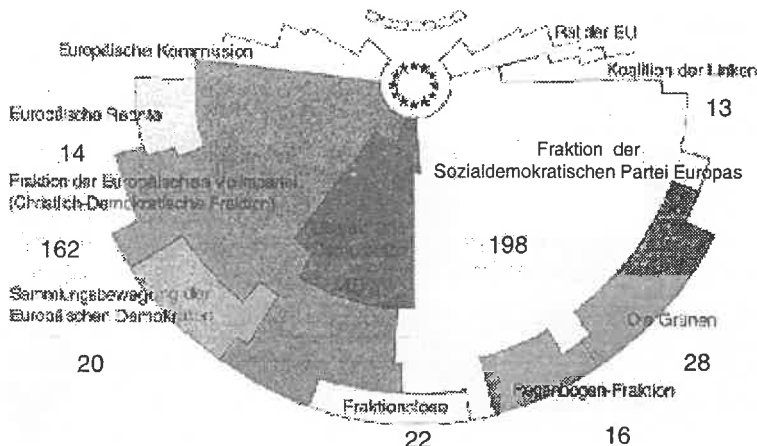
Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel richtet sich in den einzelnen Ländern nach der Zahl der Stimmen, die die Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament mit ihrem Wahlvorschlag in dem betreffenden Land erreicht haben. Die übrigen Wahlvorschläge schließen sich in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Wahlvorschlagsberechtigten an. Der Stimmzettel enthält die ersten zehn Bewerber der zugelassenen Wahlvorschläge mit Vor- und Familiennamen, Beruf oder Stand, Ort der Hauptwohnung sowie bei Bewerbern für gemeinsame Listen für alle Länder zusätzlich die Abkürzung des Landes, in dem der Ort der Wohnung liegt. Auf dem Stimmzettel macht der Wähler seine Wahlentscheidung für einen bestimmten Wahlvorschlag durch ein Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich. Zusätze, Vorbehalte oder mehrere Kreuze machen den Stimmzettel ungültig.

s. STIMMABGABE

UNIONSBÜRGERSCHAFT

Mit dem „Vertrag über die Europäische Union“ wurde eine Unionsbürgerschaft eingeführt. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates besitzt.

Die Fraktionen des EP (Sitzordnung im Plenarsaal, Januar 1994)



SONSTIGE POLITISCHE VEREINIGUNGEN

Wahlvorschläge können nicht nur von Parteien, sondern auch von sonstigen mitgliederschäftlich organisierten, auf Teilnahme an der politischen Willensbildung und Mitwirkung in Volksvertretungen ausgerichteten Vereinigungen mit Sitz, Geschäftsleitung, Tätigkeit und Mitgliederbestand in den europäischen Gebieten der Mitgliedstaaten

ersten zehn Bewerber des Wahlvorschlages aufgeführt. Der Wähler kann seine Stimme nur für einen Listenwahlvorschlag insgesamt abgeben, ohne daß er die Reihenfolge der Kandidaten verändern kann (sog. Starre Listen).

Der Wähler gibt seine Stimme in der Regel durch Urnenwahl in seinem Wahlbezirk ab; er kann aber auch mit Wahlschein wählen (Briefwahl). Der Wähler muß sich bei der

Der Maastrichter Vertrag garantiert grundsätzlich allen Unionsbürgern das Recht auf Freizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie das aktive und passive Wahlrecht - ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit - bei Kommunalwahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Wohnsitz-/Gastland, wobei für sie dieselben Bedingungen gelten wie für die Staatsangehörigen des betreffenden Mitgliedstaates.

VERBUNDENE LISTEN

Listen für einzelne Länder desselben Wahlvorschlagsberechtigten gelten für die Sitzverteilung als verbunden, soweit nichts Gegenteiliges erklärt wird. Sie werden im Verhältnis zu den übrigen Wahlvorschlägen als ein Wahlvorschlag behandelt.

s. SITZVERTEILUNG

VERNICHTUNG DER WAHLUNTERLAGEN

Mit Ausnahme der Wahlvorschlagsunterlagen und der Protokolle der Wahlorgane werden die Wahlunterlagen (wie insbesondere Wählerverzeichnisse, Stimmzettel, Unterstützungsunterschriften, Wahlbriefe) innerhalb vorgeschriebener Fristen während der Wahlperiode vernichtet.

WÄHLBARKEIT

s. PASSIVES WAHLRECHT

WÄHLERBEEINFLUSSUNG

Während der Wahlzeit sind in und an dem Gebäude, in dem sich ein Wahllokal befindet, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude jede Beeinflussung der Wähler durch Wort, Ton, Schrift oder Bild sowie jede Unterschriftensammlung verboten. Die Veröffentlichung von Ergebnissen von Wählerbefragungen nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Wahlentscheidung ist vor Ablauf der Wahlzeit (21.00 Uhr) unzulässig.

WÄHLERVERZEICHNIS

Für jeden Wahlbezirk wird ein Wählerverzeichnis aufgestellt. Nur wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahrschein besitzt, kann wählen.

In die Wählerverzeichnisse sind alle wahlberechtigten Deutschen **von Amts wegen** eingetragen, die am 8. Mai 1994 (Stichtag - 35. Tag vor der Wahl) bei der Meldebehörde gemeldet waren. Besondere deutsche Personengruppen werden **nur auf Antrag** eingetragen, so z.B. Auslandsdeutsche, Seeleute auf deutschen Seeschiffen und Strafgefangene, sofern sie keine Wohnung im Wahlgebiet innehaben. Der Antrag ist schriftlich bis spätestens 22. Mai 1994 beim zuständigen Wahlamt zu stellen.

Nichtdeutsche Unionsbürger, die in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, und ihr Wahlrecht nicht - wie bisher - in

ihrem Herkunfts-/Heimatstaat, sondern in Deutschland ausüben wollen, müssen bis spätestens 9. Mai 1994, 16.00 Uhr, einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis beim zuständigen Wahlamt ihrer Wohnsitzgemeinde stellen.

Die Wählerverzeichnisse liegen vom 24. bis 27. Mai 1994 zu jedermanns Einsicht in den Wahlämtern öffentlich aus. Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann innerhalb dieser Auslegungsfrist Einspruch einlegen.

Wahlberechtigte, die innerhalb der Stadt Bremen bzw. Bremerhaven umziehen und sich nach dem 8. Mai 1994 bei der Meldebehörde ummelden, verbleiben in dem Wählerverzeichnis, für das sie am Stichtag gemeldet waren. Sie müssen, um ihr Wahlrecht ausüben zu können, in ihrem „alten“ Wahlbezirk oder per Briefwahl wählen. Wahlberechtigte, die zwischen dem 8. Mai und dem 23. Mai 1994 in eine andere Gemeinde verziehen, werden nur auf Antrag in das dortige Wählerverzeichnis eingetragen. Spätere Umzüge haben keinen Einfluß auf die Eintragung zum Stichtag 8. Mai 1994. Der Betroffene kann ggf. in seiner bisherigen Gemeinde per Briefwahl wählen.

WAHLBERECHTIGTE ZUR EUROPAWAHL 1994

Region	Geschlecht	Bevölkerung	Wahlberechtigte		*) davon nach Nationalitäten
			Deutsche	sonstige EU-Bürger 1)	
Stadt Bremen	m	263 883	190 749	...	B 105
	w	288 058	223 219	...	DK 225
	z	551 941	413 968	6 450	F 622 GR 1 073
Stadt Bremerhaven	m	63 813	45 823	...	GB 1 010
	w	66 921	51 088	...	IRL 77
	z	130 734	96 911	1 629	I 1 430 L 27
Land Bremen	m	327 696	236 572	...	NL 858
	w	354 979	274 307	...	P 1 859
	z	682 675	510 879	8 079 *)	E 793

Quelle: Einwohnermeldeamt - Stand: Ende März 1994.

1) nichtdeutsche Unionsbürger, die ihr Wahlrecht in der BRD ausüben wollen, müssen einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen, und zwar bis spätestens 9. Mai 1994, 16.00 Uhr.

WAHLBETEILIGUNG

s. WAHLPFLICHT

WAHLBEZIRKE

Für die Stimmabgabe wird das Wahlgebiet in Wahlbezirke eingeteilt. Für die Auszählung der Briefwahl werden zusätzlich Briefwahlbezirke gebildet.

WAHLERGEBNIS

Das Statistische Landesamt Bremen und der Landeswahlleiter werden am Tage nach der Wahl eine Veröffentlichung der vorläu-

WAHLANFECHTUNG

s. WAHLPRÜFUNG

WAHLBENACHRICHTIGUNGSKARTE

Die Wahlbenachrichtigungskarten mit Angaben über die Eintragsnummer im Wählerverzeichnis, den Ort des Wahllokals und Hinweisen zur Briefwahl einschl. Antragsvordruck werden Mitte Mai zum Versand gebracht. Sie müssen bis spätestens 22. Mai 1994 im Besitz der Wahlberechtigten sein. Wer keine Wahlbenachrichtigungskarte erhalten hat, sollte sich mit dem zuständigen Wahlamt in Verbindung setzen. Wer als Wahlberechtigter nicht im Wählerverzeichnis eingetragen ist, muß bis spätestens 27. Mai 1994 beim zuständigen Wahlamt Einspruch gegen das Wählerverzeichnis einlegen, wenn er nicht Gefahr laufen will, sein Wahlrecht nicht ausüben zu können.

Die Wahlbenachrichtigungskarte soll zur Wahl mitgebracht werden, ist aber nicht Voraussetzung für die Stimmabgabe. Der Wahlberechtigte muß jedoch damit rechnen, daß er - insbesondere wenn er seine Wahlbenachrichtigung nicht vorlegt - sich über seine Person ausweisen muß.

figen Wahlergebnisse in tiefer regionaler Gliederung herausgeben.

Später wird das Statistische Landesamt die endgültigen Ergebnisse in tiefer regionaler Gliederung sowie die Ergebnisse der Sonderauszählungen nach Altersgruppen und Geschlecht veröffentlichen. Im Gegensatz zu den zumeist auf Befragungen beruhenden Ergebnissen der Hochrechnungen von Wahlforschungsinstituten weist diese Veröffentlichung das tatsächliche Wahlverhalten nach, ermittelt aufgrund der Stimmenauszählung in den repräsentativen Wahlbezirken.

Ergebnisse der Europawahlen 1979 bis 1989

Region	Jahr	Wahl- beteilig- ung	Von den gültigen Stimmen entfielen auf						
			SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P.	Sonstige	darunter	
								NPD bzw. DVU	REP
			%						
Stadt Bremen	1979	67,8	52,0	33,2	4,8	8,7	1,3	x	x
	1984	56,5	47,6	31,2	11,9	4,6	4,7	0,8	x
	1989	59,7	45,7	23,4	14,6	7,3	9,1	2,8	4,4
Stadt Bremerhaven	1979	60,3	57,6	30,2	4,5	6,4	1,2	x	x
	1984	49,5	50,1	30,2	11,8	4,2	3,8	0,7	x
	1989	54,6	49,3	23,3	9,9	5,7	11,8	5,4	4,7
Land Bremen	1979	66,3	53,0	32,7	4,7	8,3	1,3	x	x
	1984	55,1	48,0	31,0	11,9	4,5	4,6	0,8	x
	1989	58,7	46,4	23,3	13,8	7,0	9,5	3,2	4,5
Bundesgebiet 1)	1979	65,7	40,8	49,2 ²⁾	3,2	6,0	0,8	x	x
	1984	56,8	37,4	45,9 ²⁾	8,2	4,8	3,7	0,8	x
	1989	62,3	37,3	37,8 ²⁾	8,4	5,6	10,9	1,6	7,1
Sitze der BRD im EP	1979	81	35	42 ²⁾	—	4	—	x	x
	1984	81	33	41 ²⁾	7	—	—	—	x
	1989	81	31	32 ²⁾	8	4	6	—	6

1) Früheres Bundesgebiet ohne Berlin (West).-

2) Einschl. CSU (nur in Bayern): 1979: 10,1 % und 8 Sitze; 1984: 8,5 % und 7 Sitze; 1989: 8,2 % und 7 Sitze.

WAHLGEBIET

Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

WAHLHANDLUNG

Die Wahlhandlung sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich. Der Stimmzettel ist vom Wähler in der Wahlzelle unbeobachtet zu kennzeichnen und in den Wahlumschlag zu legen.

s. WÄHLERBEEINFLUSSUNG**WAHLKAMPFKOSTENERSTATTUNG**

Nach der Neufassung des Parteiengesetzes vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149) gewährt der Staat den Parteien Mittel als Teilfinanzierung der allgemein ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeit, wobei das jährliche Gesamtvolumen, das allen Parteien höchstens ausgezahlt werden darf, z.Z. den Betrag von 230 Millionen DM (absolute Obergrenze) nicht überschreiten darf. Maßstäbe für die Verteilung der staatlichen Mittel bilden der Erfolg, den eine Partei bei den Wählern bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen erzielt, die Summe ihrer Mitgliedsbeiträge sowie der Umfang der von ihr eingeworbenen Spenden.

Parteien und sonstige politische Vereinigungen erhalten u.a. jährlich im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung für jede für ihre jeweilige Liste abgegebene gültige Stimme 1,00 DM, und davon abweichend für die von ihnen jeweils erzielten bis zu 5 Millionen gültigen Stimmen 1,30 DM je Stimme. Voraussetzung dafür ist, daß sie nach dem endgültigen Wahlergebnis der Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5 % oder einer Landtagswahl mindestens 1,0 % der

im jeweiligen Wahlgebiet für Listen abgegebenen gültigen Stimmen erzielt haben.

WAHLKOSTEN

Ein wesentlicher Teil der Kosten entsteht durch Briefwahl, Porto und durch die Erfrischungsgelder für die ehrenamtlichen Wahlhelfer.

Der Bund erstattet den Ländern zugleich für ihre Gemeinden die durch die Wahl veranlaßten notwendigen Ausgaben durch einen festen, nach Gemeindegrößen abgestuften Betrag je Wahlberechtigten. Für die Europawahl 1989 erstattete der Bund dem Land Bremen 1,55 DM je Wahlberechtigten.

WAHLPERIODE

Das Europäische Parlament wird auf fünf Jahre gewählt. Diese fünfjährige Wahlperiode beginnt mit der Eröffnung der ersten Sitzung nach jeder Wahl.

WAHLPFLICHT

In der Bundesrepublik Deutschland besteht keine Wahlpflicht. Anders ist dies z.B. in Belgien, Griechenland, Italien und Luxemburg. Bei nicht genügender Begründung für das Fernbleiben von der Wahl wird dort eine Geldstrafe verhängt. Nach deutscher Auffassung würde die Wahlpflicht der Wahlfreiheit zuwiderlaufen. Selbstverständlich besteht aber eine staatsbürgerliche Pflicht, an der Wahl teilzunehmen („Wahlrecht ist Wahlpflicht“).

Im Juni 1989 beteiligten sich an der Europawahl im früheren Bundesgebiet 62,3 % der Wahlberechtigten (Land Bremen: 58,7 %). Bei der ersten gesamtdeutschen

Bundestagswahl im Dezember 1990 lag die Wahlbeteiligung im gesamten Wahlgebiet dagegen bei 77,8 % (Land Bremen: 76,5 %).

WAHLPROPAGANDA**s. WÄHLERBEEINFLUSSUNG****WAHLPRÜFUNG**

Über die Gültigkeit der Wahl wird im Wahlprüfungsverfahren entschieden. Näheres regelt das Wahlprüfungsgesetz vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 166), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 2. August 1993 (BGBl. I S. 1442).

Wird die Wahl angefochten, entscheidet der Deutsche Bundestag über die Gültigkeit der Wahl. Der für eine Wahlanfechtung erforderliche Einspruch kann von jedem Wahlberechtigten, jeder Gruppe von Wahlberechtigten, dem Landes- und Bundeswahlleiter und dem Präsidenten des Bundestages eingelegt werden. Der Einspruch ist schriftlich einzureichen und zu begründen. Er muß binnen einer Frist von zwei Monaten nach dem Wahltag beim Bundestag eingehen. Gegen die Entscheidung des Deutschen Bundestages im Wahlprüfungsverfahren ist Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht zulässig.

Im übrigen können Entscheidungen und Maßnahmen, die sich unmittelbar auf das Wahlverfahren beziehen, nur mit den in den Wahlvorschriften (EuWG und EuWO) vorgesehenen Rechtsbehelfen angefochten werden.

WAHLRECHT

s. AKTIVES WAHLRECHT,
s. PASSIVES WAHLRECHT

WAHLSCHEIN

Ein Wahlberechtigter, der aus wichtigem Grunde verhindert ist, in dem Wahlbezirk/Wahllokal zu wählen, in dessen Wählerverzeichnis er eingetragen ist, oder in das Wählerverzeichnis nicht aufgenommen worden ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein vom zuständigen Wahlamt. Der Wahlschein berechtigt seinen Inhaber zur Teilnahme an der Wahl durch Briefwahl oder zur persönlichen Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk im Bereich der ausstellenden Gemeinde. Verlorene Wahlscheine werden nicht ersetzt.

s. BRIEFWAHL,
s. STIMMABGABE

WAHLSTATISTIK

s. REPRÄSENTATIVE WAHLSTATISTIK,
s. WAHLERGEBNIS

WAHLSYSTEM

Die 99 aus der Bundesrepublik Deutschland zu wählenden Abgeordneten des Europäi-

schen Parlaments werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit Listenwahlvorschlägen gewählt. Diese können entweder für ein Land oder als gemeinsame Liste für alle Bundesländer aufgestellt werden.

s. SITZVERTEILUNG,
s. SPERRKLAUSEL

WAHLTAG

Der Rat der EU hat den Zeitraum für die Europawahl 1994 auf den 9.6. bis 12.6.1994 festgesetzt. Innerhalb dieses Zeitraumes findet die Wahl zu dem von jedem Mitgliedstaat der EU selbst festgelegten Termin statt. Für die Bundesrepublik Deutschland hat die Bundesregierung als Wahltag den 12.6.1994 bestimmt.

WAHLVERGEHEN

Die unrechtmäßige Beeinflussung der Wahl wird nach §§ 107 - 108d des Strafgesetzbuches bestraft, insbesondere die Verletzung des Wahlgeheimnisses, die Behinderung der freien Wahl, die Fälschung von Wahlunterlagen, der Wahlbetrug (Doppelwahl oder Wahl ohne Wahlberechtigung).

WAHLVORSCHLÄGE

Wahlvorschläge können von Parteien und von sonstigen politischen Vereinigungen entweder als Listen für einzelne Länder (Landesliste) - Einreichungsfrist beim Landeswahlleiter bis spätestens 7. April 1994, 18.00 Uhr - oder als eine gemeinsame Liste für alle Länder (Bundesliste) - Einreichungsfrist beim Bundeswahlleiter bis spätestens 5. April 1994, 18.00 Uhr - eingereicht werden.

Parteien und sonstige politische Vereinigungen, die nicht im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge im Wahlgebiet ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind, müssen für ihren Wahlvorschlag (Landesliste) im Lande Bremen mindestens 519 Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten des Landes Bremen beibringen. Für gemeinsame Listen für alle Länder (Bundeslisten) müssen die Wahlvorschlagsberechtigten insgesamt von 4000 Wahlberechtigten aus dem Wahlgebiet Unterstützungsunterschriften beibringen. Die Unterstützungsunterschriften, die von den Wahlberechtigten persönlich und handschriftlich zu unterzeichnen sind, dienen dem Nachweis der Ernsthaftigkeit der Kandidatur und einer ausreichenden Unterstützung in der Bevölkerung.

Über die Zulassung der Wahlvorschläge für das betreffende Land entscheidet der Landeswahlausschuß und über die Zulassung der gemeinsamen Listen für alle Länder entscheidet der Bundeswahlausschuß am 15. April 1994 (58. Tag vor der Wahl).

Im Lande Bremen hat der Wähler die Auswahl zwischen 23 Bundeslisten und 1 Landesliste.

s. AUFSTELLUNG DER BEWERBER,
s. BUNDESLISTEN,
s. LANDESLISTEN

WAHLVORSTÄNDE

Die Wahlvorstände üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Zur Übernahme dieses Ehrenamtes ist jeder Wahlberechtigte verpflichtet; es kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden.

Der Wahlvorstand entscheidet über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen und über alle bei der Wahlhandlung und bei der Ermittlung des Wahlergebnisses sich ergebenden Angelegenheiten. Seine Entscheidungen können vom Stadtwahlausschuß geprüft und geändert werden.

s. ORGANISATION DER WAHL,
s. STADTWAHLAUSSCHUSS

WAHLZEIT

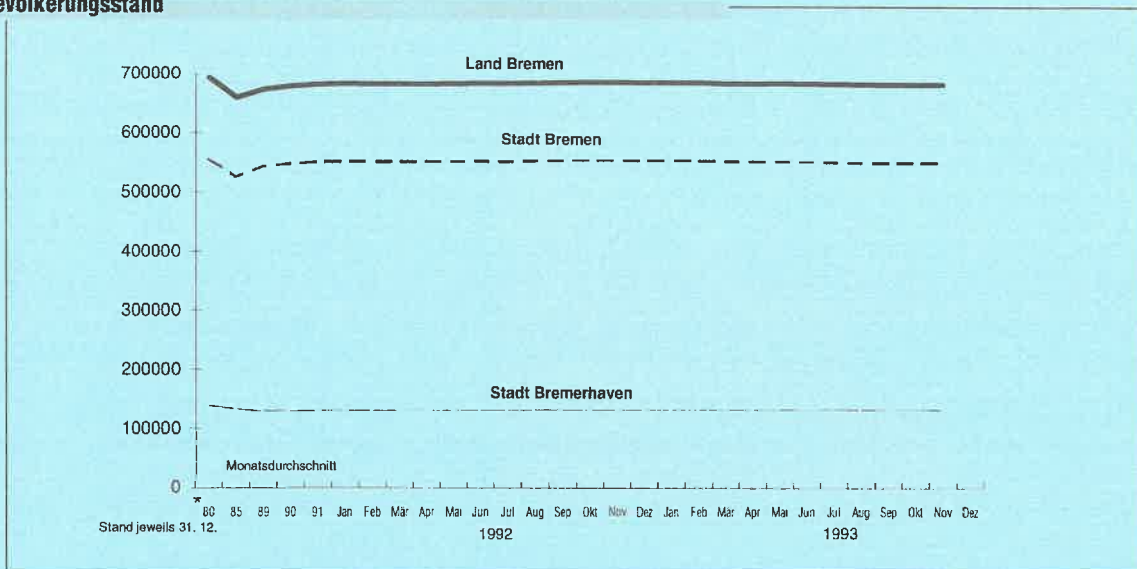
Die Wahllokale sind am Sonntag, dem 12. Juni 1994, in der Zeit von 8.00 - 21.00 Uhr geöffnet.

Maßgebend für die für deutsche Wahlverhältnisse ungewöhnlich späte Schließung der Wahllokale ist die nach europäischem Wahlrecht erforderliche Anlehnung an die Gegebenheiten in anderen europäischen Ländern.

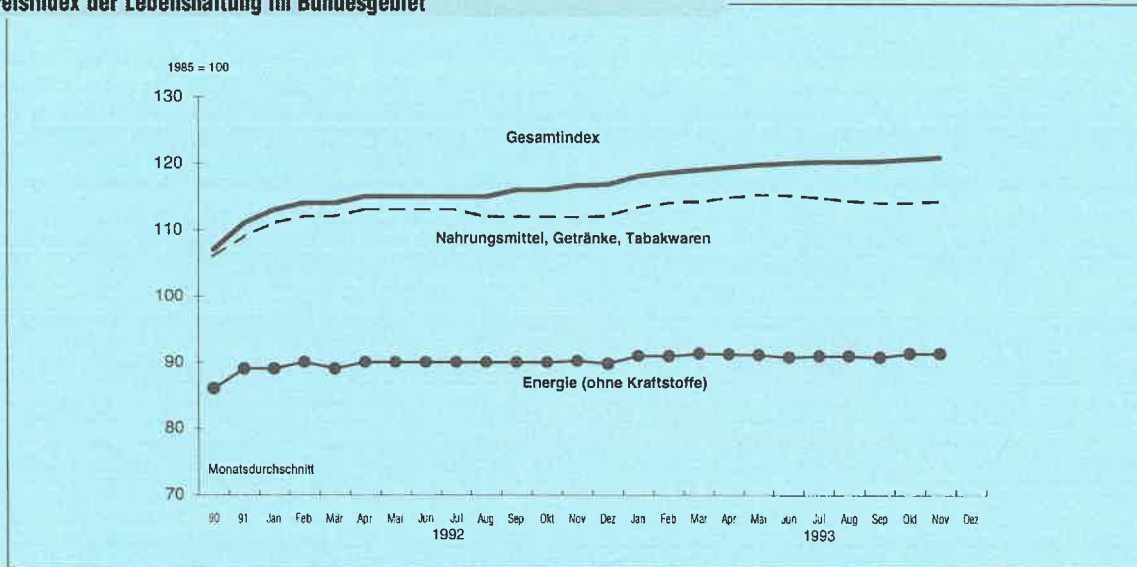
Inhaber von Briefwahlunterlagen können bereits vor dem Wahltag ihre Stimme abgeben. Der Wahlbrief muß am Wahltag bis spätestens 21.00 Uhr beim zuständigen Stadtwahlleiter eingegangen sein.

s. BRIEFWAHL

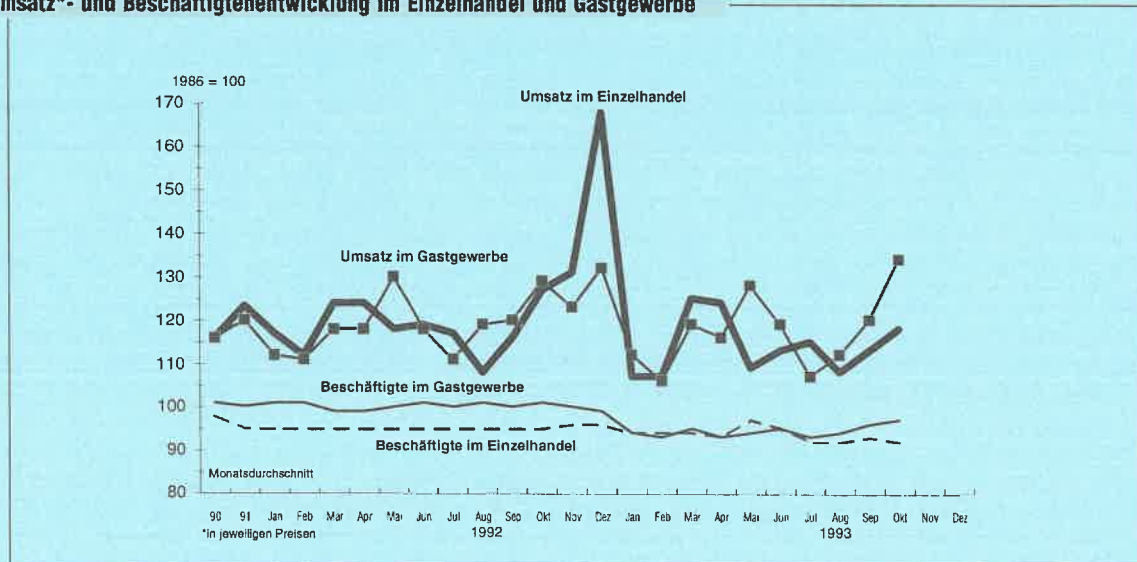
Bevölkerungsstand



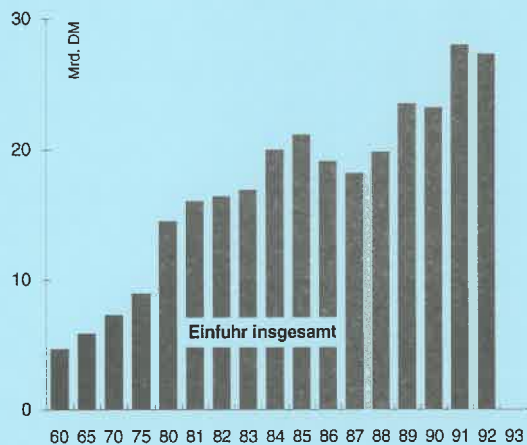
Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



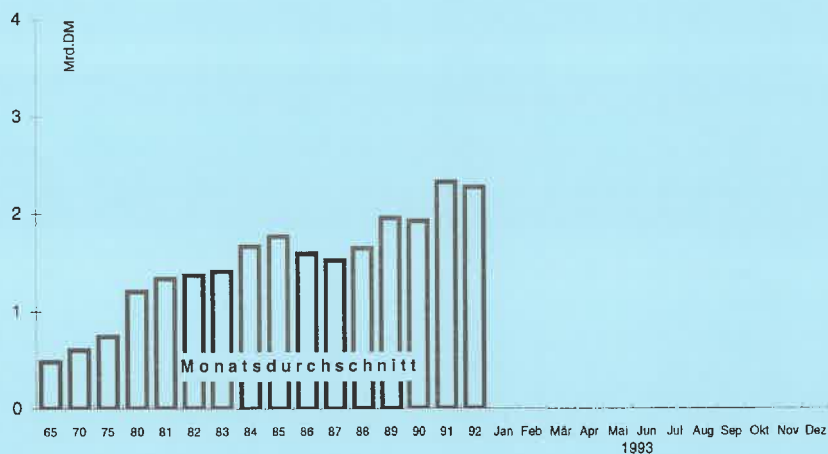
Umsatz*- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel und Gastgewerbe



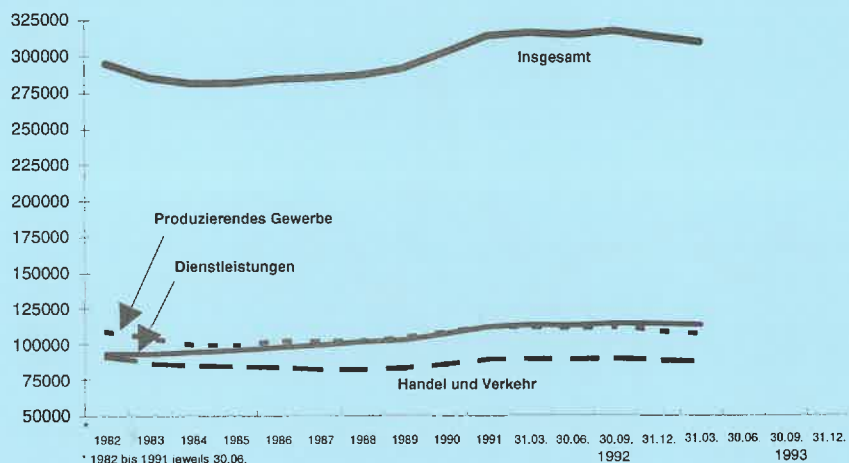
Einfuhr über die Bremischen Häfen



Einfuhr über die Bremischen Häfen



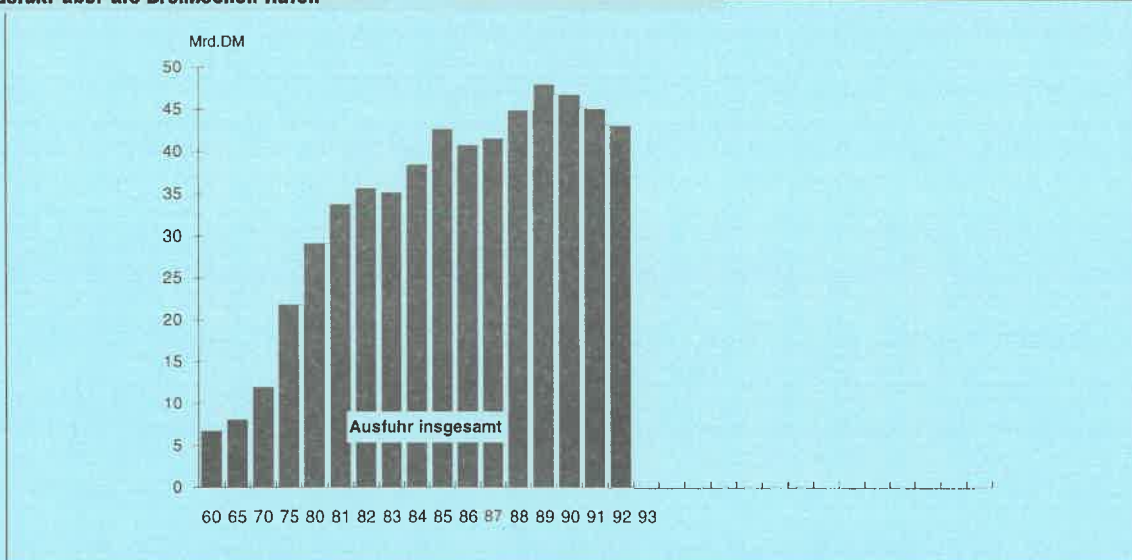
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



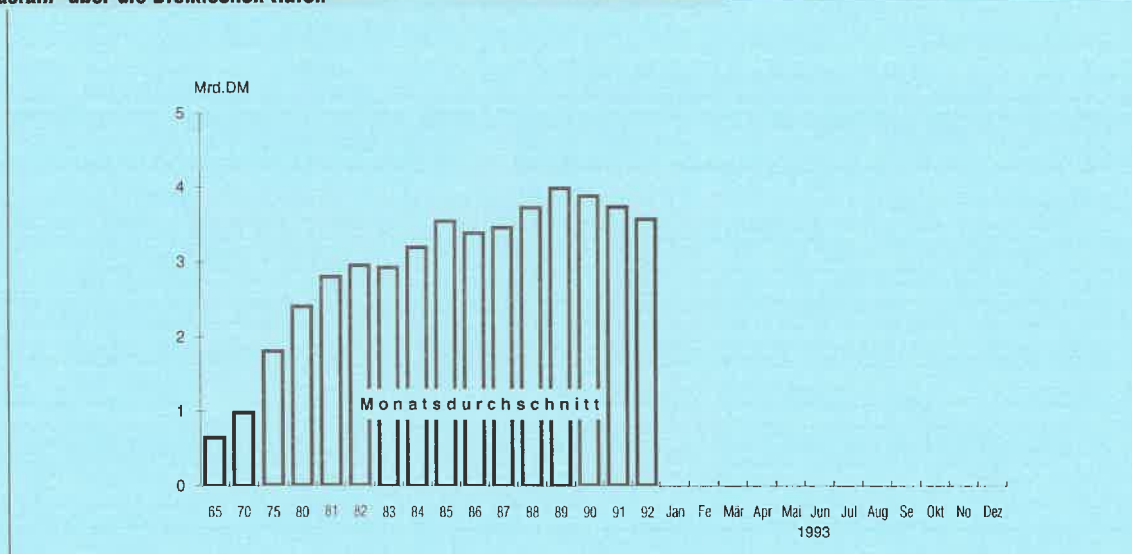
Wirtschaftskurven

Land Bremen

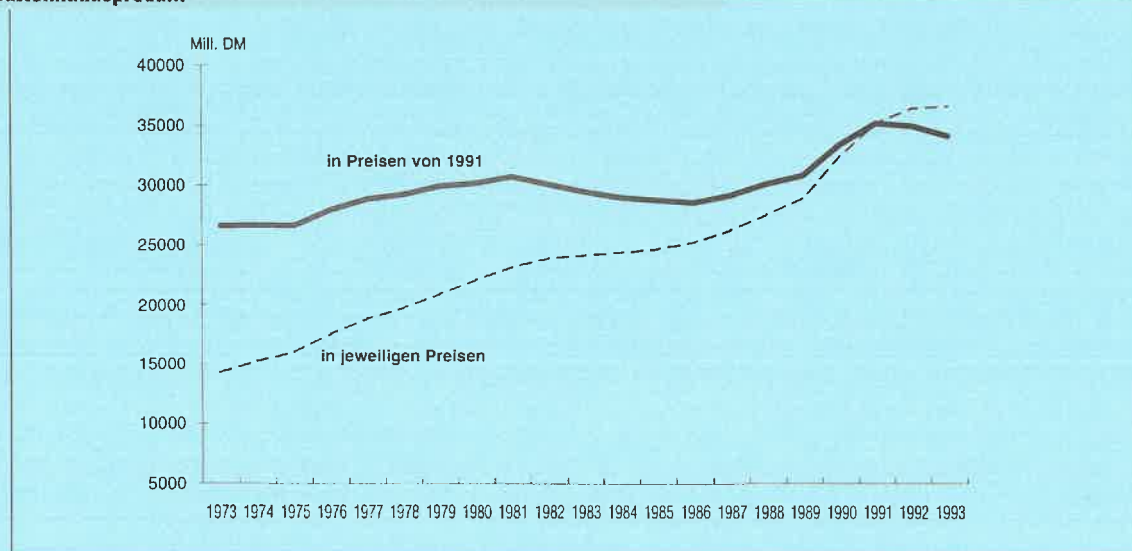
Ausfuhr über die Bremischen Häfen



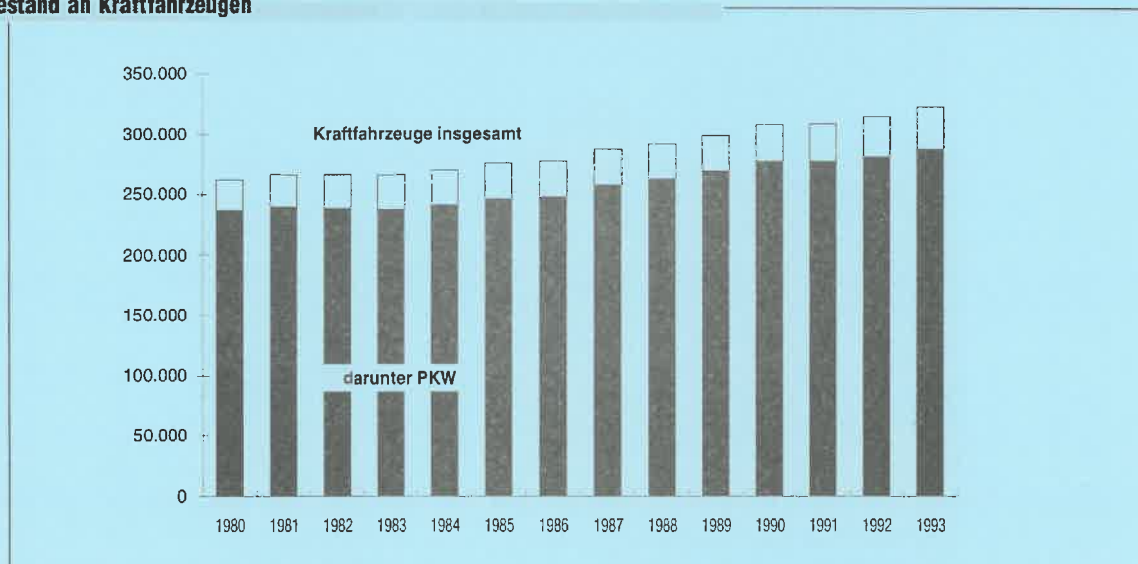
Ausfuhr über die Bremischen Häfen



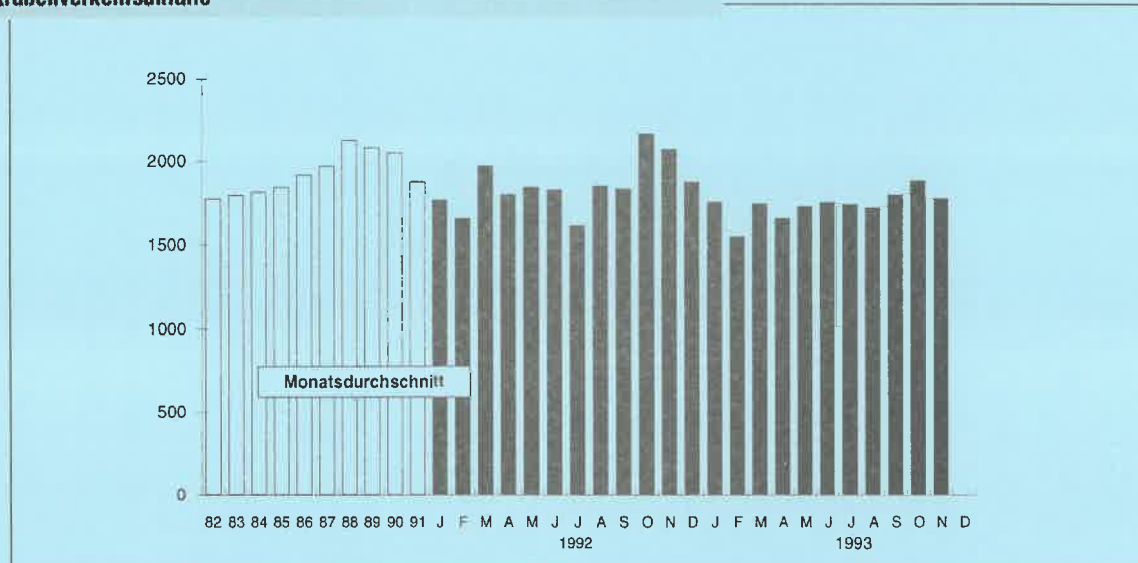
Bruttoinlandsprodukt



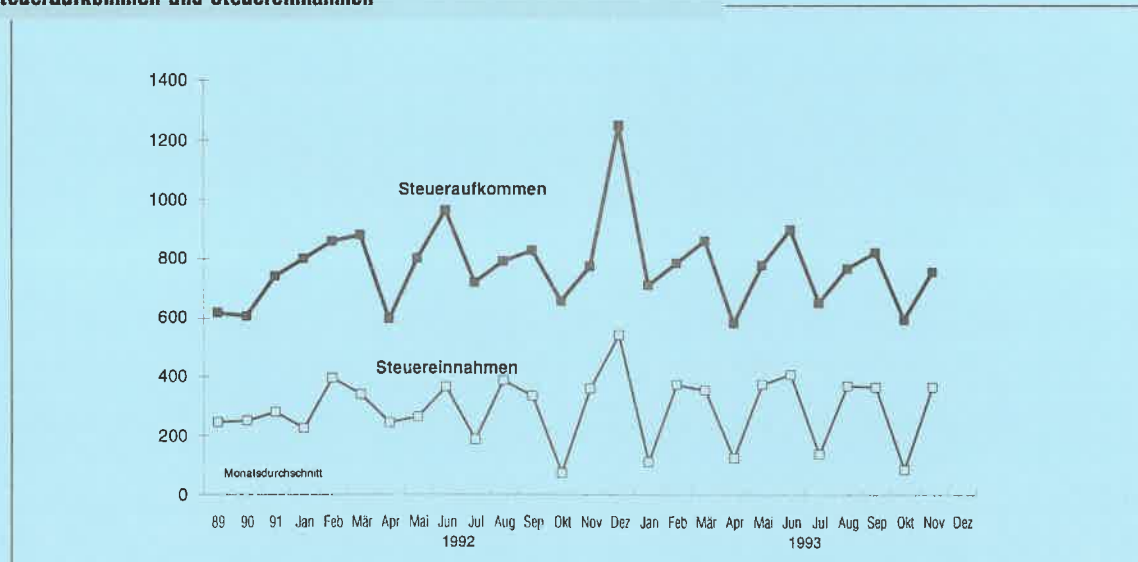
Bestand an Kraftfahrzeugen



Straßenverkehrsunfälle



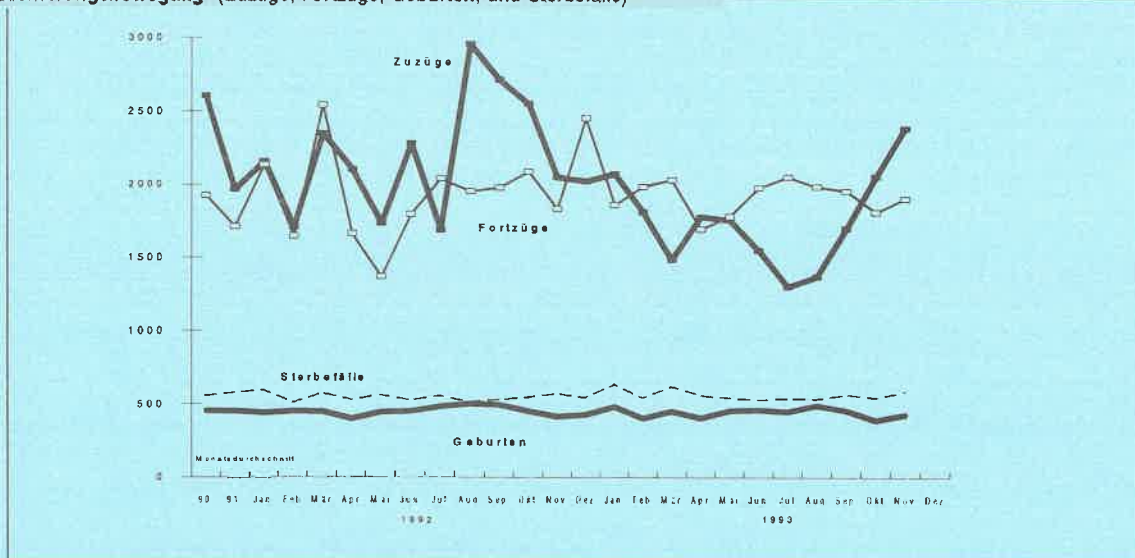
Steueraufkommen und Steuereinnahmen



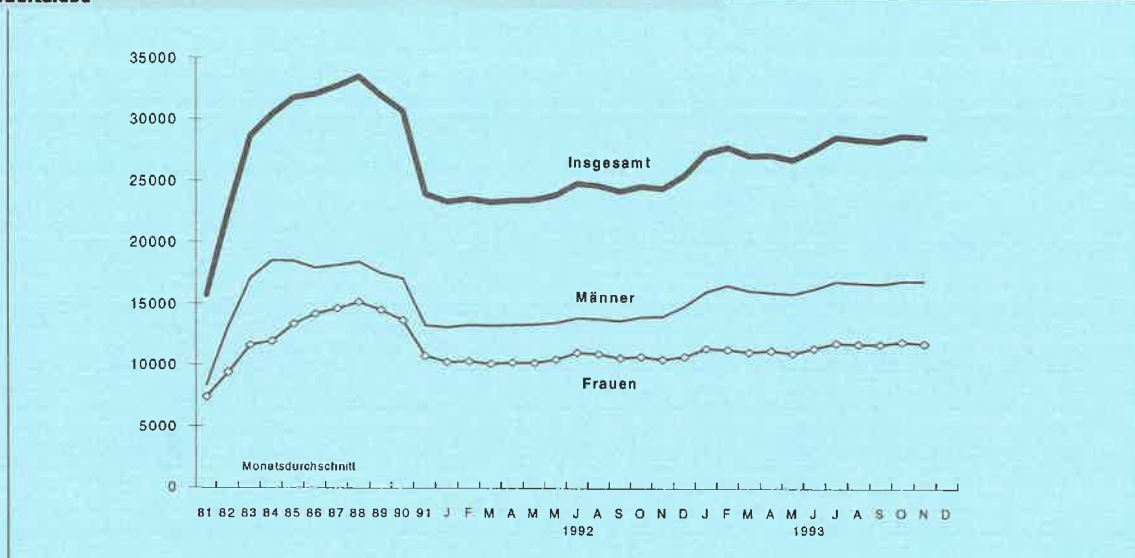
Wirtschaftskurven

Stadt Bremen

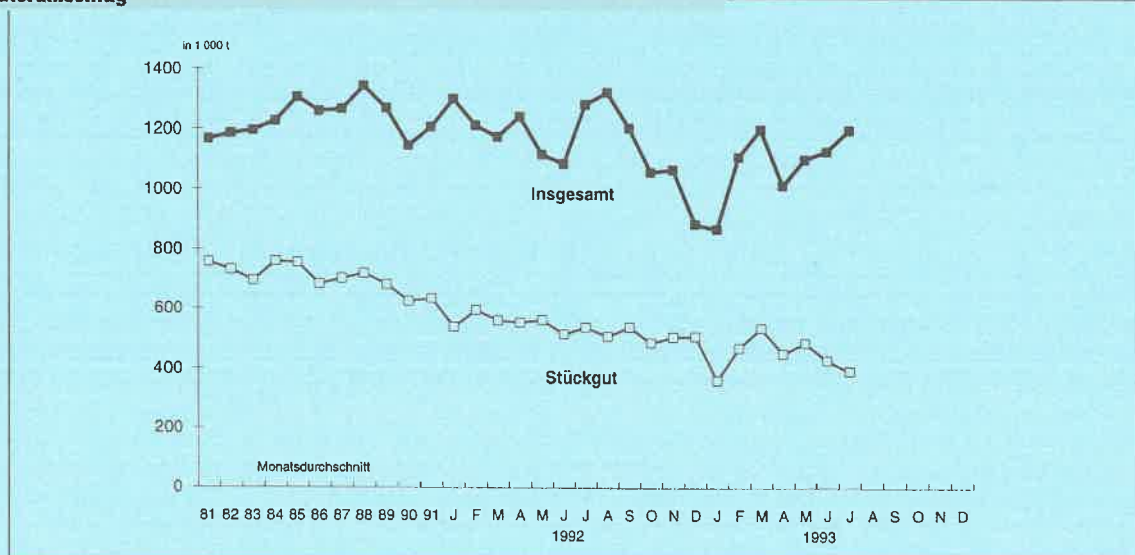
Bevölkerungsbewegung (Zuzüge, Fortzüge, Geburten, und Sterbefälle)



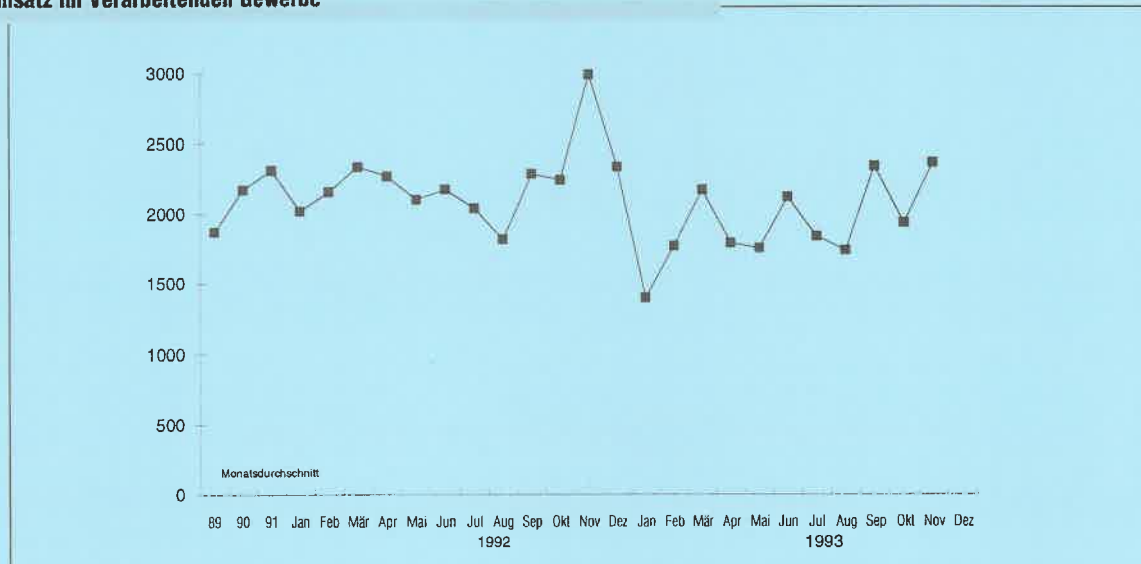
Arbeitslose



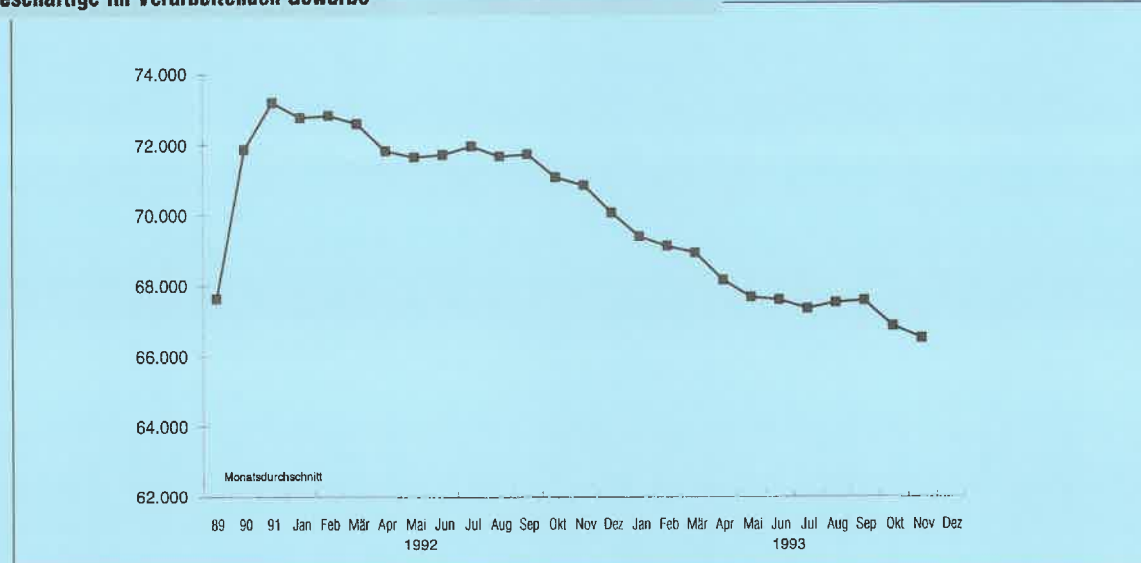
Güterumschlag



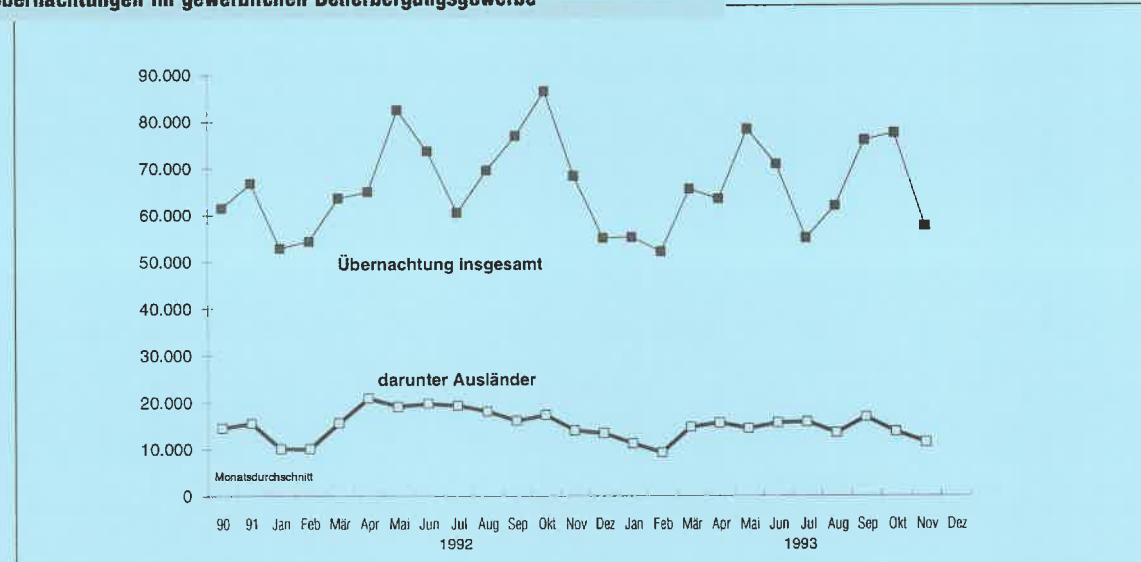
Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe



Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe



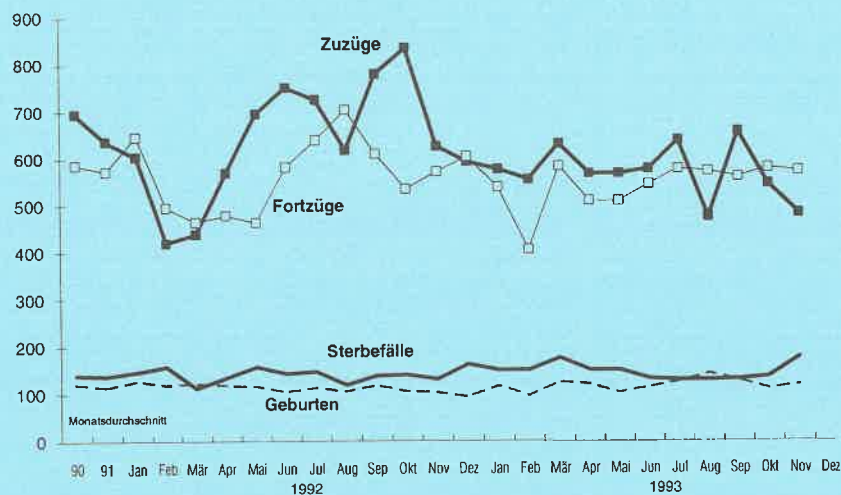
Übernachtungen im gewerblichen Beherbergungsgewerbe



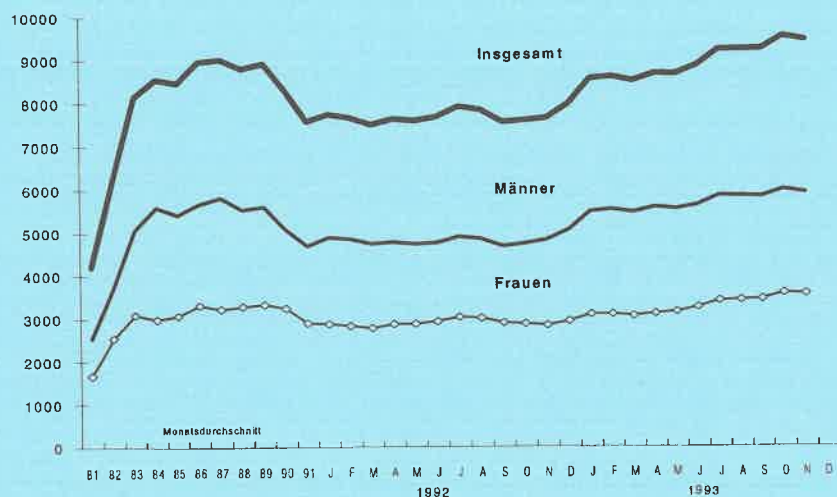
Wirtschaftskurven

Stadt Bremerhaven

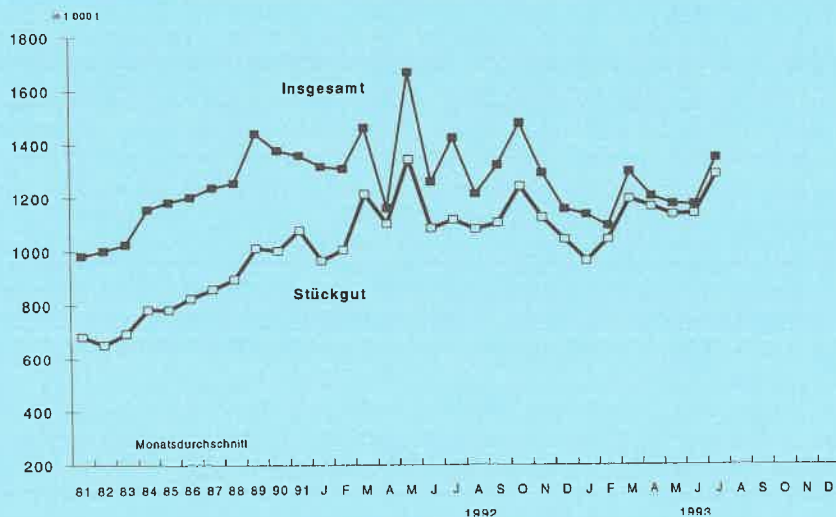
Bevölkerungsbewegung (Zuzüge, Fortzüge, Geburten, und Sterbefälle)



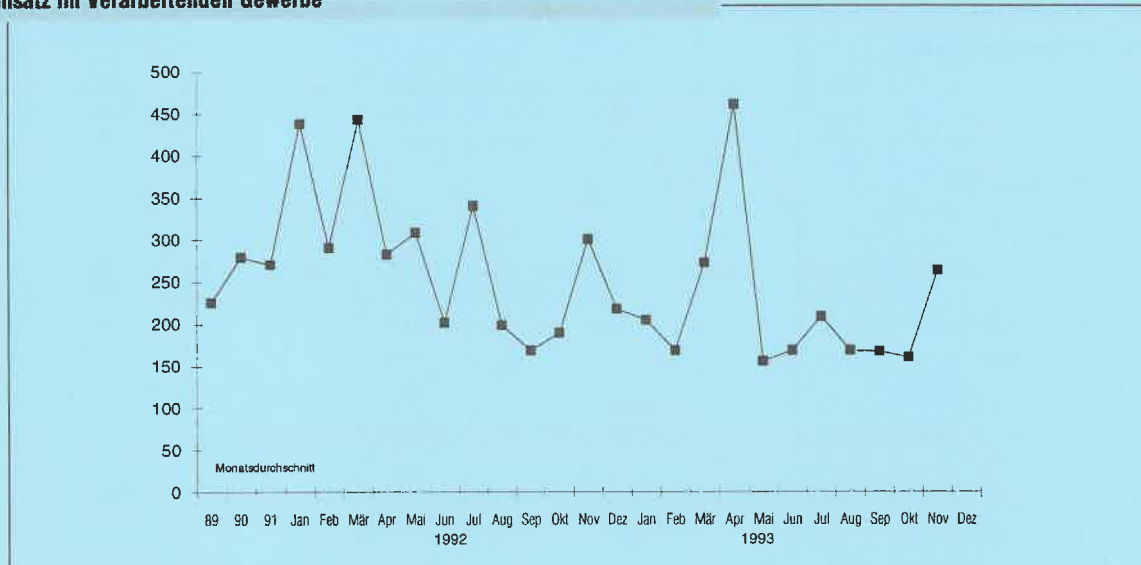
Arbeitslose



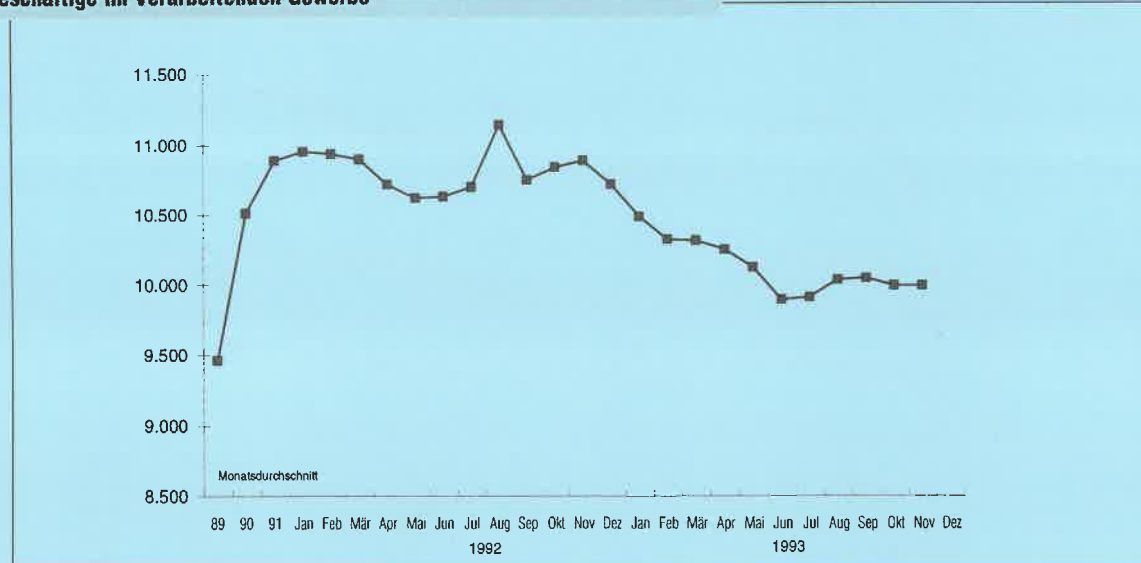
Güterumschlag



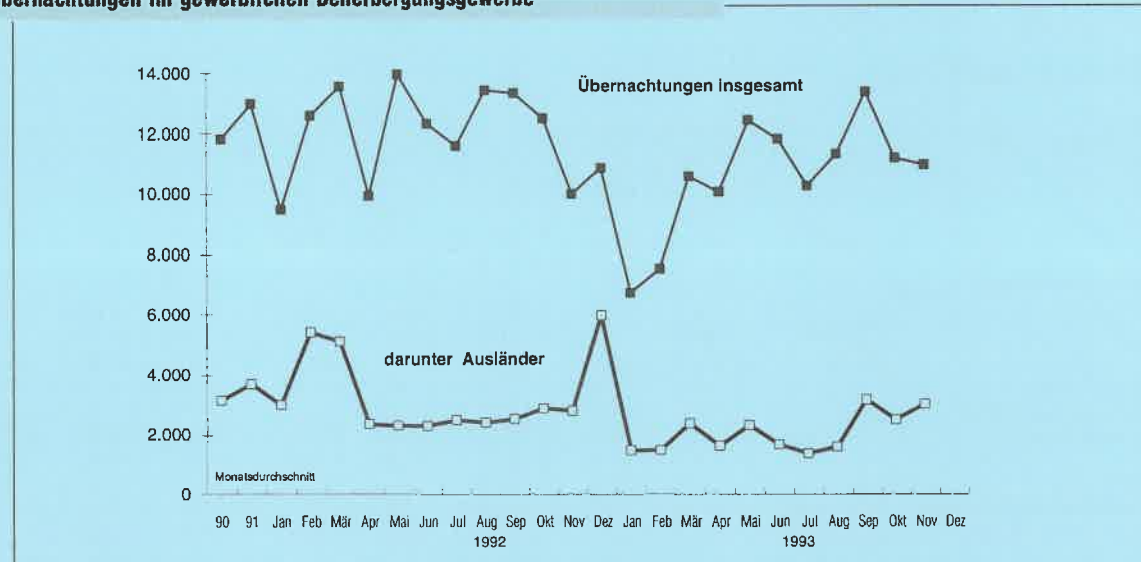
Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe



Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe



Übernachtungen im gewerblichen Beherbergungsgewerbe



Zahlenspiegel für das Land Bremen

Zahlenspiegel für die Städte Bremen und Bremerhaven s. S. 46 + ff

Gegenstand	1991	1992	1992			1993			
	Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit									
Bevölkerung am Monatsende..... 1 000	682,5	684,5	686,4	686,5	685,8	682,6	682,6	682,8	683,1
dav. männlich 1 000	327,1	329,0	330,3	330,5	330,0	328,5	328,5	328,7	328,9
weiblich 1 000	355,4	355,5	356,1	355,0	355,9	354,1	354,1	354,1	354,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung									
Eheschließungen 1)	355	334	346	239	343	423	300	219	366
je 1000 Einwohner und Jahr	6,2	5,9	5,9	4,2	5,9	7,5	5,2	3,9	6,3
Lebendgeborene 2)	566	563	10	518	521	582	500	545	500
je 1000 Einwohner und Jahr	9,9	9,8	689,0	9,2	8,9	10,4	8,6	9,7	8,6
Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	717	690	689	704	708	696	679	762	832
je 1000 Einwohner und Jahr	12,6	12,1	11,8	12,5	12,1	12,4	11,7	13,6	14,3
darunter im 1. Lebensjahr	3	3	3	3	1	1	3	1	2
je 1000 Lebendgeborene	6,0	4,8	5,2	5,4	1,8	1,8	5,4	1,8	3,7
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorben. (-)	- 151	- 127	- 132	- 186	- 187	- 114	- 179	- 217	- 332
je 1000 Einwohner und 1 Jahr *)	- 3,2	- 2,2	- 2,3	- 3,3	- 3,2	- 2,0	- 3,1	- 3,9	- 5,7
Wanderungen									
Über die Landesgrenze Zugezogene	2 548	2 762	3 310	2 602	2 527	2 300	2 551	2 770	3 631
dar.: männliche Personen	1 421	1 563	1 896	1 558	1 366	1 215	1 374	1 546	1 996
aus Niedersachsen	843	901	1 030	765	880	758	709	891	1 295
aus dem Ausland	918	1 029	1 284	1 061	947	957	1 009	980	1 287
Über die Landesgrenze Fortgezogene	2 229	2 456	2 548	2 330	2 969	2 460	2 340	2 380	2 967
dar.: männliche Personen	1 206	1 383	1 406	1 302	1 818	1 390	1 269	1 327	1 642
nach Niedersachsen	1 067	1 206	1 282	1 329	1 414	1 188	1 252	1 296	1 729
nach dem Ausland	554	630	490	480	983	651	409	550	683
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	+ 319	+ 306	- 762	+ 272	+ 442	- 160	- 211	- 390	- 664
Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven	53	70	76	74	89	56	50	97	103
Arbeitslage									
Sozialversicherungspflichtig									
beschäftigte Arbeitnehmer 4)5)	311 200	314 491			313 007				
darunter Ausländer	17 266	18 129			19 047				
dar.: Griechen	279	259			350				
Italiener	385	382			390				
Jugoslawen	1 614	1 728			1 806				
Portugiesen	1 006	1 001			1 103				
Spanier	382	366			382				
Türken	8 213	8 406			8 606				
Arbeitsuchende	43 164	43 285	42 363	42 843	44 492	46 191	46 081	56 811	48 361
darunter Arbeitslose	31 629	31 532	32 094	31 959	33 367	37 410	38 147	37 961	38 774
dar.: Männer	17 963	18 256	18 594	18 721	19 806	22 350	22 747	22 713	23 457
Frauen	13 666	13 276	13 500	13 238	13 561	15 060	15 400	15 248	15 317
Offene Stellen	4 149	3 993	3 994	3 774	3 415	2 146	1 803	1 602	1 267
Stellenvermittlung	3 289	2 712	2 405	2 328	2 170	1 940	1 906	2 962	2 771
dar.: in kurzfristige Beschäftigung (bis 7 Tage)	1 447	1 129	974	866	887	650	600	896	1 404
Landwirtschaft und Fischerei									
Viehbestand									
Rindvieh (einschl. Kälber)	18 540	14 371			14 041				13 718
dar.: Milchkühe	3 831	3 860			3 928				3 853
Schweine	5 955	4 796			3 095				3 021
dar.: Zuchtsauen	754	631			517				493
dar.: trächtig	567	490			420				397
Schlachtungen von Inlandtieren									
Rinder	9 078	7 170	10 329	6 824	5 865	7 154	6 996	6 731	4 360
Kälber	27	13	29	10	16	6	6	7	7
Schweine	22 709	22 000	21 245	22 131	19 494	15 501	20 167	22 217	18 080
darunter Hausschlachtungen.....	46	36	21	60	40	4	20	58	37
Schlachtmengen 6) aus gewerblichen									
Schlachtungen (ohne Geflügel)	t 4 777,6	4 161,1	5 114,5	4 237,3	3 799,9	3 844,4	4 058,3	4 198,1	3 043,5
dar.: Rinder	t 2 762,3	2 202,5	3 206,7	2 070,4	1 777,5	2 219,1	2 208,7	2 049,7	1 327,4
Schlachtungen von Auslandtieren									
Schweine.....			240	2094	3300	2519	467	1687	898

1) Nach dem Ereignisort – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen – 4) Ergebnisse der Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit – 5) Erhebung vom Juni als Jahresdurchschnitt – 6) Einschl. Schlachtfette.

Land Bremen

Gegenstand		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
noch Schlachtungen										
Kälber.....	t	2,50	1,60	3,60	1,20	2,00	0,70	0,70	0,80	0,90
Schweine	t	2 007,20	1 951,70	1 897,40	2 160,40	2 016,00	1 620,70	1 884,30	2 140,70	1 709,60
Durchschnittliches Schlachtgewicht										
für: Rinder.....	kg	304,60	308,30	311,90	304,55	306,88	310,28	316,07	305,70	304,87
Kälber.....	kg	122,50	122,50	122,50	122,50	122,50	122,50	122,50	122,50	122,50
Schweine.....	kg	88,57	88,90	88,40	89,40	88,60	89,96	89,47	89,77	90,26
Milcherzeugung	t	2 038,90	1 955,40	1 905,90	1 888,50	2 122,40	1 777,40	1 722,80	1 844,50	2 015,80
darunter an Molkereien geliefert	%	87,50	87,30	81,00	83,60	86,50	73,00	82,70	79,80	81,40
Milchleistung (je Kuh und Tag)	kg	15,80	16,00	15,40	15,70	17,10	15,10	14,10	15,70	16,60
Fischerei										
Gesamtumschlag am Bremerhavener	t	20 142	18 188	17 474	22 731	19 116	12 439	17 203	17 668	14 399
Seefischmarkt	1 000 DM	50 544	42 432	52 129	55 499	52 419	40 568	48 024	60 182	20 592
dav.: Auktionsumsatz.....	t	3 412	3 117	3 923	3 156	2 988	3 281	2 652	2 331	2 301
	1 000 DM	8 845	7 785	8 653	7 692	7 081	6 727	6 380	6 389	6 616
Industriefischanlandungen	t	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	1 000 DM	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Anlandungen der	t	4 729	4 656	2 450	6 866	3 523	1 907	1 864	3 944	6 886
deutschen Hochseefischerei	1 000 DM	3 335	2 870	1 815	4 158	1 875	1 210	2 070	2 526	4 012
dar.: Tiefkühlfisch	t	4 498	4 344	2 289	6 612	3 426	1 787	1 744	3 815	6 753
	1 000 DM	2 696	2 224	1 378	3 424	1 560	904	1 725	2 081	3 544
Salzheringe, Heringslappen										
etc. 1) aus Loggern, teils	t	-	-	-	-	-	-	-	-	-
mit Zubringer	1 000 DM	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlandungen an der Geeste	t	-	-	-	-	-	-	-	-	-
(nur Krabbenfischerei).....	1 000 DM	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Importe	t	8 525	7 075	9 258	9 700	9 771	7 251	8 794	11 393	2 215
	1 000 DM	38 361	31 777	41 661	43 649	43 463	32 631	39 574	51 267	9 964
Vom Auktionsansatz entfielen										
auf Anlandungen der deutschen	t	797	563	830	571	779	718	326	279	273
Seefischerei	1 000 DM	1 648	1 059	1 321	978	1 416	980	440	477	514
Anlandungen der ausländischen	t	2 599	2 529	3 062	2 555	2 183	2 560	2 309	2 047	2 023
Seefischerei	1 000 DM	7 151	6 652	7 233	6 614	5 583	5 735	5 905	5 893	6 077
Anlandungen der deutschen	t	2	1	-	-	-	-	-	1	1
Flußfischerei	1 000 DM	7	5	-	-	-	-	-	6	6
Einsendungen der Bremerhavener	t	14	25	31	30	19	3	17	4	4
und auswärtiger Firmen	1 000 DM	42	70	99	100	82	12	35	13	19
Verarbeitendes Gewerbe u. Handwerk										
Verarbeitendes Gewerbe 2)										
Zahl der berichtenden Betriebe		362	367	362	362	362	350	349	349	349
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) 3)		84 135	82 530	81 893	81 715	80 772	77 605	76 838	76 489	75 941
darunter Arbeiter 4)		54 101	52 657	52 412	52 207	51 344	48 991	48 511	48 102	47 615
Beschäftigte nach Bereichen/Zweigen										
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe 5).....		8 808	8 707	8 685	8 665	8 499	7 859	7 693	7 656	7 537
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe		54 313	53 716	53 454	53 336	52 910	50 362	49 895	49 606	49 394
dar.: Maschinenbau		7 249	7 015	6 920	6 861	6 830	6 336	6 239	6 165	6 148
Straßen-, Luft- u. Raumfahrzeugbau,										
Rep. v. Kfz. usw.		23 243	22 604	22 283	22 146	21 975	21 233	21 118	21 018	20 937
Schiffbau		6 913	7 091	7 175	7 197	7 139	6 561	6 553	6 579	6 570
Elektrotechnik, Rep. v. Haushaltsgeräten		10 550	10 454	10 463	10 540	10 451	10 055	9 893	9 801	9 729
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		6 181	5 946	5 856	5 825	5 754	5 854	5 835	5 813	5 796
dar.: Textilgewerbe		1 979	1 896	1 856	1 845	1 832	1 793	1 806	1 805	1 838
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe		14 833	14 161	13 898	13 889	13 609	13 530	13 415	13 414	13 214
dar.: Fischverarbeitung		3 911	3 762	3 682	3 735	3 669	3 604	3 590	3 625	3 632
Verarb. v. Kaffee, Tee, H-v.Kaffeemitteln		2 220	2 079	2 075	2 068	2 033	2 086	2 075	2 099	2 112
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	7 666	7 309	7 607	7 308	6 637	6 764	6 724	6 888	6 273
Löhne (brutto)	Mill. DM	215,6	220,5	223,3	310,5	211,7	206,5	208,7	275,7	226,4
Gehälter (brutto)	Mill. DM	181,0	191,6	181,5	284,0	196,5	178,4	186,1	255,6	201,8
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 3)	Mill. DM	2 595,5	2 507,0	2 425,8	3 287,6	2 547,3	2 500,0	2 091,2	2 622,5	2 926,6
darunter Auslandsumsatz.....	Mill. DM	980,4	985,4	1 039,7	1 701,4	690,2	1 010,3	889,7	965,5	1 254,9
Heizölverbrauch (Vj.-ende).....	1 000 t	18,1	19,9	-	-	43,0	62,4	-	-	59,0
Gasverbrauch (Vj.-ende).....	Mill. m3	38,5	37,3	-	-	103,4	98,5	-	-	118,7
Stromverbrauch.....	Mill. kWh	166,4	166,1	169,1	141,3	126,4	171,5	174,1	174,7	156,5
Index der Nettoproduktion										
f.d. Verarbeitende Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1980=100	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)
Grundstoff- u. Produktionsgewerbe	1980=100	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)

1) Nach dem Ereignisort – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter–3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen–4) Ergebnisse der Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit–5) Erhebung vom Juni als Jahresdurchschnitt –6) Einschl. Schlachtfette

Land Bremen

Gegenstand	1991	1992	1992			1993			
	Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
noch: Verarbeitendes Gewerbe									
Investitionsgüter prod. Gewerbe 1980 = 100	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)
dar.: Maschinenbau 1980 = 100	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)
Straßenfahrzeugbau,									
Rep. v. Kfz. usw. 1980 = 100	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)
Schiffbau 1980 = 100	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)
Elektrotechnik,									
Rep. v. Haushaltsgeräten 1980 = 100	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe 1980 = 100	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)
dar.: Textilgewerbe 1980 = 100	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe 1980 = 100	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)
dar.: Fischverarbeitung 1980 = 100	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)
Verarb. v. Kaffee, Tee									
Herstellung v. Kaffeemitteln 1980 = 100	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)	**)
Handwerk (Meßziffern) 1)									
Beschäftigte (Vj.-ende)30.9.76=100					81,5	81,5			81,1
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)Vj.-D. 1976=100					191,3	160,1			182,1
Öffentliche Energieversorgung									
Strom									
Erzeugung (brutto) Mill. kWh	425,9	408,3	442,9	461,5	374,5	402,9	449,8	527,6	454,3
Bezug Mill. kWh	66,0	64,6	66,6	63,8	70,4	65,8	67,7	64,8	62,1
Abgabe ins öffentl. Netz Mill. kWh	352,6	353,9	367,5	342,3	337,6	336,3	354,2	363,8	361,6
Abgabe an Niedersachsen..... Mill. kWh	98,6	77,1	95,7	134,8	67,3	91,4	116,6	174,8	106,4
Gas									
Abgabe ins Rohrnetz Mill. m3	50,2	49,1	57,7	67,0	81,4	33,4	54,3	91,0	86,0
Wasser									
Förderung Mill. m3	1,3	1,2	1,2	1,1	1,1	1,3	1,3	1,3	1,3
Bezug Mill. m3	2,6	2,7	2,8	2,7	2,7	2,6	2,6	2,5	2,6
Abgabe ins Rohrnetz Mill. m3	3,9	3,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,9	3,8	3,9
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen									
Bauhauptgewerbe (n. d. Totalerhebung)									
hochgerechnet)									
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	10 995	11 068	11 075	11 040	10 934	10 588	10 626	10 637	10 488
Geleistete Arbeitsstunden 1 000	1 142	1 137	1 268	1 152	894	1 181	1 106	1 057	810
darunter für:									
Wohnungsbauten 1 000	222	228	257	215	166	248	213	187	171
Gewerbl. u. industrielle Bauten 1 000	534	536	580	542	421	538	503	532	369
Verkehrs- u. öffentl. Bauten..... 1 000	386	373	431	395	307	395	390	338	270
Löhne (brutto) Mill. DM	32,7	34,7	34,6	56,8	34,3	34,6	32,7	54,0	33,5
Gehälter (brutto) Mill. DM	10,1	11,3	10,7	16,6	12,2	11,0	10,8	18,9	12,9
Umsatz ohne Mehrwertsteuer Mill. DM	150,7	154,4	177,0	190,1	273,7	190,3	166,4	190,8	203,6
Baugenehmigungen									
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	41	66	89	64	129	46	114	96	51
dar. mit 1 und 2 Wohnungen 30	54	54	71	48	113	34	95	84	37
Umbauter Raum 1000 m3	60	82	83	110	118	103	106	107	106
veranschlagte reine Baukosten 1 000 DM	21 705	31 800	30 979	39 704	46 720	42 018	45 655	44 967	49 999
Wohnungen 161	209	221	307	290	285	309	276	376	
Wohnfläche 1000 m2	11,8	15,8	16,4	21,2	25,5	20,1	21,3	21,5	22,8
Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden									
veranschlagte reine Baukosten 1.000 DM	13 872	4 465	2 986	5 207	4 620	4 215	4 891	6 110	5 980
Wohnungen 23	25	6	36	42	14	14	14	14	29
Wohnfläche 1000 m2	1,8	2,0	0,6	2	3	1,4	1,8	2,2	2,6
Nichtwohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	18	15	11	15	11	12	12	8	5
Umbauter Raum 1000 m3	274	118	50	79	52	51	115	19	115
veranschlagte reine Baukosten 1 000 DM	44 888	26 678	13 343	25 077	15 763	10 620	30 490	5 220	30 403
Nutzfläche 1000 m2	41,1	16,8	7,4	14,2	7,8	8,1	17,3	3,7	10,6
Wohnungen 6	10	5	17	4	4	12	-	6	
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	191	246	233	366	337	303	336	296	412
Handel und Gastgewerbe									
Außenhandel über die Bremischen Häfen (Generalhandel)									
Einfuhr insgesamt 1 000 DM	2 322 390	2 271 003	2 222 628	2 048 221	2 095 833
nach Warenarten									
Ernährungswirtschaft 1 000 DM	345 298	337 961	296 802	318 427	325 343
dav.: Lebende Tiere 1 000 DM	24	23	61	2	86
Nahrungsmittel tier. Ursprungs 1 000 DM	61 299	63 507	72 251	65 674	75 426
Nahrungsmittel pfl. Ursprungs 1 000 DM	106 780	106 264	117 834	101 500	115 872
Genußmittel 1 000 DM	177 196	168 168	106 656	151 251	133 959

1) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - **)Z. Zt. keine Veröffentlichungen

Land Bremen

Gegenstand		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
noch: Einfuhr von Warenarten										
Gewerbliche Wirtschaft	1 000 DM	1 977 092	1 933 042	1 925 826	1 729 794	1 770 490				
dav.: Rohstoffe	1 000 DM	126 217	97 424	84 740	59 707	64 323				
Halbwaren	1 000 DM	260 516	210 628	173 013	235 412	183 463				
Fertigwaren	1 000 DM	1 590 360	1 624 990	1 668 073	1 434 675	1 522 704				
dav.: Vorerzeugnisse	1 000 DM	154 665	150 991	157 382	138 191	137 938				
Enderzeugnisse	1 000 DM	1 435 695	1 473 999	1 510 691	1 296 484	1 384 766				
nach Herstellungsländern										
Europa	1 000 DM	477 859	450 233	453 202	474 696	406 609				
dar.: EG-Länder	1 000 DM	275 759	259 338	269 798	313 538	244 074				
Afrika	1 000 DM	96 183	85 231	76 439	53 672	67 226				
Amerika	1 000 DM	841 209	842 919	720 717	779 676	829 842				
Asien	1 000 DM	896 296	882 347	966 489	735 152	787 817				
Australien und Ozeanien.....	1 000 DM	10 837	10 242	5 637	5 018	4 207				
Schiffsbedarf, n. erm. Länder	1 000 DM	16	31	144	5	132				
Ausfuhr insgesamt	1 000 DM	3 734 285	3 565 856	3 775 306	3 156 683	3 749 183				
nach Warenarten 1)										
Ernährungswirtschaft	1 000 DM	115 645	129 927	166 646	127 631	125 493				
dav.: Lebende Tiere	1 000 DM	7	5	-	-	-				
Nahrungsmittel tier. Ursprungs	1 000 DM	19 097	17 727	10 861	12 482	18 868				
Nahrungsmittel pfl. Ursprungs	1 000 DM	57 605	70 730	116 809	72 949	73 313				
Genußmittel	1 000 DM	38 943	41 465	38 976	42 200	33 312				
Gewerbliche Wirtschaft	1 000 DM	3 618 640	3 435 930	3 608 660	3 029 052	3 623 690				
dav.: Rohstoffe	1 000 DM	20 397	18 515	20 655	19 413	19 389				
Halbwaren	1 000 DM	144 953	141 288	167 741	106 431	142 535				
Fertigwaren	1 000 DM	3 453 290	3 276 127	3 420 264	2 903 208	3 461 766				
dav.: Vorerzeugnisse	1 000 DM	507 321	430 867	395 274	395 670	419 692				
Enderzeugnisse	1 000 DM	2 945 970	2 845 260	3 024 990	2 507 538	3 042 074				
nach Verbrauchsländern										
Europa	1 000 DM	453 953	431 209	475 249	278 506	521 736				
dar.: EG-Länder	1 000 DM	250 368	274 815	325 864	143 357	350 130				
Afrika	1 000 DM	347 190	283 283	243 670	235 932	318 161				
Amerika	1 000 DM	1 626 828	1 745 856	1 913 567	1 644 160	1 726 919				
Asien	1 000 DM	1 126 897	1 060 546	1 095 459	955 728	1 133 959				
Australien und Ozeanien.....	1 000 DM	31 514	37 341	38 588	35 434	40 959				
Schiffsbedarf, n. erm. Länder	1 000 DM	7 266	7 621	8 773	6 923	7 449				
Außenhandel bremischer Firmen 2)										
Einfuhr insgesamt	1 000 DM	1 163 955	1 237 998	1 086 172	1 282 849	1 101 283				
nach Warenarten 1)										
Ernährungswirtschaft	1 000 DM	294 924	268 306	248 601	222 294	267 103				
dav.: Lebende Tiere	1 000 DM	93	218	184	514	732				
Nahrungsmittel tier. Ursprungs	1 000 DM	67 489	59 909	63 094	54 072	72 595				
Nahrungsmittel pfl. Ursprungs	1 000 DM	128 339	117 036	121 353	113 107	129 219				
Genußmittel	1 000 DM	99 003	91 143	63 970	54 601	64 557				
Gewerbliche Wirtschaft	1 000 DM	869 032	969 691	839 571	1 060 555	834 180				
dav.: Rohstoffe	1 000 DM	135 137	123 697	106 177	97 993	97 998				
Halbwaren	1 000 DM	184 223	130 946	100 203	131 627	124 427				
Fertigwaren	1 000 DM	549 672	715 048	633 191	830 935	611 755				
dav.: Vorerzeugnisse	1 000 DM	55 783	54 805	42 508	56 020	43 685				
Enderzeugnisse	1 000 DM	493 888	660 243	590 683	774 915	568 070				
nach Herstellungsländern										
Europa	1 000 DM	697 753	800 086	708 414	874 788	678 954				
dar.: EG-Länder	1 000 DM	531 545	633 211	570 348	745 988	529 569				
Afrika	1 000 DM	68 494	59 677	44 193	43 897	47 530				
Amerika	1 000 DM	228 294	201 882	174 286	177 226	189 352				
Asien	1 000 DM	125 458	130 448	124 302	141 896	137 057				
Australien und Ozeanien.....	1 000 DM	43 942	45 869	36 976	45 041	48 251				
Schiffsbedarf, n. erm. Länder	1 000 DM	14	36	1	1	139				
Ausfuhr insgesamt	1 000 DM	1 194 535	1 191 384	1 424 150	968 492	1 149 153				
nach Warenarten 1)										
Ernährungswirtschaft	1 000 DM	170 887	182 389	272 320	176 957	183 467				
dav.: Lebende Tiere	1 000 DM	34	38	55	29	31				
Nahrungsmittel tier. Ursprungs	1 000 DM	45 939	40 696	42 268	36 796	43 631				
Nahrungsmittel pfl. Ursprungs	1 000 DM	46 205	60 742	139 109	65 786	56 508				
Genußmittel	1 000 DM	78 709	80 911	90 888	74 346	83 297				

1) Einschließlich Rückwaren, Ersatzlieferungen.- 2) Über Bremen und andere Grenzstellen.- *) Es ist zu vermuten, daß es bei der Ermittlung der Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in den ersten Monaten des Jahres 1988 zu einer Untererfassung gekommen ist, da sich bei den außenhandelsstatistischen Anmeldungen als Folge der Umstellung auf eine neue Warennomenklatur und auf eine EG-einheitliche Erhebungsmethode zeitliche Verzögerungen ergeben haben.

Land Bremen

Gegenstand		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
noch: Ausfuhr von Warenarten										
Gewerbliche Wirtschaft	1 000 DM	1 023 648	1 008 995	1 151 830	791 535	965 686
dav.: Rohstoffe	1 000 DM	43 461	52 867	79 616	53 959	49 454
Halbwaren	1 000 DM	87 654	62 017	66 414	60 007	45 663
Fertigwaren	1 000 DM	892 533	894 111	1 005 800	677 569	870 569
dav.: Vorerzeugnisse	1 000 DM	33 652	34 224	49 351	40 277	35 134
Enderzeugnisse	1 000 DM	858 881	859 887	9 564 449	637 292	835 435
nach Verbrauchsländern										
Europa	1 000 DM	753 285	778 529	952 768	618 000	776 985
dar.: EG-Länder	1 000 DM	585 455	592 238	721 818	474 531	590 072
Afrika	1 000 DM	29 537	18 184	25 375	16 082	23 299
Amerika	1 000 DM	240 413	236 371	262 453	188 833	211 736
Asien	1 000 DM	151 443	132 809	146 187	122 975	114 950
Australien und Ozeanien.....	1 000 DM	6 073	10 907	19 113	8 535	9 069
Schiffsbedarf, n. erm. Länder	1 000 DM	13 785	14 584	18 254	14 067	13 114
Ausfuhr bremischer Waren 1)										
Ausfuhr insgesamt	1 000 DM	1 108 810	1 143 445	1 346 687	946 874	1 069 332	1 111 322	936 938	1 234 217	1 169 509
nach Warenarten										
Ernährungswirtschaft	1 000 DM	127 632	139 601	163 047	127 452	132 388	139 524	138 726	136 491	146 323
Gewerbliche Wirtschaft	1 000 DM	981 178	1 003 845	1 183 640	819 421	936 944	971 798	800 212	1 097 726	1 023 186
dav.: Rohstoffe	1 000 DM	27 999	38 041	62 401	42 422	39 844	23 341	19 930	24 450	34 087
Halbwaren	1 000 DM	151 847	129 203	158 269	98 809	115 033	129 424	102 610	104 107	116 489
Fertigwaren	1 000 DM	801 332	836 601	962 971	678 191	782 067	819 033	677 673	969 169	872 609
dav.: Vorerzeugnisse	1 000 DM	55 708	58 085	75 744	64 034	56 700	53 141	43 970	61 432	51 130
Enderzeugnisse	1 000 DM	745 624	778 516	887 227	614 157	725 367	765 893	633 702	907 737	821 479
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
Europa	1 000 DM	639 978	748 493	895 614	605 868	724 323	734 819	577 653	809 904	723 358
dar.: EG-Länder	1 000 DM	559 509	616 799	748 171	490 202	601 648	608 277	441 323	657 548	530 076
Einzelhandelsumsätze 2)3), in jeweiligen Preisen (Meßzahlen)										
Einzelhandel insgesamt										
(ohne Agenturtankstellen)	1986 = 100	123,3	123,4	126,9	131,1	168,2	r 111,8	r117,1	129,8	157,0
davon:										
EH. m. Nahrungsmitteln, Getränken,										
Tabakwaren	1986 = 100	106,6	103,0	105,1	107,3	132,5	r90,7	r94,8	106,2	127,0
EH. m. Textilien, Bekleidung,										
Schuhen, Lederwaren.....	1986 = 100	115,5	113,3	140,4	129,4	162,1	r127,5	r133,9	141,5	156,5
EH. m. Einr.Gegenständen (ohne										
elektrotechn. Erzeugn. usw.)	1986 = 100	159,7	164,2	171,0	205,1	234,7	r153,3	r184,6	202,6	225,2
EH. m. elektrotechn. Erezugnissen,										
Musikinstrumenten usw.	1986 = 100	145,8	144,9	151,4	176,3	252,3	r120,4	r129,1	133,9	211,4
EH. m. Papierwaren, Druckerzeugnissen,										
Büromaschinen	1986 = 100	138,3	146,7	145,1	168,4	268,6	r126,9	r130,0	149,0	227,4
EH. m. pharmazeut., kosmetischen und										
medizinischen Erzeugnissen usw.	1986 = 100	131,2	141,9	144,6	143,6	186,1	r124,6	r128,6	135,8	157,7
EH. m. Kraft- und Schmier-										
stoffen (Tankstellen)	1986 = 100	138,3	138,3	135,5	134,3	135,6	147,9	151,6	148,9	155,3
EH. m. Fahrzeugen, Fahrzeug-										
teilen und -reifen	1986 = 100	172,3	168,8	158,7	154,1	177,1	r136,6	r139,6	140,9	145,5
EH. m. sonstigen Waren	1986 = 100	109,9	114,6	113,3	125,7	180,9	r102,8	r105,3	130,5	178,7
Einzelhandelsumsätze 3), in Preisen von 1985 (Meßzahlen)										
Einzelhandel insgesamt										
(ohne Agenturtankstellen)	1986 = 100	112,9	110,2	112,8	116,8	150,3	r97,9	r102,3	113,9	138,1
davon:										
EH. m. Nahrungsmitteln, Getränken,										
Tabakwaren	1986 = 100	100,5	94,5	96,6	99,2	122,4	r82,1	r86,0	96,8	115,3
EH. m. Textilien, Bekleidung,										
Schuhen, Lederwaren.....	1986 = 100	107,6	102,6	126,1	116,1	145,4	r112,0	r117,4	123,9	137,1
EH. m. Einr.Gegenständen (ohne										
elektrotechn. Erzeugn. usw.)	1986 = 100	145,5	145,1	150,5	178,9	204,2	r132,4	r158,1	172,9	191,5
EH. m. elektrotechn. Erezugnissen,										
Musikinstrumenten usw.	1986 = 100	150,5	148,9	155,5	182,1	260,4	r123,4	r132,7	137,9	216,3
EH. m. Papierwaren, Druckerzeugnissen,										
Büromaschinen	1986 = 100	121,8	130,3	129,9	151,1	238,8	r110,0	r113,6	130,3	197,7
EH. m. pharmazeut., kosmetischen und										
medizinischen Erzeugnissen usw.	1986 = 100	124,7	131,7	133,6	132,6	171,8	r116,5	r120,4	127,0	147,0
EH. m. Kraft- und Schmier-										
stoffen (Tankstellen)	1986 = 100	124,9	120,0	118,1	115,9	117,6	128,7	130,8	127,8	136,4
EH. m. Fahrzeugen, Fahrzeug-										
teilen und -reifen	1986 = 100	149,5	140,9	131,6	127,6	146,7	r108,4	r110,7	111,8	115,4
EH. m. sonstigen Waren	1986 = 100	99,2	101,3	99,1	109,3	157,3	r89,8	r91,3	112,8	153,6

1) Ursprungsland Bremen.- 2) Einschl. Mehrwertsteuer.- 3) Wegen umstellung des Preisbasisjahres sind die Meßzahlen für den Einzelhandel vorläufig nicht verfügbar.

Land Bremen

Gegenstand	1991	1992	1992			1993			
	Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Gastgewerbeumsätze 1)2), in jeweiligen Preisen (Meßzahlen)									
Gastgewerbe insgesamt 1986 = 100	116,9	120,3	132,4	122,5	132,4	r120,8	134,2	116,2	132,3
davon:									
Beherbergungsgewerbe 1986 = 100	139,8	145,6	164,1	153,9	157,2	r146,8	r173,0	142,2	153,8
Gaststättengewerbe 1986 = 100	108,0	111,1	121,7	110,7	124,9	r110,7	r123,0	108,9	126,9
Gastgewerbeumsätze 1)2), in Preisen von 1985 (Meßzahlen)									
Gastgewerbe insgesamt 1986 = 100	126,5	101,9	110,8	102,1	110,2	r96,9	r107,4	93,0	105,8
davon:									
Beherbergungsgewerbe 1986 = 100	158,9	118,2	131,4	123,0	125,7	r118,3	r132,0	108,3	117,3
Gaststättengewerbe 1986 = 100	115,4	94,7	102,6	93,0	104,8	r89,6	r99,4	88,0	102,4
Fremdenverkehr									
in gewerblichen Beherbergungsstätten									
Fremdenmeldungen	41 593	42 381	52 936	41 449	33 441	47 036	48 793	37 518	32 488
darunter von Auslandsgästen	8 854	9 113	8 951	6 938	6 722	9 088	7 571	5 881	5 488
Fremdenübernachtungen	79 699	79 335	98 942	78 318	65 912	89 428	88 724	68 735	59 013
darunter von Auslandsgästen	19 120	19 315	20 029	16 664	19 230	19 926	16 112	14 334	12 461
in Jugendherbergen, Semannsheimen									
Fremdenmeldungen	2 273	2 369	2 480	1 548	978	3 016	2 758	1 656	1 026
Fremdenübernachtungen	7 175	7 654	8 088	6 178	4 571	9 032	7 806	5 447	4 054
Verkehr									
Seeschifffahrt *)									
Handelsschiffe									
Ankunft	Anzahl	753	719	720	644	622	643	720	644
Raumgehalt in 1 000 NRT		3 438	3 304	3 396	3 046	2 905	3 073	3 396	3 046
Abgang	Anzahl	754	720	729	661	626	640	729	661
Raumgehalt in 1 000 NRT		3 428	3 321	3 341	3 142	2 964	3 029	3 341	3 142
Güterempfang	1 000 t	1 600	1 572	1 588	1 466	1 177	1 342	1 527	1 387
Stückgut	1 000 t	820	814	860	844	768	721	828	780
dar.: Früchte, Gemüse	1 000 t	68	70	73	72	68	45	71	69
Holz und Kork	1 000 t	39	37	47	35	29	28	43	30
Zellstoff, Altpapier	1 000 t	85	84	86	85	76	35	77	64
Textile Rohstoffe	1 000 t	26	22	19	15	13	17	18	14
Vom Stückgut waren in									
Containern verladen	1 000 t	352	373	381	387	378	386	368	374
Massengut	1 000 t	781	742	727	622	410	621	700	607
dar. Getreide	1 000 t	23	24	12	12	6	31	16	15
Eisenerze und Metallabfälle	1 000 t	340	301	252	224	135	248	118	170
Steinkohle, Briketts, Koks	1 000 t	69	54	109	71	33	38	148	74
Kraftstoffe, Heizöl	1 000 t	210	212	212	188	133	195	243	196
Güterversand	1 000 t	959	923	941	887	859	985	1 089	1 010
Stückgut	1 000 t	863	814	863	781	776	912	1 011	922
dar.: Düngemittel	1 000 t	0	0				0		1
Stab-, Formstahl u.a.	1 000 t	21	17	19	17	13	26	23	20
Stahlblech, Bandstahl	1 000 t	109	90	74	77	85	111	90	95
Rohre, Gießereierzeugnisse	1 000 t	69	41	43	40	68	25	53	49
Zement, Kalk	1 000 t	4	4	4	4		1	5	4
El. Erzeugnisse, Maschinen	1 000 t	57	53	54	48	52	62	64	56
Fahrzeuge	1 000 t	62	66	86	65	60	89	101	76
Vom Stückgut waren in									
Containern verladen	1 000 t	440	450	474	451	433	552	560	531
Massengut	1 000 t	96	109	78	106	82	73	88	88
dar. Steinkohle, Briketts, Koks	1 000 t	13	27	10	6	-	-	11	5
Kraftstoffe, Heizöl	1 000 t	5	5	8	1	6	3	12	1
Düngemittel	1 000 t	-	2	-	-	9	2	-	9
Vom Güterverkehr über See waren:									
Durchfuhr (Transitverkehr)									
Eingang von See	t	76 474	71 806	60 944			61 692	61 578	
Ausgang nach See	t	75 792	70 641	65 952			76 064	84 379	
Seeumschlag (Seedurchfuhr)									
Eingang von See	t	109 999	131 103	152 142			177 523	190 851	
Ausgang nach See	t	109 999	131 103	152 142			177 523	190 851	
Binnenschifffahrt									
Handelsschiffe									
Ankunft	Anzahl	719	741	763	675	750
Tragfähigkeit in 1 000 t		654	688	714	633	716
Abgang	Anzahl	646	743	758	689	747
Tragfähigkeit in 1 000 t		611	691	711	655	700

1) Einschl. Mehrwertsteuer. - 2) Wegen Umstellung des Preisbasisjahres sind die Meßzahlen für das Gastgewerbe vorläufig nicht verfügbar. - *) Die Ergebnisse des Schiffs- und Güterverkehrs über See der Bremischen Häfen basieren zum Teil auf Strukturschätzungen vorangegangener Monate.

Land Bremen

Gegenstand		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
noch: Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	293	303	330	281	287
darunter Ortsverkehr	1 000 t	11	2	3	2	3
Güterversand	1 000 t	183	180	188	163	192
darunter Ortsverkehr	1 000 t	11	2	3	2	3
Schleusenverkehr										
Bremer Weserschleuse										
Schiffe zu Berg	Anzahl		326	343	310	322	412	366	286	385
	Tragfähigkeit in 1 000 t		283	296	273	285	369	323	256	342
Schiffe zu Tal	Anzahl		335	360	264	325	377	371	263	317
	Tragfähigkeit in 1 000 t		291	309	227	290	341	317	231	277
Güter zu Berg	1 000 t		101	86	116	153	130	100	93	182
Güter zu Tal	1 000 t		194	224	150	187	228	242	164	172
Oldenburger Schleuse										
Schiffe zu Berg	Anzahl		285	310	280	310	300	285	248	272
	Tragfähigkeit in 1 000 t		268	288	256	285	288	262	233	260
Schiffe zu Tal	Anzahl		290	319	327	343	336	314	286	320
	Tragfähigkeit in 1 000 t		273	291	304	325	309	294	270	301
Güter zu Berg	1 000 t		168	172	158	177	167	138	134	132
Güter zu Tal	1 000 t		149	157	180	189	186	174	187	187
Luftverkehr (gewerbl. Verkehr)										
Gelandete Flugzeuge		1 555	1 677	1 833	1 604	1 422	1 829	1 855	1 587	1 240
Gestartete Flugzeuge		1 556	1 677	1 829	1 605	1 420	1 823	1 846	1 591	1 239
Angekommene Flugzeuge		42 480	47 988	59 687	44 495	38 648	61 910	68 384	47 834	41 540
Abgereiste Fluggäste		42 206	47 750	52 901	44 196	40 550	65 828	59 350	47 584	42 733
Durchgereiste Fluggäste		461	499	298	1 107	399	1 257	1 224	1 141	792
Angekommene Fracht, Post, Gepäck	t	386	387	394	365	231	477	411	409	464
Abgegangene Fracht, Post, Gepäck	t	204	253	281	252	294	264	260	286	337
Eisenbahnverkehr										
Güterempfang	1 000 t	869	666	678	576	450
Güterversand	1 000 t	653	533	482	442	319
Kraftfahrzeuge										
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		2 949	2 716	2 339	2 382	2 339	2 071	2 128	1 970	1 869
dar.: Personenkraftwagen 1)		2 627	2 412	2 147	2 199	2 135	1 821	1 891	1 747	1 697
Lastkraftwagen		179	163	109	126	149	156	153	165	115
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle insgesamt		1 874	1 856	2 165	2 073	1 874	1 794	1 881	1 774	2 143
dav.: mit Personenschaden		292	316	355	337	251	288	321	267	298
mit nur Sachschaden										
unter 4 000 DM je Beteiligten		1 403	1 359	1 596	1 513	1 402	1 307	1 357	1 319	1 588
über 4 000 DM je Beteiligten		179	181	214	223	221	199	203	188	257
Getötete Personen		2	3	5	4	2	-	2	3	1
Verletzte Personen		348	374	407	394	307	331	374	311	353
Geld und Kredit, Kapitalgesellschaften, Zahlungsschwierigkeiten										
Landeszentralbank in Bremen 2)										
Geschäftsumsätze insgesamt	Mill. DM	60 076,9		83 226,8						
dav.: Giroverkehr	Mill. DM	59 207,8		82 865,0						
Wechselverkehr	Mill. DM	234,7	250,9	300,8	273,7	325,4	472,0	309,2	251,4	299,7
Lombardverkehr	Mill. DM	634,3	322,0	61,0	194,0	380,3	323,2	615,6	534,3	387,7
Kredite und Einlagen (Monatsende) 3)4)										
Kredite 5) an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	31 824	33 789			33 789	35 252			37 187
dar.: Kredite 5) an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	29 574	31 357			31 357	32 471			34 079
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 491	5 923			5 923	6 230			6 363
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 474	5 826			5 826	6 191			6 107
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	17	97			97	39			256
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) 6)	Mill. DM	2 414	2 454			2 454	2 474			2 421
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 612	1 722			1 722	1 708			1 714
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	802	732			732	766			707

1) Einschl. Kombinationskraftwagen.- 2) Ab November 1992: Landeszentralbank in der Freien Hansestadt Bremen, in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Geschäftsbereich Bremen/Bremerhaven.- 3) Ohre Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften; einschl. aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute.- 4) Ab Januar 1992 Stand am Quartalsende.- 5) Einschl. durchlaufender Kredite.- 6) Ohne durchlaufende Kredite, da diese von der Landeszentralbank Bremen nicht mehr in der Gliederung nach Laufzeiten gemeldet werden.- 7) Ab November 1992 keine Zahlenangaben mehr möglich.

Land Bremen

Gegenstand		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
noch: Kredite und Einlagen (Monatsende)										
Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	21 148	22 428			22 428	23 273			24 431
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	16 630	18 382			18 382	19 272			20 202
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	4 518	4 046			4 046	4 001			4 229
Einlagen und aufgenommene										
Kredite 1) von Nichtbanken	Mill. DM	25 531	26 474			26 474	26 567			27 966
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Sichteinlagen und Termingelder 1)	Mill. DM	18 368	19 163			19 163	19 190			20 021
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	16 735	17 715			17 715	18 321			19 183
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 633	1 448			1 448	869			838
Spareinlagen am Monatsende										
bei Sparkassen	Mill. DM	7 163	7 311			7 311	7 377			7 945
Gutschriften und Sparkonten										
(einschl. Zinsgutschriften)		468,5	1 452,4			1 860,0	1 327,0			1 936,0
Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	463,6	1 413,7			1 552,0	1 286,0			1 372,0
Sparkonten bei Sparkassen 2)										
am Monatsende	1 000	1 074,8	1 065,6	1 063,9	1 064,4	1 065,5	1 051,5	1 053,4	1 054,2	1 056,7
Bestand an Kapitalgesellschaften										
am Jahres- bzw. Monatsende										
Aktiengesellschaften	Anzahl	45	46	46	46	46	46	47	47	47
Nominalkapital	Mill. DM	1 660,4	1 634,8	1 634,8	1 634,8	1 634,8	1 643,3	1 653,3	1 653,3	1 653,4
Gesellschaft mit										
beschränkter Haftung	Anzahl	6 399	6 737	6 697	6 713	6 737	6 888	6 906	6 915	6 917
Nominalkapital	Mill. DM	2 582,0	2 906,0	2 699,8	2 754,7	2 906,0	3 371,7	3 348,9	3 359,2	3 370,9
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse	Anzahl	11	15	21	17	14	22	12	17	14
voraussichtliche Forderungen	1 000 DM	4 968	11 325	7 907	27 381	2 423	10 982	7 044	15 332	7 914
Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wechselproteste (ohne die bei der Post) 3)	Anzahl	37	108	-	-	154	97	-	-	-
voraussichtliche Forderungen	1 000 DM	554	-	-	-	-	-	-	-	-
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	489 845	555 104	326 663	473 697	1 015 935	680 360	423 008	465 350	978 502
Steuern vom Einkommen	1 000 DM	294 088	340 160	117 910	249 024	799 047	491 983	276 277	253 239	758 114
Lohnsteuer	1 000 DM	202 960	223 466	53 839	220 676	495 536	251 180	246 834	241 798	494 443
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	43 930	51 978	21 361	11 039	147 068	112 456	- 1 879	35	137 070
Nicht veranl. Steuer v. Ertrag	1 000 DM	7 978	18 325	6 733	9 010	12 106	8 638	30 720	6 074	7 256
Zinsabschlag 4)	1 000 DM	-	-	-	-	-	8 707	9 852	9 321	9 311
Körperschaftsteuer 4)	1 000 DM	39 220	46 391	35 977	8 299	144 338	111 002	- 9 251	- 3 989	110 034
Steuern vom Umsatz	1 000 DM	195 757	214 944	208 753	224 673	216 888	188 377	192 689	212 111	220 388
Umsatzsteuer	1 000 DM	81 054	101 174	105 036	111 648	108 329	118 853	129 865	143 700	149 475
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	114 703	113 770	103 717	113 025	108 559	69 524	62 823	68 412	70 914
Bundessteuern										
Verbrauchssteuern (ohne Bierst.)	1 000 DM	121 475	121 082	121 369	123 125	176 987	89 069	92 272	114 395	159 167
Mineralölsteuer	1 000 DM	37 123	39 020	40 534	41 289	83 015	27 869	31 421	39 653	83 649
Landessteuern										
Vermögensteuer	1 000 DM	6 398	6 242	860	16 166	1 939	1 030	3 012	17 650	2 202
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	7 619	8 890	7 572	7 790	7 704	7 894	9 088	7 192	8 980
Biersteuer	1 000 DM	2 821	2 930	2 907	2 669	2 710	3	6 299	2 881	2 908
Gemeindesteuern im Vierteljahr										
Grundsteuer A	1 000 DM	115	113			92	123			90
Grundsteuer B	1 000 DM	42 392	43 375			36 501	48 372			37 807
Gewerbsteuer nach Ertrag und	1 000 DM									
Kapital (brutto)	1 000 DM	133 216	139 356			132 051	117 364			99 489
Sonstige Gemeindesteuern	1 000 DM	2 835	2 722			2 133	2 180			2 321
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	406 738	449 590	386 315	386 701	675 051	435 868	326 122	364 391	634 230
Anteil an den Steuern										
vom Einkommen	1 000 DM	140 507	166 839	126 141	111 266	351 328	2 187 196	119 176	107 923	331 135
Anteil an den Steuern										
vom Umsatz	1 000 DM	127 242	139 713	135 689	146 037	140 977	118 678	121 394	133 630	138 845
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ..	1 000 DM	2 785	2 913	750	5 824	1 767	1 323	- 11 489	3 129	416

1) Einschl. durchlaufender Kredite.- 2) Die Sparkasse in Bremen, Städt. Sparkasse Bremerhaven, Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln; für Kontoinhaber mit Wohnsitz im Lande Bremen.- 3) Ab Januar 1992 Stand am Quartalsende.- 4) Nach Zerlegung.- 5) Vierteljahresdurchschnitt.

Land Bremen

Gegenstand		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
noch: Steuern										
Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	190 004	214 267	68 247	205 708	414 923	284 542	58 691	204 032	433 454
Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	119 161	135 608	556	103 571	350 717	215 290	- 6 568	99 949	348 596
Anteil a.d. Steuern vom Umsatz	1 000 DM	44 215	50 547	50 602	62 037	44 182	52 698	51 536	60 852	62 118
Anteil a.d. Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	2 785	2 913	750	5 824	1 767	1 323	- 11 489	7 744	535
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	89 625	94 814	4 847	151 885	125 182	77 811	24 303	157 750	113 520
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 1)	1 000 DM	38 836	40 625	10 236	80 972	24 159	18 614	17 753	81 459	11 433
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	33 424	36 464	- 9 488	33 674	96 388	55 482	2 682	37 384	95 808
Öffentliche Sozialleistungen										
Mitglieder (ohne Rentner) der gesetzlichen Krankenversicherung										
Ortskrankenkassen		138 071	131 907	131 156	130 894	130 899	127 081	127 966	127 338	127 562
dar. Krankenbestand der Pflichtmitglieder in	%	5,64	5,64	6,96	6,05	6,93	6,12	6,54	6,17	7,07
Rentenbezieher und -bewerber		79 126	74 514	74 466	74 436	74 458	74 651	74 617	74 896	74 647
Betriebskrankenkassen 2)		61 431	62 747	63 080	64 875	65 251	67 001	66 945	66 751	66 663
dar. Krankenbestand der Pflichtmitglieder in	%	6,43	6,15	7,04	6,43	3,62	5,56	6,57	5,48	6,65
Rentenbezieher und -bewerber		22 976	23 502	23 607	23 786	23 867	24 732	24 831	24 869	24 910
Innungskrankenkassen		18 085	18 796	19 104	19 031	18 966	19 256	19 423	19 363	19 295
dar. Krankenbestand der Pflichtmitglieder in	%	4,61	4,70	4,74	4,53	5,05	4,61	5,09	4,45	5,32
Rentenbezieher und -bewerber		3 909	4 000	4 028	4 036	4 044	4 135	4 147	4 160	4 171
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie u. Hoch- u. Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
männliche Arbeiter	DM	944	977	998				1 024		
darunter Facharbeiter	DM	980	1 019	1 042				1 060		
weibliche Arbeiter	DM	649	677	686				703		
darunter Hilfsarbeiter	DM	598	639	644				637		
Bruttostundenverdienste										
männliche Arbeiter	DM	24,01	25,08	25,58				26,85		
darunter Facharbeiter	DM	24,95	26,23	26,78				28,04		
weibliche Arbeiter	DM	16,97	17,58	17,83				18,51		
darunter Hilfsarbeiter	DM	15,52	16,50	16,70				16,70		
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	39,2	38,9	39				38,1		
weibliche Arbeiter	Std.	38,3	38,5	38,5				38		
Angestellte, Bruttomonatsverdienste in Industrie u. Hoch- u. Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	5 649	6 039	6 072				6 235		
weiblich	DM	3 813	4 043	4 118				4 268		
technische Angestellte										
männlich	DM	5 961	6 274	6 408				6 625		
weiblich	DM	3 930	4 192	4 273				4 350		
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	4 611	4 957	4 990				5 237		
weiblich	DM	3 201	3 354	3 394				3 593		
in Industrie u. Hoch- u. Tiefbau, Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe zusammen										
kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	5 033	5 419	5 433				5 658		
weiblich	DM	3 373	3 562	3 611				3 799		
technische Angestellte										
männlich	DM	5 837	6 020	6 149				6 384		
weiblich	DM	3 844	4 019	4 082				4 195		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. 2) Mit Sitz im Lande Bremen.

Stadt Bremen

Gegenstand		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Witterungsverhältnisse										
Temperatur										
Monatsmittel	° C	9,0	10,1	6,8	6,5	2,9	12,3	8,3	1,1	4,0
Abweichung von langjährigen Mitteln	° C	0,5	1,6	+ 2,4	+ 1,7	+ 0,8	- 0,9	- 0,9	3,7	- 1,9
Höchste Tagestemperatur	° C	31,0	37,6	16,6	13,6	12,9	21,5	19,6	9,7	13,4
Niedrigste Tagestemperatur	° C	-14,2	-9,5	3,7	1,8	5,3	2,5	4	9,2	7
Tage mit + 25° und mehr (Sommertage) ...	Anzahl	24	43	0	0	0	0	0	0	0
Tage mit 0° (Frosttage)	Anzahl	81	53	6	3	7	0	5	16	4
Bewölkung										
Monatsmittel 4)		5,3	5,3	5,1	6,3	6,4	5,9	5,6	5,9	7,0
Heitere Tage (Bewölkung unter 1.6/8)	Anzahl	36	24	3	0	0	1	2	2	0
Trübe Tage (Bewölkung unter 6.4/8)	Anzahl	128	132	10	15	18	16	16	16	25
Sonnenscheindauer										
Monatssumme in Stunden		129,9	122,3	91,7	48,1	36,4	112	87,5	53,7	7,3
Abweichungen vom langjährigen Mittel in	%	3	-3	9	4	+ 04	- 24	- 13	- 7	- 79
Niederschläge										
Monatssumme in	L/m2	44,3	57,6	80,1	104,1	44,6	126,8	94,1	22,9	137
Abweichungen vom langjährigen Mittel in	%	- 3	- 3	- 54	+ 74	- 28	- 122	+ 81	62	+ 121
Höchste Tagesmenge in	L/m2	20,1	25,8	25,8	14,3	17,7	22,9	27,2	14,2	16,7
Niederschlagsfreie Tage	Anzahl	140	124	8	1	15	8	11	14	0
Tage mit Gewitter	Anzahl	15	15	0	0	0	3	3	0	1
Tage mit Nebel	Anzahl	74	59	9	2	4	8	8	3	2
Gebiet										
Fläche	km2		326,72							
Einwohner je qkm (Monatsende)		1 689	1 694	1 698	1 698	1 697	1 686	1 686	1 687	1 688
Bevölkerung										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	551,9	553,4	554,9	555,0	554,4	550,8	550,9	551,2	551,6
dav.: männlich	1 000	263,7	265,1	266,0	266,2	265,8	264,0	264,1	264,3	264,6
weiblich	1 000	288,2	288,3	288,8	288,8	288,6	286,8	286,8	286,9	287,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen (nach dem Ereignisort)		286	273	273	196	275	352	252	182	307
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr		6,2	5,9	5,8	4,3	5,8	7,8	5,4	4	6,6
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern		452	451	452	415	428	456	391	427	410
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr		9,8	9,8	9,6	9,1	9,1	10,1	8,4	9,4	8,8
Gestorbene Ortsansässige ohne Totgeborene		580	550	550	574	547	568	545	587	665
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr		12,6	11,9	11,7	12,6	11,6	12,5	11,6	13	14,2
darunter im 1. Lebensjahr		2	2	3	3	1	1	2	1	2
je 1 000 Lebendgeborene		4,6	4,7	6,4	6,9	2,2	2,2	4,6	2,3	4,6
Geburten- (+), Sterbe- (-)überschuß		- 128	- 99	- 98	- 159	- 119	- 112	- 154	- 160	- 255
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr		- 2,8	- 2,1	- 2,1	- 3,5	- 2,5	- 2,5	- 3,3	- 3,5	- 5,4
Wanderungen 5)										
Zuzüge insgesamt		1 966	2 194	2 551	2 051	2 024	1 700	2 057	2 386	3 083
darunter männliche Personen		1 107	1 230	1 395	1 220	1 092	894	1 111	1 344	1 693
Fortzüge insgesamt		1 710	1 960	2 090	1 833	2 455	1 957	1 812	1 905	2 468
darunter männliche Personen		927	1 111	1 159	1 028	1 491	1 111	979	1 062	1 376
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)		+ 256	+ 234	- 461	+ 218	+ 431	- 257	- 245	- 481	- 615

1) Jahresmaximum.- 2) Jahresminimum.- 3) Jahressumme.- 4) 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = bedeckt 9.- 5) Einschl. Wanderungen zwischen Bremen und Bremerhaven.

Stadt Bremerhaven

Gegenstand		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Witterungsverhältnisse										
Temperatur										
Monatsmittel	*C	9,3	10,4	7,7	6,7	3,2	12,6	8,9	1,7	3,7
Abweichung von langjährigen Mitteln	*C	0,5	1,6	+ 2,4	+ 1,2	+ 0,7	- 1,5	- 1,2	- 3,8	- 1,2
Höchste Tagestemperatur	*C	30,4	35,8	15,9	12,7	11,7	20,2	18,3	9,5	12,1
Niedrigste Tagestemperatur	*C	-10,1	-7,5	0,5	0,1	5	5	0,6	7,6	6,4
Tage mit + 25° und mehr (Sommertage) ...	Anzahl	18	28	0	0	0	0	0	0	0
Tage mit 0° (Frosttage)	Anzahl	50	23	0	0	7	0	2	15	4
Bewölkung										
Monatsmittel 4)		5,2	5,2	5,1	5,8	6,4	5,8	5,4	5,6	6,8
Heitere Tage (Bewölkung unter 1.6/8)	Anzahl	37	30	3	0	0	2	4	2	0
Trübe Tage (Bewölkung unter 6.4/8)	Anzahl	121	134	11	12	18	14	15	14	20
Sonnenscheindauer										
Monatssumme in Stunden		131,9	133,6	109,8	51,0	31,0	110,1	97,5	56,3	13,6
Abweichungen vom langjährigen Mittel in	%	4	5	+ 13	- 11	+ 6	-26	-	-22	-59
Niederschläge										
Monatssumme in	L/m2	52,0	53,2	53,4	125,1	43,5	143,4	72,6	20,1	124,4
Abweichungen vom langjährigen Mittel in	%	-9	-15	-14	-79	-35	-110	+ 17	-71	+ 86
Höchste Tagesmenge in	L/m2	25,4	23,9	7,6	16,8	19,1	27,2	17,5	14,8	17,3
Niederschlagsfreie Tage	Anzahl	138	128	8	2	14	9	11	18	2
Tage mit Gewitter	Anzahl	13	16	1	1	0	3	1	0	0
Tage mit Nebel	Anzahl	56	49	6	2	7	4	1	3	2
Gebiet										
Fläche	km2		77,51							
Einwohner je qkm (Monatsende)		1 686	1 691	1 697	1 697	1 696	1 699	1 699	1 697	1 696
Bevölkerung										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	130,7	131,1	131,5	131,5	131,5	131,7	131,7	131,5	131,5
dav.: männlich	1 000	63,4	63,9	64,3	64,3	64,2	64,4	64,4	64,3	64,3
weiblich	1 000	67,2	67,2	67,3	67,2	67,2	67,3	67,3	67,2	67,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen (nach dem Ereignisort) je 1 000 Einwohner und 1 Jahr		70 6,4	61 5,6	73 6,5	43 4,0	68 6,1	71 6,6	48 4,3	37 3,4	59 5,3
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1 000 Einwohner und 1 Jahr		114 10,5	112 10,2	105 9,4	103 9,5	93 8,3	126 11,6	109 9,7	118 10,9	90 8,1
Gestorbene Ortsansässige ohne Totgeborene je 1 000 Einwohner und 1 Jahr		137 12,6	140 12,8	139 12,5	130 12,0	161 14,4	128 11,8	134 12,0	175 16,2	167 15,0
darunter im 1. Lebensjahr je 1 000 Lebendgeborene		1 11,3	1 5,2	- -	- -	- -	- -	1 8,5	- -	- -
Geburten- (+), Sterbe- (-)überschuß je 1 000 Einwohner und 1 Jahr		- 23 - 2,1	- 28 - 2,6	- 34 - 3,0	- 27 - 2,5	- 68 - 6,1	- 2 - 0,2	- 25 - 2,2	+ 57 + 5,3	- 77 - 6,9
Wanderungen 5)										
Zuzüge insgesamt darunter männliche Personen		636 345	638 375	835 542	825 380	592 324	656 354	544 287	481 258	651 364
Fortzüge insgesamt darunter männliche Personen		572 310	566 314	534 288	571 316	603 377	559 312	578 314	572 321	602 327
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)		+ 64	+ 72	+ 301	- 54	+ 11	+ 97	+ 34	- 91	+ 49

1) Jahresmaximum.- 2) Jahresminimum.- 3) Jahressumme.- 4) 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = bedeckt 9.- 5) Einschl. Wanderungen zwischen Bremen und Bremerhaven.

Stadt Bremen

Gegenstand	1991	1992	1992			1993			
	Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Arbeitslage									
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1)2).....	257 482	260 828			259 326	255 590			
darunter Ausländer	13 593	14 435			15 140	15 541			
dar : Griechen	259	237			322	353			
Italiener	340	333			339	418			
Jugoslawen.....	1 291	1 383			1 438	1 514			
Portugiesen	499	490			510	531			
Spanier	282	272			279	274			
Türken	6 457	6 654			6 804	6 736			
Arbeitssuchende	32 700	33 022	32 544	32 690	33 818	34 718	34 451	35 019	36 212
darunter Arbeitslose	24 075	23 873	24 514	24 326	25 408	28 193	28 631	28 530	29 151
dav. Männer	13 285	13 469	13 870	13 907	14 764	16 547	16 783	16 819	17 369
Frauen	11 646	10 404	10 644	10 419	10 644	11 679	11 848	11 711	11 782
Offene Stellen	3 750	3 622	3 598	3 435	3 144	1 975	1 662	1 371	1 136
Stellenvermittlung	1 804	1 508	1 173	1 364	1 398	1 301	1 150	1 884	1 946
dar. in kurzfristiger Beschäftigung (bis zu 7 Tagen)	410	296	90	263	432	336	134	269	833
Arbeitslose nach ausgewählten Berufsgruppen 1)2)									
Metallerzeuger, -bearbeiter	415	481			542	717			768
Schlosser, Mechaniker	1 496	1 607			1 728	1 965			2 057
Elektriker	464	484			543	675			708
Textil- und Bekleidungsberufe	344	328			314	323			326
Ernährungsberufe	741	662			670	706			752
Bauberufe	495	460			528	551			647
Tischler, Modellbauer	333	406			425	450			423
Technische Berufe	951	1 010			1 109	1 394			1 431
Kaufleute	2 173	2 113			2 091	2 273			2 293
Verkehrsberufe	2 017	2 438			2 979	3 391			3 533
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	3 239	3 225			3 153	3 873			3 987
Gesundheitsdienstberufe	649	613			638	703			671
Landwirtschaftliche Versorgung									
Schlachtungen von Inlandtieren									
Rinder	4 459	3 490	3 889	3 337	2 985	3 971	3 738	3 941	2 802
Kälber	17	9	25	3	11	4	4	6	7
Schweine	18 951	18 486	18 146	20 640	19 418	15 501	20 167	22 217	18 080
darunter Hausschlachtungen	33	9	18	50	36	4	20	58	37
Milcherzeugung	t 1 995,6	1 916,0	1 869,1	1 852,0	2 083,5	1 741,7	1 687,3	1 813,3	1 985,7
darunter an Molkereien geliefert	% 87,5	87,2	80,8	83,6	86,4	72,9	82,7	79,7	81,3
Milchleistung je Kuh und Tag	kg 15,9	16,0	15,4	15,7	17,1	15,1	14,2	15,7	16,7
Schlachtung von Auslandtieren									
Schweine	-	-	-	-	-	2519	467	1 687	898
Verarbeitendes Gewerbe 3)									
Zahl der zu berichtenden Betriebe	277	277	273	273	273	269	268	268	268
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) 4)	73 196	71 717	71 057	70 831	70 058	67 560	66 848	66 499	66 007
dar. Arbeiter 5)	45 794	44 497	44 106	43 851	43 168	41 422	41 007	40 603	40 223
Beschäftigte nach Bereichen/Zweigen									
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe 6)	8 199	8 166	8 080	8 054	8 008	7 343	7 175	7 128	7 091
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	49 043	48 374	48 083	47 963	47 491	45 584	45 155	44 908	44 694
dar. Maschinenbau	5 926	5 868	5 797	5 744	5 721	5 282	5 202	5 128	5 116
Schiffbau	4 434	4 497	4 543	4 536	4 419	4 290	4 274	4 313	4 303
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	5 403	5 172	5 068	5 052	5 014	5 095	5 078	5 058	5 080
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	10 551	10 005	9 826	9 762	9 545	9 538	9 440	9 405	9 202
Geleistete Arbeitsstunden	1 000 DM 6 447	6 173	6 403	6 092	5 563	5 706	5 672	5 830	5 247
Löhne (Brutto)	Mill. DM 188,1	191,4	195,1	278,5	178,6	179,7	182,9	246,0	194,9
Gehälter (Brutto)	Mill. DM 166,6	176,3	168,2	267,0	178,9	164,3	171,8	238,5	184,2
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 3)	Mill. DM 2 308,5	2 225,9	2 236,4	2 987,6	2 330,3	2 333,4	1 931,0	2 359,4	2 695,7
darunter Auslandsumsatz	Mill. DM 933,4	905,4	1 004,4	1 565,2	655,5	974,8	864,2	922,8	1 218,5

1) Ergebnisse der Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit. 2) Erhebung vom Juni als Jahresdurchschnitt. 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung und ohne Bauindustrie. 4) Einschl. in sonstigen Betriebsteilen. 5) Einschl. gewerblich Auszubildende. 6) Einschl. Bergbau. *) Ohne Betriebe der Arbeitsstättenzählung. **) Ab Januar 1992 werden keine Zahlen mehr veröffentlicht.

Stadt Bremerhaven

Gegenstand	1991	1992	1992			1993			
	Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Arbeitslage									
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte									
Arbeitnehmer 2)3).....	53 718	53 663			53 681	52 512			
darunter Ausländer	3 673	3 694			3 907	3 958			
dar.: Griechen	20	22			28	26			
Italiener	45	49			51	63			
Jugoslawen.....	323	345			368	375			
Portugiesen	507	511			593	609			
Spanier	100	94			103	98			
Türken	1 756	1 752			1 802	1 758			
Arbeitssuchende	10 464	10 263	9 819	10 153	10 674	11 473	11 630	11 792	12 149
darunter Arbeitslose	7 554	7 659	7 580	7 633	7 959	9 217	9 516	9 431	9 623
dav. Männer	4 678	4 787	4 724	4 814	5 042	5 803	5 964	5 894	6 088
Frauen	2 877	2 872	2 856	2 819	2 917	3 414	3 552	3 537	3 535
Offene Stellen	399	371	396	339	271	171	141	231	131
Stellenvermittlung	1 485	1 204	1 232	964	772	639	756	1 078	825
dar. in kurzfristiger Beschäftigung (bis zu 7 Tagen)	1 037	833	884	603	455	314	466	627	571
Arbeitslose nach ausgewählten Berufsgruppen 3)									
Metallerzeuger, -bearbeiter	223	208			258	265			292
Schlosser, Mechaniker	844	857			810	907			970
Elektriker	205	229			154	239			237
Textil- und Bekleidungsberufe	98	68			85	79			90
Ernährungsberufe	592	653			502	624			622
Bauberufe	411	447			484	415			435
Tischler, Modellbauer	101	129			137	155			165
Technische Berufe	169	201			177	255			255
Kaufleute	751	700			672	781			779
Verkehrsberufe	819	799			889	1 034			1 085
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	798	858			867	1 102			1 114
Gesundheitsdienstberufe	161	158			153	184			176
Landwirtschaftliche Versorgung									
Schlachtungen von Inlandtieren									
Rinder	4 622	3 680	6 440	3 487	2 880	3 183	3 258	2 790	1 558
Kälber	10	4	4	7	5	2	2	1	-
Schweine	3 758	3 514	3 339	3 585	3 376	-	-	-	-
darunter Hausschlachtungen	13	7	3	10	4	-	-	-	-
Milcherzeugung t	43,3	39,3	36,8	36,5	38,9	35,7	35,5	31,2	30,1
darunter an Molkereien geliefert	%	87,2	90,0	91,0	86,0	88,0	77,1	82,0	84,9
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,2	16,8	15,4	15,8	16,3	13,2	13,2	12,0
Schlachtung von Auslandtieren									
Schweine	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe 4)									
Zahl der zu berichtenden Betriebe	85	90	89	89	89	81	81	81	81
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) 5)	10 939	10 813	10 836	10 884	10 714	10 045	9 990	9 990	9 874
dar. Arbeiter 6)	8 307	8 160	8 306	8 356	8 176	7 569	7 504	7 499	7 392
Beschäftigte nach Bereichen/Zweigen									
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	609	541	605	611	491	516	518	528	446
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe 7)	5 270	5 342	5 371	5 373	5 419	4 778	4 740	4 698	4 700
dar. Maschinenbau	1 323	1 147	1 123	1 117	1 109	1 054	1 037	1 037	1 032
Schiffbau	2 479	2 594	2 632	2 661	2 720	2 271	2 279	2 266	2 267
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	778	774	788	773	740	759	757	755	716
Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe	4 282	4 156	4 072	4 127	4 064	3 992	3 975	4 009	4 012
Geleistete Arbeitsstunden	1 000 DM	1 135,4	1 204	1 216	1 074	1 058	1 052	1 058	1 026
Löhne (Brutto)	Mill. DM	27,5	29,1	28,2	32,0	33,1	26,8	25,8	29,7
Gehälter (Brutto)	Mill. DM	14,4	15,4	13,4	17,0	17,6	14,1	14,3	17,1
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 5)	Mill. DM	287,0	281,2	189,4	300,0	217,0	166,6	160,2	230,9
darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	47,1	80,0	35,3	136,3	34,7	35,4	25,5	36,4

1) Ab Januar 1992 werden keine Zahlen mehr veröffentlicht.- 2) Ergebnisse der Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit.- 3) Für Erhebung vom Juni als Jahresdurchschnitt.- 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung und ohne Bauindustrie.- 5) Einschl. in sonstigen Betriebsteilen.- 6) Einschl. gewerblich Auszubildende.- 7) Einschl. Bergbau.- *) Ohne Betriebe der Arbeitsstättenzählung.

Stadt Bremen

Gegenstand	1991	1992	1992			1993			
	Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Bautätigkeit									
Baugenehmigungen									
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	36	54	55	62	121	44	109	94	41
dar. mit 1 und 2 Wohnungen	26	44	39	46	106	33	90	82	28
Umbauter Raum 1 000 m3	54	69	57	108	108	93	103	105	97
Veranschlagte reine Baukosten 1 000 DM	19 406	26 322	20 807	.	42 449	.	44 251	.	46 028
Wohnungen	149	177	168	304	265	259	302	273	361
Wohnfläche 1 000 m2	10,6	13,4	12,3	20,8	23,4	18,3	20,5	21,2	21,0
 Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden									
Veranschlagte reine Baukosten 1 000 DM	2 573	3 147	.	4 962	2 507	2 570	.	4 690	4 579
Wohnungen	13	15	2	27	12	6	13	11	23
Wohnfläche 1 000 m2	1,2	1,4	0,4	2,0	1,1	1,0	1,8	1,4	1,9
 Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)									
Umbauter Raum 1 000 m3	261	98	29	79	47	17	115	19	111
Veranschlagte reine Baukosten 1 000 DM	40 639	20 218	.	25 077	.	.	30 490	5 220	.
Nutzfläche 1 000 m2	38,7	14,1	5,6	14,2	6,8	3,7	17,3	3,7	9,6
Wohnungen	2	10	5	17	4	4	12	-	6
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	166	204	176	354	282	269	328	290	391
 Fremdenverkehr									
in gewerblichen Beherbergungsstätten									
Fremdenmeldungen	35 776	36 982	46 850	36 365	29 589	41 105	42 673	32 485	28 712
darunter von Auslandsgästen	7 811	8 182	7 993	5 990	5 809	8 238	6 692	5 133	4 873
Fremdenübernachtungen	66 722	67 379	86 453	68 329	55 059	76 061	77 549	57 790	51 390
darunter von Auslandsgästen	15 448	16 042	17 179	13 892	13 271	16 791	13 652	11 356	11 024
 Verkehr									
Seeschifffahrt*)									
Handelsschiffe									
Ankunft	Anzahl								
Raumgehalt in 1 000 NRT	1 075	991	1 090	980	869	761	1 090	980	869
Raumgehalt in 1 000 BRT	1 971	1 818	1 977	1 824	1 623	1 382	1 977	1 824	1 623
Abgang	Anzahl								
Raumgehalt in 1 000 NRT	1 082	1 002	1 066	1 076	921	726	1 066	1 076	921
Raumgehalt in 1 000 BRT	1 981	1 835	1 958	1 969	1 702	1 315	1 958	1 969	1 702
 Güterempfang									
Stückgut 1 000 t	303	288	253	283	265	179	226	206	226
dar.: Früchte, Gemüse 1 000 t	13	11	1	12	28	1	1	8	24
Holz und Kork 1 000 t	24	22	30	19	13	15	26	14	11
Zellstoff, Altpapier 1 000 t	73	72	73	75	67	28	65	54	57
Textile Rohstoffe 1 000 t	13	10	11	5	4	8	10	4	4
 Vom Stückgut waren in Containern									
verladen 1 000 t	55	50	49	57	53	31	43	41	45
Massengut 1 000 t	487	525	493	456	302	593	667	565	716
dar.: Getreide 1 000 t	23	24	12	12	6	31	16	15	13
Eisenerze u. Metallabfälle 1 000 t	95	166	68	115	62	248	93	142	148
Steinkohle, Briketts, Koks 1 000 t	68	42	109	57	32	38	148	70	75
Kraftstoffe, Heizöl 1 000 t	175	157	176	151	108	176	238	187	256
 Güterversand									
Stückgut 1 000 t	322	241	230	220	239	209	281	268	276
dar.: Düngemittel 1 000 t	0	0	0	0	-	-	0	0	-
Stab-, Formstahl u. a. 1 000 t	15	11	13	11	8	21	16	14	9
Stahlblech, Bandstahl 1 000 t	101	82	66	71	75	97	82	87	87
Rohre, Gießereierzeugnisse 1 000 t	66	37	39	36	64	19	48	45	75
Zement, Kalk 1 000 t	4	4	4	3	0	1	5	4	0

*) Die Ergebnisse des Schiffs- und Güterverkehrs über See der Bremischen Häfen basieren zum Teil auf Strukturschätzungen vorausgegangener Monate.

Stadt Bremerhaven

Gegenstand	1991	1992	1992			1993			
	Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Bautätigkeit									
Baugenehmigungen									
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	5	12	34	2	8	2	5	2	10
dar. mit 1 und 2 Wohnungen	4	10	32	2	7	1	5	2	9
Umbauter Raum 1 000 m3	6	13	25	2	10	11	3	2	9
Veranschlagte reine Baukosten 1 000 DM	2 299	5 478	10 172		4 271		1 404		3971
Wohnungen	12	32	53	3	25	26	7	3	15
Wohnfläche 1 000 m2	1,2	2,4	4,1	0,3	2,1	1,9	0,8	0,3	1,8
Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden									
Veranschlagte reine Baukosten 1 000 DM	11 299	1 318		255	2 113	1 645		1 420	1 401
Wohnungen	10	10	4	9	30	8	1	3	6
Wohnfläche 1 000 m2	0,6	0,6	0,2	0,2	1,8	0,3	0,1	0,8	0,7
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)									
Umbauter Raum 1 000 m3	13	20	21	-	5	34	-	-	5
Veranschlagte reine Baukosten 1 000 DM	4 249	6 460		-			-	-	
Nutzfläche 1 000 m2	2,4	2,7	1,8	-	1	4,5	-	-	1
Wohnungen	4	-	-	-	-	-	-	-	-
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	25	42	57	12	55	34	8	6	21
Fremdenverkehr									
in gewerblichen Beherbergungsstätten									
Fremdenmeldungen	5 817	5 399	6 086	5 084	3 852	5 931	6 120	5 033	3 776
darunter von Auslandsgästen	1 043	931	958	948	913	850	879	748	615
Fremdenübernachtungen	12 976	11 955	12 489	9 989	10 853	13 367	11 175	10 945	7 623
darunter von Auslandsgästen	3 672	3 273	2 850	2 772	5 959	3 135	2 460	2 978	1 437
Verkehr									
Seeschifffahrt *)									
Handelsschiffe									
Ankunft	Anzahl								
	367	361	362	307	317	352	362	307	317
Raumgehalt in 1 000 NRT	2 364	2 313	2 306	2 066	2 036	2 312	2 306	2 066	2 036
Raumgehalt in 1 000 BRT	4 580	4 579	4 518	4 065	4 048	4 817	4 518	4 065	4 048
Abgang	Anzahl								
	364	359	355	308	319	354	355	308	319
Raumgehalt in 1 000 NRT	2 347	2 319	2 274	2 066	2 044	2 303	2 274	2 066	2 044
Raumgehalt in 1 000 BRT	4 555	4 593	4 466	4 083	4 075	4 777	4 466	4 083	4 075
Güterempfang	1 000 t								
Stückgut	517	543	607	561	503	542	601	574	587
dar.: Früchte, Gemüse	55	59	72	60	39	44	70	61	45
Holz und Kork	16	15	17	16	15	12	17	16	17
Zellstoff, Altpapier	12	12	13	9	9	7	13	10	10
Textile Rohstoffe	13	11	8	11	9	9	8	11	10
Vom Stückgut waren in Containern									
verladen	1 000 t								
	296	323	332	331	326	355	326	333	367
Massengut	293	217	234	166	107	28	32	42	45
dar.: Getreide	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Eisenerze u. Metallabfälle	246	135	184	109	73	-	25	28	31
Steinkohle, Briketts, Koks	-	12	-	14	1	-	-	4	1
Kraftstoffe, Heizöl	35	56	36	37	25	19	5	9	10
Güterversand	1 000 t								
Stückgut	544	576	634	562	543	705	733	655	764
dar.: Düngemittel	541	573	633	561	538	702	730	654	760
Stab-, Formstahl u. a.	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stahlblech, Bandstahl	6	6	5	5	5	6	6	6	7
Rohre, Gießereierzeugnisse	7	8	8	7	10	14	9	8	14
Zement, Kalk	3	4	4	4	4	5	4	4	6
	0	0	0	0	0	0	0	0	0

*) Die Ergebnisse des Schiffs- und Güterverkehrs über See der Bremischen Häfen basieren zum Teil auf Strukturschätzungen vorausgegangener Monate.

Stadt Bremen

Gegenstand		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
noch: Seeschifffahrt										
El. Erzeugnisse, Maschinen	1 000 t	19	14	14	13	14	13	17	16	17
Fahrzeuge	1 000 t	5	4	2	4	4	3	2	5	4
Vom Stückgut waren in Containern										
verladen	1 000 t	62	44	44	50	34	35	53	62	39
Massengut	1 000 t	93	106	77	104	77	70	85	87	79
dar.: Steinkohle, Briketts, Koks	1 000 t	13	3	10	6	-	-	11	5	-
Kraftstoffe, Heizöl	1 000 t	2	2	7	-	-	-	8	-	-
Düngemittel	1 000 t	1	1	-	-	9	2	-	-	9
Binnenschifffahrt										
Handelsschifffahrt										
Ankunft	Anzahl	582	616	624	559	616
Tragfähigkeit in 1 000 t		507	553	567	512	567
Abgang	Anzahl	501	613	611	562	620
Tragfähigkeit in 1 000 t		460	554	553	516	561
Güterempfang	1 000 t	238	254	270	237	235
darunter Ortsverkehr	1 000 t	11	2	3	2	3
Güterversand	1 000 t	155	154	159	139	168
darunter Ortsverkehr	1 000 t	11	2	3	2	3
Luftverkehr										
s. Zahlenspiegel für das Land Bremen										
Straßenbahnverkehr und Kraftomnibusverkehr										
der Bremer Straßenbahn AG										
Straßenbahn										
Gefahrene Wagenkilometer	1 000	11 415 1)	12 105 1)	-	-	3 168	2 914 2)	-	-	3 215
Kraftomnibus										
Gefahrene Wagenkilometer	1 000	15 735 1)	16 300 1)	-	-	4 277	4 175 2)	-	-	3 306
Beförderte Personen insgesamt	1 000	99 218 1)	98 357 1)	-	-	26 335	22 222 2)	-	-	25 913
Kraftfahrzeuge										
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		2 478	2 270	1 934	1 997	1 974	1 742	1 814	1 685	1 582
dar.: Personenkraftwagen 3)		2 208	2 016	1 773	1 844	1 806	1 533	1 602	1 491	1 437
Lastkraftwagen		154	138	92	108	123	128	139	148	96
Straßenverkehrsunfälle										
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle insgesamt		1 462	1 454	1 717	1 604	1 476	1 466	1 490	1 399	1 682
dav.: mit Personenschaden		229	254	298	272	203	239	260	207	243
mit nur Sachschaden										
unter 4 000 DM je Beteiligten		1 081	1 045	1 230	1 146	1 085	1 046	1 055	1 034	1 206
über 4 000 DM je Beteiligten		152	155	189	186	188	181	175	158	233
Getötete Personen		2	2	5	2	1	-	2	1	1
Verletzte Personen		272	300	333	311	249	274	306	236	284
Kapitalgesellschaften, Zahlungsschwierigkeiten										
Bestand an Kapitalgesellschaften										
am Jahres- bzw. Monatsende										
Aktiengesellschaften	Anzahl	39	40	40	40	40	40	40	40	40
Nominalkapital in Mill. DM		1 563,9	1 538,3	1 538,3	1 538,3	1 538,3	1 546,8	1 546,8	1 546,8	1 546,8
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	Anzahl	5 654	5 937	5 901	5 917	5 937	6 071	6 090	6 099	6 099
Nominalkapital in Mill. DM		2 328,6	2 617,3	2 413,3	2 468,2	2 617,3	3 054,0	3 040,6	3 050,9	3 061,3
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse	Anzahl	9	13	16	15	11	18	9	17	12
voraussichtliche Forderungen	1 000 DM	4 492	10 265	7 461	27 049	2 093	9 097	4 361	15 332	4 894
Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Steuern										
Steuereinnahmen der Gemeinden	1 000 DM	54 297	56 378	12 011	112 022	24 601	23 580	- 2 316	112 900	16 981
dav.: Gewerbesteuer nach Ertrag										
und Kapital 4)	1 000 DM	39 564	41 354	8 521	80 426	20 596	20 385	- 5 149	79 600	11 628
Grundsteuer A und B	1 000 DM	12 034	12 298	985	29 356	963	872	343	30 318	1 718
sonstige Gemeindesteuern 5)	1 000 DM	2 699	2 726	2 505	2 240	3 042	2 323	2 760	2 982	3 635

1) Jahressumme.- 2) Summe des Quartals.- 3) Einschl. Kombinationskraftwagen.- 4) Vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.- 5) Einschl. Anteil an der Gewerbesteuer.

Stadt Bremerhaven

Gegenstand		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
noch: Seeschifffahrt										
El. Erzeugnisse, Maschinen	1 000 t	38	39	40	35	38	49	47	41	54
Fahrzeuge	1 000 t	57	62	84	61	56	85	99	71	81
Vom Stückgut waren in Containern										
verladen	1 000 t	379	406	430	401	399	517	506	469	570
Massengut	1 000 t	3	2	1	1	6	3	3	1	4
dar.: Steinkohle, Briketts, Koks	1 000 t	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kraftstoffe, Heizöl	1 000 t	3	2	1	1	6	3	3	1	-
Düngemittel	1 000 t	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Binnenschifffahrt										
Handelsschifffahrt										
Ankunft	Anzahl		125	139	116	134				
	Tragfähigkeit in 1 000 t		135	147	120	148				
Abgang	Anzahl		130	147	127	127				
	Tragfähigkeit in 1 000 t		137	158	139	139				
Güterempfang	1 000 t	56	49	59	44	52				
Güterversand	1 000 t	28	26	28	24	24				
Kraftomnibusverkehr										
der Verkehrsgesellschaft Bremerhaven AG										
Gefahrene Wagenkilometer	1 000	4 757 1)	5 010 1)			1 281	1 250 2)			1 277
Beförderte Personen insgesamt	1 000	17 776 1)	17 337 1)			4 496	3 935 2)			4 468
Kraftfahrzeuge										
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		471	446	405	385	365	329	314	285	287
dar.: Personenkraftwagen 3)		420	396	374	355	329	288	289	256	260
Lastkraftwagen		25	25	17	18	29	28	14	17	19
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle insgesamt		412	402	448	469	398	328	391	375	461
dav.: mit Personenschaden		64	61	57	65	48	49	61	60	55
mit nur Sachschaden										
unter 4 000 DM je Beteiligten		322	315	366	367	317	261	302	285	382
über 4 000 DM je Beteiligten		27	26	25	37	33	18	28	30	24
Getötete Personen		x	x	-	2	1	-	-	2	-
Verletzte Personen		76	73	74	83	58	57	68	75	69
Kapitalgesellschaften, Zahlungsschwierigkeiten										
Bestand an Kapitalgesellschaften										
am Jahres- bzw. Monatsende										
Aktiengesellschaften	Anzahl	6	6	6	6	6	6	7	7	7
	Nominalkapital in Mill. DM	96,5	96,5	96,5	96,5	96,5	96,5	106,5	106,5	106,6
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	Anzahl	745	800	796	796	800	817	816	816	818
	Nominalkapital in Mill. DM	253,3	288,7	286,5	286,5	288,7	317,7	308,4	308,4	309,7
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse	Anzahl	2	2	5	2	3	4	3	-	2
voraussichtliche Forderungen	1 000 DM	476	1 060	446	332	330	1 885	2 653	-	3 020
Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Steuern										
Steuereinnahmen der Gemeinden	1 000 DM	7 474	7 799	3 825	17 837	7 729	1 396	689	18 339	1 681
dav.: Gewerbesteuer nach Ertrag										
und Kapital 4)	1 000 DM	4 842	5 098	3 216	12 195	7 097	875	- 76	12 731	755
Grundsteuer A und B	1 000 DM	2 135	2 198	142	5 115	33	166	315	5 148	57
sonstige Gemeindesteuern 5)	1 000 DM	497	503	467	527	599	355	450	460	869

1) Jahressumme.- 2) Summe des Quartals.- 3) Einschl. Kombinationskraftwagen.- 4) Vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.- 5) Einschl. Anteil an der Gewerbesteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Gegenstand		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	80 888
Eheschließungen	auf 1 000	5,7	4,3	6,2	p 7,4	p 5,3	p 4,0	p 6,5
Lebendgeborene	Einw. und	9,6	10,6	10,6	p 10,5	p 9,4	p 10,3	p 10,2
Gestorbene	1 Jahr	10,8	11,1	11,3	p 10,3	p 10,1	p 11,4	p 11,9
Arbeitslose	1 000	1.689	1.808	1 830	1 885	2 025	2 288	2 359	2 408	25
Produzierendes Gewerbe 1)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	7 515	7 333	7 258	7 214	7 118	6 742	6 674	6 637	6 580
Geleistete Arbeitsstunden 2)	Mill. Std.	663	637	663	631	564	580	573	569	519
Umsatz 3) (o. Mehrwertsteuer)	Mill. DM	162	163	189 186	163 288	163 749	164 525	r 155 447	156 861	161 496
darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	43 557	43 616	44 949	43 939	42 971	44 425	41 585	42 497	44 707
Index der Nettoproduktion 4)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	122	120	126	109	109	118	116	115	106
Grundst.- u. Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	112	113	117	96	96	116	116	113	98
Investitionsg. prodz. Gewerbe		126	122	128	117	117	118	114	114	110
Verbrauchsg. prodz. Gewerbe	1985 = 100	123	120	131	106	106	124	121	120	100
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	1985 = 100	130	127	143	124	124	133	138	137	121
Bauwirtschaft										
Baugewerbe 5)Baugewerbe 5)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 061	1 076	1 095	1 088	1 076	1 107	p 1 100	p 1 091	p 1 075
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. DM	1 109	1 147	133	118	95	133	p 127	p 110	p 84
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	1 313	1 490	16 779	16 967	21 143	16 377	p 16500	p 16 849	p 18 159
Baugenehmigungen für Wohnungen		33 382	...	35 166	38 919	40 135	47 552	47 743	41 917	47 559
Handel										
Außenhandel (Generalhandel)										
Einfuhr	1 000 DM	54 716	53 966	56 382	52 531	55 581
Ausfuhr	1 000 DM	56 437	56 851	62 250	54 543	56 275
Ein- bzw. Ausfuhrüberschuß	1 000 DM	1 721	2 885	6 068	2 012	694
Index der Einzelhandelsumsätze	1986 = 100	137	138	132,3	144,7	177,8	117,8	120,3	144,9	169,4
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt 6)7)8)	1 000 t	12 946	14 217	14 217	15 568	15 020	15 429
dar.: Empfang	1 000 t	8 945	9 608	9 457	10 302	9 619	10 122
Versand	1 000 t	4 001	4 609	4 760	5 266	5 401	5 307
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge		31 979	29 703	334 128	244 158	242 241	288 817	280 826	200 853	196 964
Geld und Kredit										
(am Monats- bzw. Jahresende) 9)										
Bargeldumlauf 10)	Mill. DM	171,8	200,5	182 759	189 759	200 507	199 381	201 593	206 263	211 799
Spareinlagen	Mill. DM	753,8	770,7	738	739	771	798	805	814	859
Index der Aktienkurse	30. 12. 1980 = 100	295,6	287,6	156,5	262,5	261,1	322,8	338,9	246,9	361,7
Steuern 11)										
Lohnsteuer	Mill. DM	17 048	20 610	19 377	19 102	36 162	19 751	19 617	19 533	37 767
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	34 335	34 609	- 471	- 756	13558	10460	836	1 150	11827
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	6 645	6 703	16 319	18 197	17 445	17 241	17 887	19 380	19 742
Preise 12)										
Index der Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte	1985 = 100	103,4	104,8	104,9	104,8	104,6	104,6	104,6	104,6	104,5
Index der Einfuhrpreise	1985 = 100	82,8	80,1	78,9	79,2	79,0	77,6	77,7	78,1	78,0
Index der Ausfuhrpreise	1985 = 100	103,5	104,5	104,2	104,3	104,2	104,7	104,7	104,8	104,9
Preisindex für Wohngebäude	1985 = 100	124,3	131,3	...	133,1	138,1	...
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	121,0	127,7	...	128,9	130,7	...
Preisindex für die Lebenshaltung für alle privaten Haushalte 13)	1985 = 100	110,7	115,1	116,1	116,7	116,8	120,3	120,6	120,9	121,1
dar.: Nahrungs- u. Getränke, Tabak u. ...	1985 = 100	108,6	112,1	111,6	119,1	112,1	114,0	114,0	114,3	114,5
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	110,1	113,3	114,2	114,5	114,6	116,9	117,1	117,4	117,4
Wohnungsmieten	1985 = 100	117,3	123,8	125,9	126,7	127,2	132,5	133,0	133,3	133,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,4	89,8	90,1	90,2	89,8	90,7	91,3	91,3	91,2
Möbel, Haushaltsgeräte u. andere Güter für die Haushaltsführung	1985 = 100	110,5	114,4	115,4	115,7	115,8	118,5	118,8	119,0	119,1
Löhne in der Industrie										
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	22,46	p 23,69	24,11	25,12
Bezahlte Wochenarbeitszeit d. Männer	Std.	39,6	p 39,3	39,3	38,4

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung und ohne Bauindustrie.- 2) Einschl. gewerbliche Auszubildende.- 3) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz in Handelsware.- 4) Fachliche Unternehmenstelle.- 5) Hochgerechnete Totalergebnisse.- 6) Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt.- 7) Güterumschlag der 13 umschlagstärksten Seehäfen der Bundesrepublik Deutschland, nach Angaben des Bundesministers für Verkehr - Abteilung Seeverkehr, Bonn.- 8) Ab Januar 1991 16 umschlagstärkste Seehäfen der BRD.- 9) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark.- 10) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute.- 11) Gebietsstand 3. Oktober 1990.- 12) Einschl. Mehrwertsteuer; Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.- 13) Nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985 bei Lebenshaltungsausgaben von rd. 3 105 DM monatlich.

Quelle: Statistisches Bundesamt

